

JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL)

**Tipps & Tricks
für den
radikaldemokratischen
Alltag**



**Tipps und Tricks für den radikaldemokratischen
Alltag-Handbuch für Basisgruppen**

JungdemokratInnen/Junge Linke
- Bundesverband -
radikaldemokratischer und parteiunabhängiger Jugendverband
(Hrsg.)

Anschrift

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Gebäude 2, Etage 1
Greifswalderstr. 4
10405 Berlin

Redaktion

Carsten Dannel
Sarah Dellmann (V.i.S.d.P.)
Katja Grote
Robert Sprinzl
Marek Voigt

JD/JL-Verlag

Druck:
Eigendruck

Auflage
600

ISBN3-9806044-3-8

Gestaltung

Christina Romhányi
Carsten Seth

Inhalt

9

Vorwort

11

Radikaldemokratisch und parteiunabhängig – die Strategie der JD/JL

15

Der Aufbau einer Basisgruppe

Die Kerngruppe - Vorbereitung des Gründungstreffens
Das Gründungstreffen - Die Arbeitsphase
Die Aktionsphase - Schwierigkeiten in der Gruppe
Die Suche nach neuen MitstreiterInnen
Global denken – vor Ort handeln

22

Gremienschungel: Der Aufbau der JD/JL

24

SchülerInnen – Arbeit

Arbeit in der SV - Das SchülerInnen-Netzwerk
SV-Zeitung - Seminare
Aktionsbeispiel „Noten abschaffen – Zeugnisse verbrennen“

30

Wer, mit wem, wofür? Bündnisarbeit

32

Aktionen

Der Info-Stand - Die Aktion

35

Aktionsbeispiele

Lauschangriff - Asylrecht - Bahnhofoaktion
Antimilitarismus - Drogen legalisieren
Wir haben besseres zu tun! Gegen den Zwang zur Arbeit
Straßenumbenennung

42

Das Flugblatt

44

Presse-Arbeit

Pressedokumentation - Kontakt zur Presse
Presseverteiler - Planung der Pressearbeit
Veranstaltungsankündigungen - Presseerklärungen
LeserInnen-Briefe - Pressekonferenzen

51

Bildungsarbeit

Seminare - Inhaltliche Vorbereitung
Der Seminarablauf - Lernmethoden
Seminarkonzept „Grundlagen politischer Arbeit“

58

Die Podiumsdiskussion

60

Zeitungen

Das Redaktionskonzept - Die Finanzierung
Layout / Gestaltung - Drucken

65

Rhetorik

Warum Rhetorik? - Einige Besonderheiten der Kommunikation
Reden und Referate - Beispiele
Die Verwendung von Fachbegriffen
Die Eigenarten des Publikums - Redeangst

74

Nicht nur Formalkram: Geschäftsordnung und Satzungen

ABC der Geschäftsordnung

76

Demonstrationsrecht

Wie melde ich eine Demo an? - Auflagen der Polizei
Verhalten bei Festnahmen auf Demonstrationen
Umgang mit der Polizei

81

Das leidige Geld

83

Aufrecht gehen – Kriechdienste verweigern!

Zivildienst - Totalverweigerung
Ausmusterung - Tipps
Gelöbnis! Wir stören gern. Öffentliche Gelöbnisse

90

Themenladen

90

Materialliste

93

Adressen von befreundeten Organisationen

95

Adressen der JD/JL

96

Das JD/JL Kaudawelsch – Abkürzungen

Vorwort



Linke, radikaldemokratische Politik bedeutet in erster Linie Basisarbeit vor Ort, also in der Schule, in der Uni, in der Stadt, in der BürgerInnen-Initiative oder in anderen Gruppen. Ein gewisses Maß an „Professionalität“ kann dabei nicht schaden, man sollte diesen Anspruch jedoch niemals so hoch halten, dass er Leute an der Mitarbeit hindert. Linke Politik muss sich jedoch auch immer die Frage nach der wirkungsvollen Organisation von linker Gegenmacht stellen. Deshalb haben wir an den Anfang des Handbuches eine kurze Einschätzung der politischen Situation in der Bundesrepublik und die Strategie der JungdemokratInnen / Junge Linke gestellt. Ansonsten vermittelt dieses Handbuch jedoch eher Organisatorisches (auch wenn sich das natürlich nicht von den Inhalten trennen lässt). Dieses Handbuch soll Euch einige Anregungen und neue Ideen für die alltägliche politische Arbeit liefern: Wie baut man eine Basisgruppe auf? Was muss an Organisationskram berücksichtigt werden? Wo kommt das Geld her? Wie kann ich ein Thema an die Öffentlichkeit bringen? Wie gestalte ich ein Flugblatt, damit es auch gelesen wird? Was ist bei Aktionen und Presseerklärungen zu berücksichtigen? Und vor allem: wie kann ich neue MitstreiterInnen gewinnen? Diese Fragen und viele mehr werden in diesem Handbuch angesprochen und hoffentlich ausreichend beantwortet. Zu den meisten Arbeitsbereichen haben wir einige Beispiele zusammengetragen, die sich bei vielen Basisgruppen bewährt haben. Allerdings haben wir mit Sicherheit nicht den „Stein der Weisen“ gefunden, d.h. wenn bestimmte Arbeitsabläufe in Eurer Basisgruppe gut funktionieren und alle zufrieden sind, gibt es kaum einen Grund, daran etwas zu ändern. Aber vielleicht hilft Euch dieses Handbuch dann bei anderen Problemen.

Die „Tipps & Tricks für den radikaldemokratischen Alltag“ sollen immer wieder erweitert und aktualisiert werden. Es wäre also toll, wenn Ihr Aktionen oder Projekte, die Eure Basisgruppe bereits erfolgreich durchgeführt hat, mit einer kurzen Beschreibung an die entsprechende Landesgeschäftsstelle schicken könntet, damit wir sie in die nächste Auflage aufnehmen können. Gleiches gilt natürlich auch für alle anderen nützlichen Tipps und Anregungen.

Viel Spaß beim Lesen und Erfolg bei der weiteren politischen Arbeit.

Die HerausgeberInnen

Radikaldemokratisch & parteiunabhängig: Die Strategie der JD/JL



JD/JL sind ein parteiunabhängiger politischer Jugendverband mit radikaldemokratischem und emanzipatorischem Selbstverständnis. JD/JL setzen sich ein für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verknüpft.

Ziel emanzipatorischer Politik ist die Sicherung und Erweiterung der Freiheit der größtmöglichen Zahl der Mitglieder einer Gesellschaft. Freiheit verstehen JD/JL nicht als bloße Wahl zwischen verschiedenen Parteien, Konsumgütern, Arbeitsplätzen usw., die dem Menschen nach fremden Ermessen vorgesetzt werden. Soll Freiheit nicht nur auf dem Papier stehen, müssen auch die materiellen Voraussetzungen vorhanden sein, Freiheiten zu nutzen und denkbare Alternativen selbst zu gestalten. Deshalb treten JD/JL für die Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse ein, die auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht demokratische Partizipation und das Wahrnehmen individueller Rechte tatsächlich ermöglichen.

JD/JL setzen sich für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein und treten ein für den gesellschaftlichen Abbau von Herrschafts- und Machtverhältnissen, um die selbstbestimmte Gestaltung der Lebensverhältnisse eines/einer jeden Einzelnen zu ermöglichen. Die Idee der Demokratie, durch formale Verfahrensgarantien allen Betroffenen die gleiche Chance auf Partizipation zu eröffnen, darf nicht länger nur auf einen schmalen Bereich des Staates begrenzt bleiben. Deshalb darf es Demokratie nicht nur alle vier Jahre geben, sondern täglich, in der Schule, im Betrieb, in der Familie...- einfach überall, wo kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden müssen.

Weil in unserer Gesellschaft entscheidende gesellschaftliche Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen sind (wie z.B. die Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. Schule oder Polizei), kritisieren JD/JL den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein. In unserer Gesellschaft ist vor allem das Eigentum an bzw. die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel (Fabriken, Grundbesitz, Banken usw.) entscheidend dafür, wer Macht hat und damit die Freiheit besitzt, die Freiheit anderer einzuschränken. Gesellschaftlicher Reichtum wird von der Masse der Bevölkerung erwirtschaftet, über dessen Verwendung entscheidet jedoch eine winzige Minderheit in den Vorstandsetagen der Unternehmen.

Zwar haben in der Bundesrepublik Tarif- und Sozialpolitik eine breitere Verteilung von Wohlstandsgütern in der Bevölkerung ermöglicht, Fortschritte zu einer demokratischen Wirtschaftsweise sind jedoch ausgeblieben. (Heute werden selbst diese sozialen Errungenschaften in schwindelerregendem Tempo dem „Wirtschaftsstandort Deutschland“ geopfert.)

Für die Frage, was und wie produziert wird, ist im Kapitalismus, dem weltweit vorherrschenden Wirtschaftssystem, nicht die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung entscheidend, sondern die Profitmaximierung, d.h. die aus der Konkurrenz erwachsende Notwendigkeit, Gewinne zu erwirtschaften. Das bedeutet, dass die vorhandenen Ressourcen so eingesetzt werden, dass möglichst hoher Profit realisiert wird. Diese Logik des Kapitalismus ist weder durch den Appell an die Moral der „Wirtschaftsführer“ noch durch individuell verändertes Konsumverhalten zu durchbrechen. Die Folge ist ein Weltwirtschaftssystem, das sich durch Umweltzerstörung im globalen Maßstab, Hunger und Unterentwicklung in der Dritten Welt sowie eine Vielzahl von regionalen (Bürger-) Kriegen um Ressourcen und Weltmarktanteile auszeichnet.

Unter den Bedingungen fortschreitender Konzentration wirtschaftlicher und finanzieller Macht entsteht die Situation, dass Wirtschaftskreise die Entscheidungen fällen, dessen Folgen als „Sachzwänge“ die Handlungsspielräume der Politik bestimmen. Darüber hinaus nehmen Vertreter des Kapitals direkt Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. An diesen sind jeweils die verschiedenen bürokratischen Eliten aus Verwaltung und Parteien, Vertreter von Kapitalfraktionen und von Interessengruppen beteiligt. Diese nichtöffentlichen Verhandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Apparaten und Gruppen haben sich als effektive Methode erwiesen, den jeweils stärksten Einzelinteressen zur Durchsetzung zu verhelfen, ohne zugleich das Gesamtinteresse des Kapitals aus den Augen zu verlieren.

Die parlamentarischen Gremien können nur in dem so abgesteckten Rahmen entscheiden, dessen Grenzen ihnen von anderer Seite vorgegeben werden. Den Parlamenten kommt vor allem die Funktion zu, der betroffenen Bevölkerung das bereits Entschiedene zu vermitteln und als demokratisch legitimiert erscheinen zu lassen. Dafür werden über nebensächliche Fragen „scharfe Kontroversen“ geführt, die eine demokratische Entscheidungsfindung vortäuschen. Nichtsdestotrotz sind Parlamente eine Errungenschaft, die es gegen autoritärere Form der Regelung des Zusammenlebens (z.B. Aristokratie) zu verteidigen gilt. Auch können einzelne Entscheidungen des Parlaments mitunter das Überleben einzelner Mitglieder der Gesellschaft retten: Es macht einen Unterschied, ob es ein Asylrecht gibt oder nicht, ob Sozialhilfe abgeschafft wird oder nicht und ob Studiengebühren eingeführt werden oder nicht.

JD/JL sehen deshalb in der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einen notwendigen Schritt für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und treten für eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein.

Produktion ist eine gesellschaftliche Angelegenheit und gehört in den Bereich öffentlicher Regelung. Dies ist mit privater Verfügung über Produktionsmittel nicht vereinbar. Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet deren Überführung in Gemeineigentum, um Diskussion und Entscheidungsfindung über Produktionsziele auf demokratischem Weg zu ermöglichen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung, nicht die Erwirtschaftung von Mehrwert, müssen zum Maßstab der Ökonomie werden.

JD/JL gehen davon aus, dass mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel allein noch nicht der Abbau jeglicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse bewirkt werden kann. Andere gesellschaftliche Problemkomplexe, wie z.B. die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die Unterdrückung der Frau oder Rassismus und Nationalismus sind nicht durch die Aufhebung der privaten Verfügung über Kapital automatisch zu lösen. Ungeachtet dessen gehen wir davon aus, dass die Überwindung des Kapitalismus eine Voraussetzung für die wirkliche Lösung auch dieser Probleme darstellt.

Die Überwindung undemokratischer Herrschafts- und Machtverhältnisse kann nach Meinung der JD/JL nur demokratisch erfolgen; den Versuch der Umgestaltung der Gesellschaft durch einen von einer Minderheit getragenen gewaltsamen Umsturz lehnen wir ab.

Für uns sind Kapitalismus und Demokratie nicht zwei Seiten einer Medaille: Heute muss demokratischer Fortschritt gegen die Interessen des Kapitals durchgesetzt werden. Wie die von uns angestrebte Gesellschaft und insbesondere eine demokratische Wirtschaftsordnung im einzelnen aussehen, können wir nicht umfassend beschreiben. Die Kritik am Bestehenden diktiert nicht mechanisch den vollständigen Entwurf für eine bessere und humanere Gesellschaftsordnung. Zur Zeit gelingt es uns lediglich, allgemeine Grundsätze zu bestimmen und für einzelne Lebensbereiche oder Institutionen politische Gegenentwürfe zu erarbeiten, die Ansatzpunkte für alternative Formen des Lebens und Arbeitens aufzeigen.

Solche konkreten Utopien sind für JD/JL wichtiger Bestandteil der Kritik, weil sie Möglichkeiten aufzeigen, über das Bestehende hinauszudenken. Sie zu einem endgültigen „Modell“ zusammenzufügen und zum Fetisch zu erheben, hieße das festzuschreiben, was in historischen Auseinandersetzungen erst entwickelt und erkämpft werden muss.

JD/JL huldigen nicht dogmatisch einer bestimmten Theorie, sondern bemühen sich um einen pluralen theoretischen Lernprozess, der Gesichtspunkte des fortschrittlichen Liberalismus, des radikaldemokratischen und des undogmatisch-sozialistischen Denkens gleichermaßen einbezieht. Damit stellen sich JD/JL in die Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung.

Seit mehr als 20 Jahren arbeiten JD/JL als vollständig parteiunabhängiger Jugendverband. Dies ist in einem politischen System, in dem „Politik“ und „Parteipolitik“ in der öffentlichen Wahrnehmung nahezu synonym sind, keineswegs immer einfach. Es hat in der Vergangenheit nicht an Versuchen gemangelt, uns die politische Existenzberechtigung abzuspüren, uns aus den Systemen öffentlicher Fördergelder zu drängen oder anderweitig

zu drangsaliieren. Die Parteienkartelle in Parlamentsausschüssen, Verwaltungen und Medien liefern dabei immer wieder neu den Nachweis, wie dringend es eines parteiunabhängigen linken Jugendverbandes bedarf. Unsere Existenz ist an sich schon ein Politikum.

Aus unserer eigenen Geschichte haben wir gelernt, wie hemmend es für politische Arbeit sein kann, eine herrschende Partei von innen verändern zu wollen. Den vermeintlichen Einfluss bezahlen die Parteijugendverbände mit vielfältigen Zensurmöglichkeiten ihrer „Mutterparteien“ oder, was noch schlimmer ist, mit freiwilliger Selbstzensur, um „die Chancen der Partei bei der nächsten Wahl nicht zu verschlechtern“ oder um den eigenen Kandidaten auf dem nächsten Parteitag „durchzubringen“. Wir genießen es jedenfalls, unsere Themen ohne Beeinflussung selbst zu wählen und innerverbandlich um die „richtigen“ Positionen miteinander zu ringen. Somit unterscheiden sich JD/JL in ihrer Arbeit erheblich von den traditionellen Parteijugendverbänden. Dass wir keine Parteikarrieren zu bieten haben, schadet der Arbeit nicht - im Gegenteil.

Von dieser Position aus haben wir natürlich dennoch keine Probleme damit, punktuell auch mit Parteien zu kooperieren oder diese mit unseren Positionen zu konfrontieren. In diesem Zusammenhang haben sich in der Vergangenheit insbesondere BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN und die PDS als ansprechbar für eine Zusammenarbeit erwiesen.

Als parteiunabhängigem Jugendverband steht es unseren Mitgliedern selbstverständlich auch frei, sich zu entscheiden, ob und in welcher Partei sie sich engagieren wollen.

JD/JL sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind nach Ansicht der JD/JL zwar demokratische Errungenschaften, deren Rechte es auszubauen und zu verteidigen gilt, doch ist ihr tatsächlicher Einfluss begrenzt. Wir gehen davon aus, dass sich innerhalb der Parlamente und den staatlichen Apparaten nur auf der Grundlage außerparlamentarischen Drucks etwas verändert. Deshalb legen wir den Schwerpunkt unserer Tätigkeit auf politische Aktivitäten im außerparlamentarischen Bereich, auf die Arbeit mit und in außerparlamentarischen sozialen Bewegungen.

So verstehen sich JD/JL als der linke Flügel der Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegung, als gesellschaftskritische, antikapitalistische Kraft in der Ökologie- und Anti-Atombewegung, als antimilitaristische, antinationalistische und menschenrechtsorientierte Kraft in der Friedensbewegung. In der Antirassismus-Bewegung betonen wir die besondere Rolle etablierter politischer Kräfte und staatlicher Akteure für die Schaffung von Ausländerfeindlichkeit und Pogromstimmung. Dabei treten wir für eine generelle Kritik der Praxis gesellschaftlicher Ausschließung ein. JD/JL arbeiten in Bündnissen mit anderen Organisationen, Gruppen und Initiativen zusammen, wo immer inhaltliche Übereinstimmungen Formen punktueller Zusammenarbeit möglich machen.

Der Aufbau einer Basisgruppe



Der wichtigste Bereich für die politische Arbeit der JD/JL ist die Basisarbeit. Mit Aktionen, Flugblättern, Veranstaltungen und Pressearbeit versuchen die JungdemokratInnen / Junge Linke, vor Ort Aufklärungsarbeit zu betreiben und den Protest gegen die herrschenden Verhältnisse im allgemeinen und einzelne politische Missstände im besonderen zu organisieren. JungdemokratInnen/ Junge Linke und deren SympathisantInnen organisieren sich in ihrem jeweiligen Wohnort in Basisgruppen. Hier werden politische Diskussionen geführt und phantasievolle Aktivitäten geplant. Dass die Gründung einer Basisgruppe gar nicht so schwer ist, beweist die erfolgreiche Arbeit vieler Gruppen in kleineren Orten ebenso wie in Großstädten. Man muss die Sache nur richtig anfangen. Um euch einige Anregungen zu geben, wurde dieses Handbuch zusammengestellt. Und wenn ihr euch zur Gründung einer Basisgruppe entschließen solltet, stehen euch natürlich auch Leute aus der Geschäftsstelle, dem Landesvorstand oder anderen Basisgruppen mit Rat, aber auch organisatorischer oder finanzieller Hilfe zur Seite.

Die Kerngruppe

Um überhaupt eine JD/JL-Basisgruppe aufbauen zu können, braucht man erst einmal einen Stamm von ca. drei bis vier Leuten. Meistens sind das Menschen, die man ohnehin schon kennt, z.B. aus dem Freundeskreis, aus der Schulklasse, der SchülerInnenvertretung (SV) oder der Uni. Darüber hinaus gibt es jedoch vielfältige Möglichkeiten, weitere Personen zu aktivieren.

In vielen Orten gibt es Mitglieder der JD/JL, die bisher jedoch noch nicht aktiv geworden sind. Bei dem Versenden eines Rundschreiben an alle Mitglieder und Personen, die in den letzten Monaten Informationen über JD/JL angefordert oder an Seminaren teilgenommen haben hilft das Geschäftsstellen-Team euch weiter.

Der Stamm von Leuten einer JD/JL-Basisgruppe ist meistens also recht schnell gefunden. Am besten trifft ihr euch dann im kleinen Kreis, lernt euch näher kennen und ladet vielleicht auch jemanden vom Landesvorstand ein, der euch etwas mehr über JD/JL im allgemeinen und den Basisgruppenaufbau im besonderen erzählen kann. Ihr solltet euch auf jeden Fall untereinander darüber verständigen, welche Vorstellungen ihr im einzelnen von der Arbeit der Gruppe habt.

Vorbereitung des Gründungstreffens

Nun muss das erste Treffen („Gründungstreffen“) vorbereitet werden. Zuerst solltet ihr euch einen ansprechenden Raum suchen, der möglichst gut erreichbar ist, eine gemütliche Atmosphäre hat und nicht zu laut ist (so dass man sich auch unterhalten kann). In diesem Raum sollten möglichst auch die späteren Gruppentreffen stattfinden. Viele Treffen finden z.B. in einem Jugendclub oder dem ruhigen Hinterzimmer einer Kneipe oder in einem alternativen Zentrum statt. Das Gründungstreffen sollte nicht in einer Privatwohnung stattfinden, weil die Hemmschwelle für neue Leute größer ist, zu „fremden Leuten“ zu gehen. Auch solltet ihr euch nicht in der Geschäftsstelle einer Partei (z.B. Grüne oder PDS) treffen. Selbst wenn sie euch finanziell gelegentlich unterstützt, darf nicht der falsche Eindruck entstehen, man sei die Jugendorganisation der Partei XY.

Der Termin für das Gründungstreffen kann ebenfalls entscheidend zum Gelingen beitragen. Berücksichtigt, dass parallel keine anderen Veranstaltungen, z.B. Konzerte, stattfinden. Meistens empfiehlt es sich, einen Termin am frühen Abend zu wählen (z.B. 18 Uhr), aber bedenkt auch, dass die Leute häufig in kleineren Nachbarorten wohnen und noch irgendwie wieder nach Hause kommen müssen.

Nachdem die ersten Probleme also gelöst sind, müsst ihr für das Gründungstreffen werben. Die Einladung zum Gründungstreffen sollte originell und ansprechend sein sowie eure eigenen Motive für die Gründung widerspiegeln. Mit kleinen Flyern (DIN A 5 - Handzettel) oder kopierten DIN A 3 - Plakaten könnt ihr die Leute in eurer Schule, in der Uni oder im Jugendclub auf die Veranstaltung hinweisen (siehe auch Muster-Flyer). Ihr könnt euch auch Plakate des Landes- oder Bundesverbandes besorgen und einen kleinen Zettel mit der Veranstaltungsankündigung einkleben. JD/JL sind Mitglied im „Ring Politischer Jugend“. Das bedeutet, dass ihr in den meisten Bundesländern das Recht habt, Verbandsinformationen am sog. „Schwarzen Brett“ bzw. RPJ-Brett auszuhängen.

Auch kann man zu einem ersten Treffen die SchülerInnen-SprecherInnen, SchülerInnenzeitungs-RedakteurInnen oder Mitglieder des Allgemeinen StudentInnenausschusses (AStA) der nahegelegenen Universität anschreiben. Es bietet sich an, den Briefen JD/JL-Infomaterial beizulegen, das ihr kostenlos in der Landesgeschäftsstelle anfordern könnt.

Von der bevorstehenden Gründung der Basisgruppe kann die Presse informiert werden. Hierfür sollte eine kurze Terminankündigung und eine Presseerklärung angefertigt werden, die ihr zwei Tage vor der Veranstaltung abschicken solltet (siehe auch Kapitel

„Pressearbeit“).

Das Gründungstreffen

Für das Gründungstreffen solltet ihr einen JD/JL-Info-Tisch vorbereiten, so dass sich die Leute noch etwas intensiver mit dem Verband auseinandersetzen können. Jemand sollte dann die Veranstaltung moderieren, also die Leute begrüßen und den Zweck des Treffens erläutern. Eventuell könnt ihr auch noch eineN JungdemokratIn von außen einladen, die etwas mehr über den Verband und seine Ziele erzählen kann. Erfahrungsgemäß werden bei dem ersten Treffen vor allem inhaltliche Fragen diskutiert: „Sollten Noten abgeschafft werden?“, „Können Drogen legalisiert werden?“ und „Können Bundeswehr und Wehrpflicht abgeschafft werden?“. Diese Diskussionen sind wichtig und die Skepsis der meisten Anwesenden auch nicht ungewöhnlich, entsprechen doch die Positionen der JD/JL nicht der vorherrschenden Meinung. Niemand erwartet von den OrganisatorInnen eines Gründungstreffens, dass sie auf jede Frage eine Antwort wissen. Wenn ihr euch dennoch unsicher fühlt, sind Personen aus dem Landesvorstand immer gerne bereit, euch bei diesen Diskussionen unter die Arme zu greifen.

Am Ende der Diskussion müssen unbedingt noch Termin und Ort für die nächsten Treffen verabredet werden. Am besten ist ein regelmäßiger Termin, etwa einmal in der Woche. Sinnvoll ist es, wenn sich die Gruppe immer am gleichen Wochentag und möglichst am gleichen Ort trifft. Die Treffen der Basisgruppe werden dann zur festen Einrichtung, zum jour fix. InteressentInnen können dann eher auf den regelmäßigen Treff aufmerksam gemacht und dazu eingeladen werden.

Die Arbeitsphase

Bei den nächsten Treffen solltet ihr euch über die Arbeitsweise verständigen und für die nächsten Wochen ein Schwerpunktthema aussuchen. Die ideale Gruppengröße für den Anfang sind 5 bis 10 Leute, die einigermaßen regelmäßig zu den Treffen kommen. Wenn die Gruppe wesentlich größer ist, wird es immer Leute geben, die Redehemmungen haben. Außerdem fällt es in einer kleineren Gruppe leichter, sich kennen zu lernen. In der Arbeitsphase solltet ihr euch intensiv mit einem Schwerpunktthema auseinandersetzen, aber auch überlegen, wie ihr dieses Thema an die Öffentlichkeit tragen könnt (z.B. durch Aktionen, Flugblätter etc.). Die Arbeitsphase dient dazu, sich gegenseitig über verschiedene Themen zu informieren und gemeinsam Wissen zu vertiefen. Am besten ist es, wenn jeweils ein oder zwei Personen ein Treffen inhaltlich vorbereiten. Wenn ihr euch also z.B. den Schwerpunkt Antimilitarismus gewählt habt, dann können in den folgenden Treffen einzelne Aspekte dieses Themenschwerpunktes vorgestellt und diskutiert werden. In einem Arbeitsplan könnt ihr dann festlegen, dass z.B. „Wiederbewaffnung der Bundesrepublik“, „Wehrpflicht & Zwangsdienste“, „Rüstungsproduktion und -export“, „Frauen in der Bundeswehr“ und „out-of-area-Einsätze“ behandelt werden sollen. Möglichst jede Person aus der Gruppe sollte einmal ein Treffen vorbereiten, damit jede/jeder in gleicher Weise in die Gruppe integriert ist. Wenn ihr zu einzelnen Themen keine ReferentInnen in euren

Reihen findet, könnt ihr auch Leute aus anderen Basisgruppen ansprechen. Auch hier gilt: Bei Fragen und Problemen hilft die Landes- oder Bundesgeschäftsstelle gern weiter.

Für Gruppen ist es hin und wieder sinnvoll, sich ein Wochenende Zeit zu nehmen und in einer Jugendherberge ein paar Tage gemeinsam zu verbringen - oder, wie es offiziell heißt: in Klausur zu gehen. Häufig sind die Diskussionen bei Basisgruppen-Wochenenden intensiver und ungestörter, man kann ein Thema länger diskutieren, ohne dass jemand den letzten Bus erwischen muss und auch für vertagte und grundsätzliche Diskussionen ist mehr Zeit. Meist empfiehlt es sich, einen (oder mehrere) inhaltliche/n Schwerpunkt/e vorzubereiten. Für solche Seminare können meist Gelder bei den Jugendämtern beantragt werden. Auch hier steht euch die Geschäftsstelle mit Rat und Tat zur Seite.

Politische Arbeit muss kein bierernstes Geschäft sein, sondern soll und kann auch Spaß machen. Ein Patentrezept für gute Stimmung kann es natürlich nicht geben. Manche Gruppen treffen sich nach der Diskussion zum gemeinsamen Bier, Cola oder Tee, andere gehen gemeinsam ins Kino, kochen zusammen, verabreden sich zu Demonstrationen oder wickeln zu Weihnachten. Da viele Leute auch zur Basisgruppe stoßen werden, weil sie in der Schule, der Ausbildung oder der Uni keine Leute finden, mit denen sie sich auf der gleichen Wellenlänge unterhalten können, ergibt es sich meist von selbst, dass man sich gegenseitig zu Partys einlädt. Wie es euch in eurer Gruppe am besten geht, werdet ihr sicherlich schnell herausfinden.

Die Aktionsphase

Da JD/JL nicht nur ein Debattierclub sind, sondern wir auch die herrschenden Verhältnisse verändern wollen, müssen eure politischen Positionen an die Öffentlichkeit getragen werden. Teilweise zeitgleich mit der Arbeitsphase, manchmal auch erst anschließend, müsst ihr euch überlegen, in welcher Weise ihr am besten die Öffentlichkeit auf das politische Problem hinweisen oder einen Missstand beenden könnt. Die Aktionsform ist sowohl von dem politischen Problem als auch von der Zielgruppe, die ihr ansprechen wollt, abhängig. Ihr habt die gesamte Palette der politischen Aktionsformen zur Verfügung: Podiumsdiskussionen, Straßenaktionen, Flugblätter und vieles mehr warten nur darauf, von euch organisiert zu werden. Einige Aktionsformen werden auf den nächsten Seiten vorgestellt, aber auch hier heißt es: Fantasie an die Macht! Die Aktionen sind die jeweiligen Höhepunkte eurer politischen Arbeit. Nach zahlreichen Diskussionen und teilweise intensiven Vorbereitungen seht ihr nun handfeste Ergebnisse eurer Arbeit. Nur eine solche attraktive Arbeit wird auch andere Leute zum Mitmachen anregen. Wichtig ist jedoch, sich die Ziele nicht zu hoch zu stecken, da sonst der Frust vorprogrammiert ist. Ihr müsst realistisch einschätzen, wie viele Aktive sich in die Vorbereitung einbringen und an der Aktion beteiligen werden.

Unterstützung für die Arbeit finden JungdemokratInnen/Junge Linke nicht allein in ihrem Ort, sondern auch durch den Landes- und Bundesvorstand. Hier gibt es Flugblätter, die ihr vor Schulen, Unis und in Jugendzentren verteilen könnt. Hier kann um Unterstützung für konkrete inhaltliche Veranstaltungen nachgefragt werden. Häufig gibt es in den Landesgeschäftsstellen auch Videofilme zu einem bestimmten Thema, die man auf einer

Veranstaltung zeigen kann.

Nach Beendigung der Aktionsphase und der Integration der neu gewonnenen AktivistInnen setzt sich die Basisgruppe wieder zusammen, überlegt sich ein neues Thema oder beschließt, dass das aktuelle Thema weiterer Bearbeitung bedarf. Diese Arbeitsweise der inhaltlichen Arbeit und gleichzeitigen Vorbereitung des Thema betreffender Aktionen ist nun die dauernde Arbeitsweise der Gruppe. Wenn die Gruppe sehr groß wird, kann sie auch verschiedene Arbeitskreise einrichten.

Die Vorbereitung der Gruppentreffen (nicht die inhaltliche Diskussion!) sollte nach Möglichkeit von ein oder zwei Gruppenmitgliedern in die Hand genommen werden. Um die Entscheidung transparent zu gestalten, empfiehlt es sich, diese Personen als SprecherInnen (oder wie ihr sie auch immer nennen wollt) zu wählen. Die SprecherInnen sind für den Kontakt mit dem Landesverband verantwortlich und bringen die Ideen der Basisgruppe in die Arbeit des Landesverbandes ein. Die SprecherInnen bekommen dann regelmäßig die Zeitung LiB (Linkes Blatt), den Rundbrief des Bundesverbandes, zugeschickt. Um größere Aktionen zu planen, braucht ihr häufig auch Geld, das manchmal bei Ministerien und ähnlichem abgerechnet werden muss. Damit auch für diese Aufgabe jemand verantwortlich ist, solltet ihr eineN FinanzreferentIn (manchmal auch SchatzmeisterIn genannt) wählen.

Basisgruppen der JD/JL sollten immer auch per Post erreichbar sein. Hier gibt es mehrere Möglichkeiten. Zum einen könnt ihr bei dem Jugendclub oder der Kneipe, in der ihr euch regelmäßig trefft, nachfragen, ob sie etwas dagegen hätten, wenn an diese Adresse auch Post für euch geschickt wird. Dann lautet eure Anschrift: JungdemokratInnen / Junge Linke c/o Jugendclub XY.

Die andere Variante ist, dass ihr euch ein Postfach anschafft. Hierfür müsst ihr einen Antrag bei dem Postamt in eurem Ort stellen. Allerdings verlangen einige Postämter für die kostenlose Nutzung, dass eine bestimmte Anzahl von Briefen regelmäßig eingeht. Da sie meistens nur in den ersten Wochen darauf achten, lässt sich hier in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle sicher eine Lösung finden.

Schwierigkeiten in der Gruppe

In jeder Gruppe gibt es von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten. Manche Probleme lassen sich nicht ganz vermeiden; bei vielen Schwierigkeiten reicht es aber aus, dass man weiß, dass sie auftreten können und warum, um sie abzustellen.

Beispielsweise führen sehr oft Verhaltensweisen Einzelner zu Konflikten innerhalb der Gruppe. Wenn etwa bei Diskussionen einE EinzelneR oder mehrere Leute gemeinschaftlich zu stark dominieren, also die ganze Diskussion an sich ziehen und die anderen nicht zu Wort kommen lassen, fühlt sich der Rest der Gruppe überfahren und verliert bald die Lust an der Diskussion und der Mitarbeit in der Basisgruppe. Deshalb ist es wichtig, darauf zu achten, dass das ganze Geschehen in der Gruppe nicht von Einzelpersonen beherrscht wird. Vorschläge und Anregungen von Gruppenmitgliedern

dürfen nicht einfach übergangen werden, denn schließlich soll jedeR in der Basisgruppe gleichberechtigt sein. Immer dann, wenn dies nicht beachtet wird, treten über kurz oder lang Konflikte auf. Das heißt also auch, dass sich die AktivstInnen der Gruppe notfalls selbst zügeln und andere zum Mitdiskutieren anregen sollten.

Konflikte können auch dann auftreten, wenn sich die Gruppe zu entscheiden hat, welche Themen sie bearbeiten will und in welcher Weise man zu einem bestimmten Thema an die Öffentlichkeit tritt. Bei solchen Fragen sollten Minderheiten nicht einfach übergangen werden. In der Gruppe sollte nicht um jeden Preis nach dem Mehrheitsprinzip entschieden werden, denn schließlich geht es nicht darum, sich gegenüber einem politischen Gegner mit Hilfe von Abstimmungen durchzusetzen. Es sollte deshalb versucht werden, möglichst allen Interessen in der Basisgruppe gerecht zu werden, d.h. oft müssen Kompromiss-Lösungen angestrebt werden. Wenn sich eine Mehrheit immer hemmungslos gegenüber der Minderheit durchsetzt, wird die Minderheit auch sehr schnell die Lust an der Mitarbeit verlieren.

Oft ist es aber auch so, dass gar nicht erst mehrere Themen oder Entscheidungsmöglichkeiten zur Auswahl stehen, sondern dass die Gruppe nicht weiß, womit sie sich beschäftigen soll. In solchen Fällen ist es oft hilfreich, wenn jedes Gruppenmitglied - rundum - einfach einen Vorschlag macht. Nach diesem „Brainstorming“ wird dann über die einzelnen Vorschläge diskutiert und oft finden sich dann gerade in einer solchen Diskussion die besten Lösungen.

Bei Schwierigkeiten gibt es keine Pauschalrezepte. Man sollte nur versuchen, offene Probleme anzusprechen. Einfache Diskussionen und Aussprachen haben schon viele vermeintliche Konflikte als Missverständnisse entlarvt und dabei geholfen, sie zu klären.

Die Suche nach neuen MitstreiterInnen

Attraktive politische Arbeit der JD/JL ist häufig nur leistbar, wenn man eine handvoll aktive MitstreiterInnen hat, die diese Arbeit mit auf die Beine stellen. Genügend Leute kann man aber häufig erst dann gewinnen, wenn man eine attraktive Arbeit macht. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die attraktive Arbeit vor Ort, die neue Leute zur Mitarbeit motivieren soll und wird, kann durchaus selbst organisiert werden. Nämlich genau dann, wenn man ein Treffen machen wollte und nur zwei Menschen kommen und man dann eben nicht frustriert trinken geht, sondern gemeinsam überlegt, was man denn nun zu zweit anstellen, zumindest aber der Presse erklären kann. Auch zwei Menschen können das Bild einer aktiven Gruppe, zumindest gegenüber der Öffentlichkeit, entstehen lassen. Neben der attraktiven Arbeit, also spannenden Flugblättern, phantasievollen Aktionen und interessanten Veranstaltungen, kommen die meisten Leute zu JD/JL über persönliche Kontakte. Viele Leute fühlen sich in der Schule oder an der Uni allein mit ihren linken Ideen. Häufig wissen sie nicht, dass es im Ort eine Basisgruppe gibt, die sich regelmäßig trifft oder haben Hemmungen, zu einem Treffen zu gehen, wo sie niemanden

kennen. D.h. überall dort, wo ihr mit Leuten politisch ins Gespräch kommt, solltet ihr eure JD/JL-Basisgruppe vor Ort erwähnen. Wenn sich die Person interessiert zeigt, ladet sie zu dem nächsten Treffen ein. Aber: JD/JL sind nicht „Zeugen Jehovas“, sondern eine Selbstorganisation von Jugendlichen. Es sollte niemand agitiert und belästigt werden. Aktive JungdemokratInnen/Junge Linke zeigen nur, dass politische Arbeit auch Spaß machen kann.

Global denken - vor Ort handeln

JD/JL als Verband leben davon, dass Ideen ausgetauscht und Erfahrungen weitergegeben werden. Deshalb sollten

- Flugblätter der Basisgruppen an die Landesgeschäftsstelle (LGS) geschickt werden, damit sie den anderen Basisgruppen zukommen. Das Gleiche gilt natürlich für Broschüren.
- zu besonderen Aktionen auch die anderen Basisgruppen eingeladen werden. Wenn der Termin rechtzeitig bekannt ist, macht das die LGS.
- die Aktionen der Basisgruppe nach erfolgreicher Durchführung in den jeweiligen Rundbriefen der Landesverbände vorgestellt werden (z.B. „Praxis Bülowbogen“ in Berlin, „express“ in NRW und „zeckeninfo“ in Brandenburg).
- sich die Aktiven einer Basisgruppe an den Landeskongressen und Basistreffen aktiv beteiligen und Beispiele ihrer Arbeit einbringen. Erfahrungsaustausch im direkten Gespräch bringt meist noch mehr als Rundbriefe, denn hier kann nachgefragt oder ergänzt werden.

Gremiendschungel: Der Aufbau der JD/JL



JD/JL tragen dazu bei, das gesellschaftliche Klima zu verändern und gesellschaftlichen Fortschritt zu erkämpfen. Dies beschränkt sich allerdings nicht auf einzelne Bereiche oder Politikfelder, wie bei vielen Umwelt- oder Antifa-Gruppen. Kein politisches Problem lässt sich isoliert betrachten. Kurzfristiger Widerstand kann zwar im Kleinen effektiv sein, bringt die herrschenden Verhältnisse jedoch noch nicht ins Wanken. Für JD/JL ist es entscheidend, die Zusammenhänge zu analysieren und selbst linke Politik daraufhin abzuklopfen, ob sie demokratisch und emanzipatorisch ist; ob sie also die Chancen zur gleichberechtigten Teilnahme aller an gesellschaftlichen Entscheidungen garantiert und die Selbstbestimmung jedes Einzelnen vorantreibt. Deshalb haben sich JungdemokratInnen / Junge Linke für eine feste Verbandsstruktur entschieden, die im folgenden erklärt werden soll.

So gibt es z.B. auf Landes- und auf Bundesebene Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Problemfeldern. Dort werden nach übergreifenden Diskussionen in den Verbandsgremien Analysen diskutiert, politische Strategien entworfen und in Publikationen, Aktionen, Bündnissen, Seminaren und Veranstaltungen umgesetzt.

Da JD/JL häufig Themen aufgreifen, die nicht nur in der Basisgruppe oder im Arbeitskreis auf Interesse stoßen, treffen sich alle Mitglieder eines Landesverbandes regelmäßig zu **Landeskongressen** - in großen Landesverbänden zu **Landesdelegiertenkongressen**, d.h. jede Gruppe entsendet eine bestimmte Anzahl ihrer Mitglieder, um dort vertreten zu sein. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen den Basisgruppen bzw. Arbeitskreisen und koordinieren die überregionalen Aktivitäten. Bei Landeskongressen hat jedes Mitglied eine Stimme, bei Landesdelegiertenkongressen jedeR Delegierte - hier kann man sich also wirkungsvoll in alle Bereiche und Aktivitäten des Landesverbandes einmischen. Auf der Landes(delegierten)konferenz werden die aktuellen Arbeitsvorhaben

und die politischen Positionen des Landesverbandes beschlossen. Die Landes(delegierten)konferenz wählt auch den **Landesvorstand (LaVo)**, der das Arbeitsvorhaben der Landeskongressen umsetzt und für die Außenvertretung des Verbandes zuständig ist. Im Landesvorstand ist eine Person für die Finanzen verantwortlich: der/die **SchatzmeisterIn**. Formal gegenüber dem Amtsgericht verantwortlich und zuständig für die allgemeine Koordination der Arbeit ist der/die **Landesvorsitzende** oder **SprecherIn**.

Die Landes(delegierten)konferenz wählt auch die Delegierten für die **Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)**, den **Bundeshauptausschuss (BHA)** und die **Bundesarbeitskreise (BAKe)**. Die Bundesdelegiertenkonferenz ist das wichtigste Gremium des Bundesverbandes. Hier kommen ein Mal im Jahr die 100 Delegierten aller Landesverbände zusammen, beschließen über die Arbeitsvorhaben des nächsten Jahres und wählen den **Bundesvorstand (BuVo)**. Zwischen den BDKen ist der BHA das höchste beschlussfassende Gremium. Hier treffen sich in kleinerer Runde VertreterInnen der Landesverbände, diskutieren aktuelle Fragen, koordinieren die Arbeit der Landesverbände und planen gemeinsame Aktivitäten, die bundesweite Bedeutung haben.

Zu den verschiedensten Themen gibt es **Bundesarbeitskreise (BAK)** und in den Landesverbänden **Landesarbeitskreise (LAK)**. Sie erstellen gemeinsam mit dem Bundes- bzw. Landesvorstand Materialien oder bereiten Kongresse und Tagungen vor. Die Arbeitskreise sind der Ort, an dem viel inhaltlich diskutiert wird.

Dass das alles so läuft und wie das alles ganz genau zu funktionieren hat, ist der Satzung und der Geschäftsordnung der JD/JL zu entnehmen (siehe auch Kapitel „Satzung & Geschäftsordnung“). Man erhält sie, wenn man der Landesgeschäftsstelle schreibt. Viel wichtiger und spannender ist es jedoch, keine Gelegenheit auszulassen, größere Ansammlungen von JD/JL zu besuchen und die Politik dieser selbstorganisierten Jugendlichen mitzugestalten.

SchülerInnenarbeit

Ein wichtiges Arbeitsfeld der JD/JL ist die Bildungspolitik. Unsere Ideen von einer demokratischen Schule und einer emanzipatorischen Bildungspolitik sind noch in weiter Ferne. SchülerInnenarbeit der JD/JL dient dazu, bei SchülerInnen ein politisches und kritisches Bewusstsein zu schaffen und den Alltag in dieser Institution zu verbessern. Schulkritik heißt für uns immer auch Gesellschaftskritik. Da Schule nicht im luftleeren Raum existiert, sondern gesellschaftliche Widersprüche produziert und reproduziert, ist es wichtig zu betonen, dass Schule nicht ohne die Gesellschaft, in der und für die sie lehrt begriffen und kritisiert werden kann. Die SchülerInnenpolitik von JD/JL wird daher immer konkrete Probleme der SchülerInnen aufgreifen und ihnen helfen, diese zu lösen und Strukturen zu bekämpfen, die sie unterdrücken. Informationen zu den Rechten von SchülerInnen gehören zu unserer SchülerInnen-Arbeit ebenso dazu wie die Kritik am vorenthaltenen allgemeinpolitischen Mandat und der Auseinandersetzung mit aktuellen bildungspolitischen Debatten.

Wenn in einem Ort bereits eine Basisgruppe der JD/JL existiert und auch gute Arbeit leistet, sollten jungdemokratische SchülerInnen überlegen, ob und wie sie in den SVen, Kreis- und Bezirks-SVen oder LandesschülerInnenvertretungen bzw. LandesschülerInnenräten ihre Positionen einbringen wollen. Gerade weil sich viele SchülerInnen über die Kritik an Schule politisieren und weil JD/JL sich gegen jegliche autoritäre Strukturen aussprechen, begleiten JD/JL die SchülerInnenbewegung solidarisch und versuchen diese, wo es nur geht, zu unterstützen.

Arbeit in der SV

Einer der Hauptbereiche in der Arbeit der JD/JL Bildungspolitik ist die Arbeit in SchülerInnenvertretungen (SVen) an einzelnen Schulen, aber auch auf Bezirks- oder Landesebene.

JedeR SchülerIn sollte sich darüber im Klaren sein, dass die SchülerInnenvertretung nur begrenzte Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten hat. Oftmals sind selbst diese nur wenigen SchülerInnen in vollem Umfang bekannt. Aus diesem Grund ist es wichtig, alle SchülerInnen über ihre Rechte zu informieren (z.B. über Seminare oder Veranstaltungen zu Schulpolitik, u.ä.) und die vorhandenen wenigen Rechte der SV voll auszunutzen. Man kann sich in der SV dann z.B. dafür stark machen, die Rechte der SchülerInnen zu erweitern und die SchülerInnen weiter zu politisieren. Gerade weil Schule nicht jenseits der Gesellschaft existiert, muss Schulkritik somit Gesellschaftskritik sein.

Die Ziele der radikaldemokratischen SV-Arbeit sind also Interessenvertretung von

SchülerInnen, Politisierung von SchülerInnen, Erweiterung der Rechte von SchülerInnen und die Verbreitung einer radikaldemokratischen Kritik am Schulsystem und den Lehrinhalten.

Vor allem die LandesschülerInnenvertretungen (LSVen) und LandesschülerInnen-Räte (LSRe) bieten ein wichtiges Aktions- und Arbeitsfeld. Im Gegensatz zu den SVen an den einzelnen Schulen finden die LSVen/LSRe wesentlich schneller in der Öffentlichkeit Resonanz für ihre Forderungen; diese können so effektiver verbreitet werden.

Das SchülerInnen-Netzwerk

Die Arbeit des Netzwerks wird natürlich allgemeinerer Art sein, allgemeine Probleme diskutieren und auf die Situation bzw. die Probleme einzelner Schulen nur im Ausnahmefall eingehen. Andererseits können so natürlich auch besser und effektiver Aktionen, z.B. gegen Maßnahmen des Kultusministeriums bzw. des Schulsenats, organisiert werden.

In einigen Landesverbänden gibt es den „SchülerInnen-Stammtisch“, an dem sich in lockerer Runde aktive SchülerInnen, die sich in SVen engagieren, treffen.

Das linke SchülerInnennetzwerk ist gegründet worden, da es nach wie vor wichtig ist ein Gremium zu haben, in dem sich aktive SchülerInnen in und um JungdemokratInnen/Junge Linke über ihre Arbeit in den SchülerInnenstrukturen (LSV, BSV) austauschen und zugleich wichtige Themen vertiefen können. Das Netzwerk ist für alle interessierten SchülerInnen offen, egal ob sie Mitglied sind oder nicht. Die Netzwerk-Treffen finden jeweils auf den Bundesarbeitskreiswochenenden von JungdemokratInnen/Junge Linke statt. Das Netzwerk hat zwei wichtige Funktionen zu erfüllen: Es soll den Austausch zwischen den SchülerInnen innerhalb des Verbandes sicherstellen, es soll auch denen, die nicht in LSVen und BSV aktiv sind helfen, einen Einblick in deren aktuelle Arbeit verschaffen, es soll Möglichkeiten entwickeln, wie linke und jungdemokratische Positionen innerhalb der SV-Strukturen mehr Bedeutung erlangen und es soll die Möglichkeit bieten, sich mit aktuellen, wichtigen Debatten der Bildungspolitik intensiver auseinander zu setzen. In der Regel beginnt das SchülerInnen-Netzwerk damit, dass alle Anwesenden von der jeweiligen SchülerInnen- und SV-Situation in ihrem Landesverband berichten und die Aktiven von der Arbeit der SVen, Landes-SVen und Bundes-SV erzählen. Nach diesem Überblick werden einzelne Themen genauer befasst: Texte werden gelesen und diskutiert, vorbereitete Diskussionen ermöglichen die Positionierung. Das Netzwerk versucht immer wieder, den Begriff „radikaldemokratische Schule“ zu füllen, gerade in der Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen und Debatten, welche die neoliberalen Entwicklungen in der Bildungspolitik mit sich bringen.

Das SchülerInnen-Netzwerk erarbeitet auch Material zu den Themen rund um Schule und Bildungspolitik. Kurz gesagt: Das SchülerInnennetzwerk hat also zugleich die Funktion, linke SchülerInnen bei ihrer SV-Arbeit zu unterstützen, sie zu vernetzen und die inhaltliche Diskussion über unsere Vorstellung von Schule nicht abreißen zu lassen.

SchülerInnen-Zeitung

Die Erstellung einer SchülerInnen-Zeitung kann ein wichtiges Projekt sein, da auch Leute erreicht werden, die nur mal so vorbeigehen und die nicht zu den schon länger bekannten Gesichtern gehören. Man erreicht ein größeres Publikum mit den eigenen Inhalten als z.B. auf einem Seminar. Beim Erstellen einer Zeitung werdet ihr sicherlich viel diskutieren, so dass alle Beteiligten sich der Argumente noch mal gewiss werden. JD/JL geben regelmäßig die SchülerInnenzeitung „radZ – radikaldemokratische SchülerInnenzeitung“ heraus, aus der ihr gerne Artikel für eure Zeitung übernehmen könnt.

Seminare

Vielfach ist die Gruppe mit ihren organisatorischen Aufgaben, ihren Aktionen, der Arbeit in SVen und der Herausgabe einer Zeitung so beschäftigt, dass kaum noch Zeit bleibt für gründliche inhaltliche Diskussionen. Hier können Seminare gut Abhilfe schaffen. Bedingung ist natürlich eine gesicherte und ausreichende Beteiligung von AktivistInnen und InteressentInnen sowie die Finanzierung (die Landesgeschäftsstelle ist hier gerne behilflich). Ein Seminar erfordert eine gründliche Vorbereitung. Die Gruppe sollte vorher ein Seminarprogramm erstellen und die Vorbereitung einzelner Punkte aufteilen. JedeR SeminarteilnehmerIn sollte einen Teil des Seminars schwerpunktmäßig vorbereiten, etwa durch die Erstellung von Thesenpapieren, Kurzreferaten, Literaturliste, etc. Daraus wird ein Seminarreader erstellt, der allen SeminarteilnehmerInnen zum Seminar vorliegt. Die Thesenpapiere sollten übrigens nicht so aufgebaut sein, dass sie von vornherein von allen akzeptiert werden. Klare Positionen erleichtern oft den Diskussionseintritt und ermöglichen erst die Erarbeitung von gemeinsamen oder auch unterschiedlichen Standpunkten.

Schließlich darf auch die Freizeit bei Seminaren nicht zu kurz kommen, denn auch der Spaß-Faktor ist wichtig für die politische Arbeit (siehe auch Abschnitt „Seminare“)!

Aktionsbeispiel: „Noten abschaffen - Zeugnisse verbrennen!“

Noten und Leistungsnachweise symbolisieren handfest die autoritären Strukturen des Bildungssystems. Deshalb kritisieren JungdemokratInnen / Junge Linke schulische Bewertungssysteme.

JD/JL kritisieren Noten, weil sie ein Mittel der Selektion sind und gleichzeitig die Notwendigkeit der Auslese suggerieren. Da es in der Gesellschaft unterschiedlich bewertete und entlohnte Arbeitsplätze gibt, ist es Aufgabe der real-existierenden Schule, eine Vorverteilung auf die zukünftigen Beschäftigungsfelder vorzunehmen. Noten sind das repressive Mittel, mit dem erreicht wird, dass fremdbestimmte Bildungsinhalte und die Existenz von Autoritäten als „normal“ und gegeben akzeptiert werden. SchülerInnen werden zu KonkurrentInnen gemacht; solidarisches Lernen wird verhindert. SchülerInnen sollen lernen, etwas zu tun, dessen Sinn sie nicht einsehen und dessen Inhalt sie nicht

interessiert. Genau wie im späteren Berufsleben sollen abverlangte Tätigkeiten nicht weiter hinterfragt werden. Dieser Mechanismus dient dazu, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu erhalten und Kritik daran nicht entstehen zu lassen.

Antiautoritäre SchülerInnenarbeit hat hingegen selbstbestimmtes Lernen ohne Notendruck, Zwang und Autoritäten zum Ziel. Die radikale Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist nicht mit Noten oder anderen Bewertungssystemen möglich. Antiautoritäre SchülerInnenarbeit muss die konkrete Interessenvertretung von SchülerInnen verbinden mit der Aufklärung über den herrschaftsstabilisierenden Charakter von undemokratisch organisierter Bildung.

Vorbereitung: Da bei einer Noten-abschaffen-Aktion mit Zeugnisverbrennung eine ganze Reihe von Organisationsaufgaben anfallen, ist es sinnvoll, möglichst langfristig zu planen. Als Termin bietet sich logischerweise der Zeugnistag an. Im Vorfeld ist es sinnvoll, ein Flugblatt zu schreiben (s.a. Abschnitt „Flugblätter“), das vor möglichst vielen Schulen in der Umgebung verteilt wird. Außerdem sollte der Termin samt Ort und Zeit in vielen Zeitschriften angekündigt werden. Dies muss frühzeitig geschehen, da viele Zeitschriften nicht so häufig erscheinen und häufig frühzeitig Redaktionsschluss haben. Die Zeugnisverbrennung muss dann mindestens drei Tage vor dem Zeugnistag angemeldet werden. Ihr meldet also eine politische Kundgebung (z.B. gegen Notendruck und Leistungswahn) beim Ordnungsamt der Stadt an.

Da es in der Bundesrepublik verboten ist, offizielle Dokumente zu verbrennen und einige Leute ihr Zeugnis sicherlich behalten wollen (Urlaubsgeld von Oma, zur Bewerbung für einen Ausbildungsplatz), ist es sinnvoll, Kopien (alter) Zeugnisse mitzubringen. Der Effekt und die symbolische Wirkung leiden auch nicht ernsthaft darunter. Damit der Protest möglichst breit Gehör findet, ist es ratsam, die Presse einzuladen (s.a. Abschnitt 10). Es ist absolut notwendig, dass alle aus der Gruppe in der Materie fit sind. Es wirkt eher peinlich, wenn man auf die Frage eines/-r JournalistIn, warum man heute sein Zeugnis verbrennt, keine richtige Antwort weiß und nur herumstammelt. Da JournalistInnen häufig keine Zeit haben, großartig zu recherchieren und eigene Formulierungen zu finden, macht es Sinn, eine Pressemappe zu erstellen, die dann bei der Aktion an die JournalistInnen verteilt wird. In dieser sollten alle Pressemitteilungen, das Flugblatt, Forderungen und sonstige Publikationen zum Thema enthalten sein.

Für die eigentliche Verbrennung braucht ihr eine Tonne, Holz und eine brennbare Flüssigkeit (z.B. Brennspritus). Da ihr das ganze ja nicht einfach so aus Spaß an der Freude macht, sondern auch Inhalte überbringen wollt, müsst ihr eure Meinung kund tun. Es ist also notwendig, dass Redebeiträge geschrieben werden. Optimal sind zwei bis drei. Um Gehör zu finden, braucht ihr mindestens ein Megafon, noch besser ist ein Lautsprecherwagen. Beides bekommt ihr in aller Regel bei Gewerkschaften, teilweise auch bei Parteien. Ihr müsst aber auch hier rechtzeitig anfragen. Zur Anhebung der Stimmung vor und nach der Kundgebung empfiehlt es sich, eine Mixkassette anzufertigen. Außerdem dürft ihr nicht die Materialien für den Infotisch vergessen und ihr solltet gut sichtbare Plakate, auf welchen noch mal die Forderungen („Noten Abschaffen!“, „Schule demokratisieren!“) draufstehen, kopieren.

Ablauf: Ihr solltet euch am Zeugnistag mindestens 15 Minuten vor offiziellem Beginn treffen. Baut den Infotisch auf, bringt die Plakate an und spielt Musik über den Lautsprecherwagen oder über einen Kassettensrecorder. Die Tonne sollte möglichst zentral platziert werden. Nachdem ihr das Holz hineingelegt habt, übergießt ihr es mit der brennbaren Flüssigkeit. Da viele SchülerInnen vermutlich nicht auf die Minute pünktlich sind, solltet ihr mindestens zwanzig Minuten warten. Eine Person sollte den Infostand betreuen und - ganz wichtig - auch die Presse will bespaßt werden, wobei es hierbei sinnvoll ist, möglichst ein oder zwei Personen im Vorfeld zu bestimmen, die sich darum kümmern. Wenn ihr beschließt, anzufangen, werden zuerst die Redebeiträge verlesen. Kurz vor Ende des letzten Redebeitrages - auf keinen Fall vorher, da sonst die Aufmerksamkeit verloren geht - muss das Holz entzündet werden. Das beste Timing ist, wenn gerade die Forderung nach Abschaffung der Noten verlesen wird und die Aufforderung kommt, ihr/sein Zeugnis zu verbrennen, und die Flammen aus der Tonne heraus brennen. Zu diesem Zeitpunkt werden die Zeugnisse bzw. die Kopien der Zeugnisse verbrannt. Anschließend wird wieder Musik angemacht und man kann um die Tonne tanzen oder seine Freude auf andere Art und Weise zum Ausdruck bringen.

Nachbereitung: Bei eurem nächsten Treffen solltet ihr euch noch einmal über die Aktion unterhalten. Man kann reflektieren, was gut und was schlecht gelaufen ist, sich die Presseartikel angucken, die Radiosendungen hören und die Fernsehbilder angucken. Daraus kann man nicht nur seinen Erfolg bestimmen, sondern auch aus den Fehlern fürs nächste Mal lernen.

Adressen

LandesschülerInnenbeirat Baden-Württemberg

Schloßstr. 7
74357 Bönnigheim
Tel. 07143-881728
Fax. 07143-881728

LandesschülerInnenvertretung Bayern

c/o Gymnasium Ottobrunn
Karl-Stieler-Straße 1
85521 Ottobrunn
fon 089-1488204316
fax 089-1488204316
www.lsv-by.de
servus@lsv-by.de

LandesschülerInnenvertretung Berlin

Perleberger Straße 31
10559 Berlin
fon 030-39732102
fax 030-3969736
www.jpberlin.de/lsv
lsv@jpberlin.de

LandesschülerInnenrat Brandenburg

Breite Straße 15 / Zi 518
14467 Potsdam
fon 0331-2804720
fax 0331-2804721

GesamtschülerInnenvertretung Bremen

Schmidt-Straße 10
28203 Bremen
fon 0421-3613185
fax 0421-36116542
nils@hum.winnet.de

SchülerInnenkammer Hamburg

Brucknerstraße 1
22083 Hamburg

fon 040-428322634
fax 040-20972592
www.schuelerkammer.de
info@schuelerkammer.de

LandesschülerInnenvertretung Hessen

Postfach 100348
35336 Gießen
fon 0641-73734
fax 0641-76140
www.lsv-hessen.de
info@lsv-hessen.de

LandesschülerInnenrat Mecklenburg-Vorpommern

c/o KreisschülerInnenrat Rostock
Im Schulamt, Zi 214
Schillingallee 71
18057 Rostock

LandesschülerInnenrat Niedersachsen

Stiftstraße 15
30159 Hannover
fon 0511-1317917
fax 0511-1317917
lsv-nds@gmx.de

LandesschülerInnenvertretung NRW

Färberstr. 142
40223 Düsseldorf
fon 0211-330703
fax 0211-330714
www.lsvnw.de
lsvnw@t-online.de

LandesschülerInnenvertretung RLP

Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
fon 06131-238621
fax 06131-238731
www.lsv-rlp.de
lsvrlp@mail.uni-mainz.de

LandesschülerInnenvertretung Saarland

Mainzer Straße 96
66121 Saarbrücken
fon 0681-398177
fax 0681-3906688

LandesschülerInnenrat Sachsen

Albertstraße 4
01097 Dresden
fon 0351-5642891

LandesschülerInnenrat Sachsen-Anhalt

Turmschanzenstraße 27
39114 Magdeburg
fon 0345-2042346
fax 0345-2042346
www.lbs.st.schule.de/lsv
lsvsaan@aol.com

LandesschülerInnenvertretung Schleswig-Holstein

Preussenstraße 1-9
24105 Kiel
fon 0431-578696
fax 0431-578698
www.schuelervertretung.de
info@schuelervertretung.de

LandesschülerInnenvertretung Thüringen

Werner-Seelenbinder Straße 7
99094 Erfurt
fon 0361-3794686
fax 0361-3471925
www.thueringen.de/tkm/lsv

Literaturtipp:

Ulrike Heider: Schülerproteste in der BRD, suhrkamp ca. 20,00 DM

Wer, mit wem, wofür? Bündnisarbeit



Allein oder gemeinsam mit anderen Gruppen in Bündnissen versuchen JD/JL, fortschrittliche Positionen an die Öffentlichkeit zu bringen und gesellschaftliche Mehrheiten gegen autoritäre und militaristische Projekte zu mobilisieren. JD/JL sind in vielen Themenfeldern anerkannte BündnispartnerInnen. Dabei gibt es die Bündnisse, zu denen sich verschiedene Organisationen, Verbände (und Parteien) zusammenschließen und die Interessenvertretungen (SchülerInnenvertretungen, Allgemeine Studierendenausschüsse (ASStA), StudentInnenräte, Organe der Jugendpresse etc.), in denen auf allen Ebenen auch JD/JL zu finden sind. In den Interessenvertretungen arbeiten wir in festen Koalitionen oder mit losen Absprachen mit anderen linken Gruppen zusammen. Schwieriger gestaltet sich die Arbeit häufig in Bündnissen mit großen Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften. Bei speziell zu einem Themenkomplex arbeitenden Bündnissen gehören JD/JL nicht selten zu den (Mit-)InitiatorInnen. So z.B. bei der Kampagne „Asylrecht ist Menschenrecht“, dem „Bündnis gegen den großen Lauschangriff“ oder den „Gelöbnix-Protesten“.

Wesentlich bei der Bündnisarbeit ist der Anspruch (und so ist meistens auch die Realität), nur dort Zusammenschlüssen verschiedener linker Gruppen beizutreten, wo tatsächlich Mitglieder von JD/JL aktiv sind. D.h. es soll vermieden werden, dass Leute, weil sie JD/JL sind, in einen Arbeitszusammenhang geraten, der sie persönlich gar nicht interessiert. Dann ist nämlich die Wahrscheinlichkeit von kontinuierlichem Frust und damit wenig erfolgreicher Arbeit sehr groß. Dies schadet nicht nur den JD/JL und dem Bündnis, sondern vor allem auch der Person, die durch solche Arbeit womöglich die Motivation für Politik überhaupt verliert.

Andererseits beschränken sich JD/JL selten darauf, nur den Aufruf zu unterschreiben, denn dies allein verhilft dem Bündnis nur selten zum Erfolg. Motto: Nicht Quantität, sondern Qualität sollte Bündnisarbeit bestimmen. Doch das ist oft leichter gesagt als

getan. Wichtiger Ausgangspunkt für unsere Bündnisarbeit ist, dass wir als ebenbürtiger Partner anerkannt werden. Wir müssen die Möglichkeit haben, in allen Arbeitsfeldern mitzuarbeiten und unsere eigenen Ideen mit einzubringen. Oft haben wir „hochkarätige“ BündnispartnerInnen, die selbst ausgezeichnet informiert sind, über mehr Geld verfügen oder den parlamentarischen Bonus genießen. Dies ist kein Vorwurf an unsere BündnispartnerInnen, zeigt aber, dass wir, um realer Bündnispartner zu sein, selber immer besser sein müssen. Beim Landesvorstand oder in der Geschäftsstelle sind Informationen über andere Bündnisse oder auch über die BündnispartnerInnen erhältlich. Hier fließen die Berichte und Erfahrungen aus anderen Bündnissen zusammen. Es ist häufig sinnvoll, sich mit JungdemokratInnen/Junge Linke abzusprechen, die in anderen Bündnissen arbeiten.

Die Bündnisarbeit sollte niemals als „Privathobby“ gesehen werden, sondern intensiv mit der Basisgruppe, dem Arbeitskreis oder dem Vorstand diskutiert und eigene Anregungen erarbeitet werden. Die Arbeit der JD/JL wird dadurch mehr Gewicht erhalten und bekannter werden. Sie wird in dem Maße ernster genommen werden, wie es uns gelingt, solche Bündnisse aktiv mitzugestalten und sie mit Leben zu erfüllen, indem wir eigene politische Substanz einbringen.

Aktionen



Der Info-Stand

Informations-Stände bieten eine hervorragende Möglichkeit, mit fremden Leuten zwanglos ins Gespräch zu kommen. Leute, die sich mal ganz unverbindlich und anonym über die JD/JL informieren wollen, können hier zu uns kommen. Zeigt jemand Interesse, kann man ihr/ihm anbieten, noch weiteres Material zuzuschicken oder ihn/sie zu unseren Veranstaltungen einzuladen. InteressentInnen, die ihre Adresse da lassen, können später auch persönlich eingeladen werden (die Motivation, auch wirklich zu kommen, ist dann höher als bei anonymen Ankündigungen).

Regelmäßige Info-Stände haben außerdem den Effekt, dass mit einem relativ bescheidenen Aufwand ein unwahrscheinlich aktiver Eindruck vermittelt werden kann. Hiermit wird für InteressentInnen die Attraktivität des Verbandes erhöht.

Info-Stände eignen sich prima als Anlass, in der Presse von der eigenen Arbeit berichten zu können.

Eine Hauptschwierigkeit bei der Durchführung von Info-Ständen ist die Angst derjenigen, die zum ersten Mal mitmachen sollen. Sie befürchten, dass sie irgendwelche Fragen nicht beantworten oder irgendwelchen Argumenten nicht widersprechen können. Deshalb sollten sich vorher die AktivistInnen treffen und ein paar Standardfragen und -antworten im Rollenspiel üben. Durch die einfache Tatsache, dass ein Info-Stand im Namen der JD/JL aufgestellt wird, werden die JD/JL bekannter. Außerdem wird erreicht, dass durch die verteilten Flugblätter (größere Auflage) und evtl. ausgelegte ausführlichere Informationsbroschüren (z.B. Beiträge zur radikaldemokratischen Diskussion) und Zeitungen die politischen Ideen der JD/JL zu den verschiedensten Problemen und Themenkreisen verbreitet werden. Im persönlichen Gespräch können PassantInnen auf Lücken in ihrer Argumentation hingewiesen und vielleicht sogar überzeugt werden.

Gleichzeitig kann anlässlich eines Infostandes auch eine Unterschriftenaktion zu dem jeweils aktuellen Thema durchgeführt werden.

Wichtig ist vor allem, dass ein Info-Stand schon von weitem als JD/JL-Stand identifizierbar ist. Eine solche Sichtbarkeit kann man z.B. durch Plakatständer in der Gegend um den Info-Tisch erreichen. Ebenso wichtig ist die Verkleidung des Tisches mit Plakaten. Den Tisch sollte man mit einer Decke oder ebenfalls mit Plakaten abdecken, damit das ganze etwas seriöser aussieht. Es empfiehlt sich, über den Tisch Gummibänder (Hosenband) zu spannen. Das Infomaterial kann dann darunter liegen, und man muss nicht gleich beim ersten Windstoß mit dem Einsammeln der Flugblätter im näheren Umkreis beginnen. Während des Infostandes sollte man sich nicht hinter dem Stand verstecken, sondern versuchen, PassantInnen Flugblätter in die Hand zu drücken und sie an den Stand einzuladen, um sich näher informieren zu lassen.

Checkliste für die Vorbereitung eines Infostandes

- Genehmigung beantragen: Wo ihr das machen müsst, ist je nach Ort unterschiedlich. Das kann bei Behörden wie Ordnungsamt, Tiefbauamt oder der Polizei sein. Ihr müsst Ort, Zeit, Dauer, Größe des Standes und evtl. Megafoneinsatz angeben.
- Presseankündigung für den Infostand schreiben
- Flugblatt vorbereiten
- Leute organisieren
- Hinweis in das Rundschreiben setzen
- Transport des Standes und der Materialien klären

Checkliste zur Durchführung eines Infostandes

- Tisch
- Sonnenschirm (fällt schon von weitem auf)
- Tischdecke
- Straßentheater Plakate / Transparent
- Reißzwecken, Gummiband, Tesafilm
- Plakatständer
- Preisschilder / Preisliste
- Kasse mit Kleingeld
- Kaffee, Tee oder Grog (im Winter) oder andere Getränke
- Stifte und Papier, so dass InteressentInnen ihre Adresse da lassen können

Die Aktion

Ein Stand für sich alleine ist oft eine recht trostlose Sache. Nur wenige Leute treten von alleine an den Stand heran, um Informationen zu bekommen. Deshalb kann es recht nützlich sein, durch zusätzliche Maßnahmen auf den Stand aufmerksam zu machen. Solche Maßnahmen können sein:

- Plakatständer
- Flugblätter und Zeitungen
- Sandwichmänner/-frauen
- Umfrage-Aktionen
- Straßentheater

Sandwichmänner/-frauen

Man benötigt zwei Pappen, ca. 80 x 40 cm groß, zwei Bindfäden oder besser zwei Stoffbänder (ca. 20 bis 25 cm lang). Auf die Pappe schreibt man einen kurzen Text oder klebt ein kopiertes DIN A3-Blatt auf (auf dem Computer gestaltet und im Copyshop auf A3 vergrößert). Die Pappen werden dann einfach übergestülpt und herumgetragen.

Straßentheater

Das Straßentheater ist ein altes Agitationsmedium, dass in der 68er Studierendenbewegung zu neuer Blüte erweckt wurde und hervorragend geeignet ist, Aufmerksamkeit zu erregen und politische Standpunkte zu vermitteln. Jedoch erfordert es einen hohen Aufwand, nicht vom materiellen her, sondern von der persönlichen Vorbereitung. Es ist daher nur dann zu empfehlen, wenn sich mindestens vier Leute bereit finden, sich intensiv mit dem Projekt zu beschäftigen. Hier auf Inhalt und Methode des Straßentheaters einzugehen, würde den Rahmen sprengen.

Literaturtipp:

Straßentheater, Agnes Hüfner, edition suhrkamp Nr. 424

Handbuch der Kommunikationsguerilla, Verlag Schwarze Risse / Rote Strasse, Hamburg 1996, 239 Seiten, 29,80 DM

Versammlung & Demonstration, Verlag Dietz Nachf., Bonn 1990, 192 Seiten, kostenlos bei der Landeszentrale für politische Bildung Berlin

Aktions-Beispiele



Diese Beispiele sollen ein Einblick in die praktische Arbeit geben. Dass Fantasie und Inhalte keineswegs unvereinbar sind, wird in diesem Abschnitt bewiesen.

Lauschangriff

Um PassantInnen auf die weitreichenden Folgen, die mit der Einführung des sog. „großen Lauschangriffes“ und anderer Überwachungsgesetze verbunden sind, aufmerksam zu machen, wird in der Innenstadt eine provisorische Polizeidienststelle eröffnet. Die beteiligten AktivistInnen kostümieren sich mit Schlapphut, Mantel und Sonnenbrille. Ein Klappstisch wird zum Schreibtisch umfunktioniert, auf dem neben Schreibutensilien auch ein Kassettenrecorder steht. Eine Person sitzt mit Kopfhörern hinter dem Schreibtisch und macht sich eifrig Notizen. Um zu betonen, dass insbesondere der private Bereiche das Objekt staatlicher Überwachung werden kann, wurde vorher eine Kasette mit einer einstündigen Schlafzimmersituation bespielt: Private Gespräche und Bettgeräusche. Wenn eine entsprechende Lautstärke mit dem Kassettenrecorder erreicht werden kann, ist einem die Aufmerksamkeit der PassantInnen sicher. Parallel zu der Aktion werden dann Flugblätter verteilt, die im Stil einer öffentlichen Bekanntmachung gehalten sind und auch das entsprechende Polizei-Logo tragen. Also etwa: „Das BKA informiert. Zu Ihrer eigenen Sicherheit werden wir künftig Tag und Nacht Ihr Schlafzimmer überwachen, um eventuelle Straftaten bereits im Vorfeld verhindern zu können. (...)“

Asylrecht

Mit der Grundgesetzänderung von 1993 wurde das Grundrecht aus Asyl in der Bundesrepublik faktisch abgeschafft. Nach dieser Neuregelung ist es nahezu unmöglich, legal in die Bundesrepublik einzureisen und einen Asylantrag zu stellen. Zusätzlich verschärfen sich die Kontrollen an den Ostgrenzen (durch die Einbeziehung von „Aktivbürgern“ in das Grenzregime) und die Schikanen gegen all jene Menschen, die es dennoch geschafft haben, die Grenzen zu überwinden. Um auf die rassistische Asyl- und Grenzpolitik hinzuweisen wurde bereits in mehreren Städten die sog. „Asylrad“-Aktion durchgeführt. Für diese Aktion braucht ihr ein Asylrad. Dieses baut ihr aus einer runden Sperrholzscheibe (kann man sich im Baumarkt zurecht schneiden lassen), die mit einem Nagel leicht drehbar horizontal befestigt wird, am einfachsten, indem sie von vorne an einen in die Erde geschlagenen Holzpfosten genagelt wird. Am Ende sollte das so ähnlich wie das aus dem Fernsehen bekannte Glücksrad aussehen, nur dass es nicht flach auf dem Boden liegt, sondern aufrecht befestigt wird. Der Nagel muss sehr genau die Mitte treffen, damit es sich gleichmäßig dreht. Mit kleineren Nägeln am Rand markiert man einzelne Segmente, in die dann verschiedene mögliche amtliche Reaktionen auf einen Asylantrag, wie z.B. „ausreisepflichtig“, „unbefristete Aufenthaltserlaubnis“, „Asylantrag abgelehnt“ usw. (diese sollten möglichst vollständig sein) eingetragen werden. Da es nur in wenigen Fällen den Flüchtlingen gestattet wird, hier zu bleiben, müssen Felder, die das ermöglichen, möglichst selten vorkommen oder sehr schmal sein. Unter dem Rad muss noch ein Holzkeil angebracht werden, der anzeigt, welches Feld man erreicht hat. Vielleicht befestigt man noch eine Möglichkeit zum Drehen, die aber nicht zu schwer sein sollte, weil sich das Rad dann nicht mehr gleichmäßig dreht. Jetzt können wahlweise Straßentheater-SpielerInnen oder PassantInnen ihr „Glück“ versuchen. Vielleicht dürfen sie ja legal hier bleiben. Wichtig ist bei dieser Aktion jedoch einE redegewandteR ModeratorIn, damit die entsprechenden Versuche möglichst schlagfertig kommentiert werden. Zu den jeweils von den MitspielerInnen erreichten Feldern müssen einige erläuternde Bemerkungen verkündet werden, die die Reichweite staatlicher Ausgrenzungspolitik verdeutlichen.

Bahnhofsaktion

Der öffentliche Raum in den Innenstädten wird immer weiter privatisiert und von privaten Sicherheitsdiensten kontrolliert. Menschen, die mit dem Käuferprofil der Konsumtempel nicht übereinstimmen (BettlerInnen, Obdachlose, Junkies, MigrantInnen), werden aus den Innenstädten vertrieben. Besonders deutlich ist diese Entwicklung in den Bahnhöfen spürbar. Als die Deutsche Bahn AG vor einigen Jahren begonnen hat, ihre Bahnhöfe in schneie Einkaufszentren umzuwandeln, wurden mit aller Härte insbesondere Junkies und Obdachlose vertrieben. Teilweise wurden Alkohol- und Rauchverbote erlassen und das Sitzen auf dem Boden untersagt. Die Idee eines „Sleep-In“ knüpft genau an diese Verbote an, die häufig eher still und leise exekutiert werden. Bewusst werden deshalb von mindestens 10 bis 15 Menschen diese Regeln gebrochen. Mit Schlafsäcken, Picknickkörben

und Musikinstrumenten wird der öffentliche Raum symbolisch zurückerobert. Innerhalb von Sekunden werden zahlreiche Wachschilder und gegebenenfalls auch BundesgrenzschützerInnen (der BGS für die Bahnhöfe verantwortlich) auftauchen und Euch zum unverzüglichen Verlassen des Bahnhofes auffordern. Wenn dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird, lässt in den meisten Fällen die Bahn AG die Eingangshalle mit Hilfe der Polizei räumen. Das bedeutet, dass ihr hinausgetragen werdet und eventuell die Personalien aufgenommen werden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist der öffentliche Aufklärungseffekt erreicht und die eingeladenen PressevertreterInnen können ihre Fotos knipsen. Strafen sind bei den bisher durchgeführten Aktionen noch nie vorgekommen. Dennoch sollte man darauf achten, dass weder „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ geleistet wird, noch dass die BeamtInnen beleidigt werden. Denn in diesen Fällen sind auch hohe Strafen möglich.

Antimilitarismus

Die Bundeswehr wurde innerhalb weniger Jahre von einer „Verteidigungsarmee“ zu einer weltweit einsetzbaren „Interventionsarmee“ umgeformt. Deutsche Soldaten morden wieder mit in aller Welt und zeitgleich werden AntimilitaristInnen für den Ausspruch „Soldaten sind Mörder“ verurteilt. Die Bundeswehr vermittelt über die Massenmedien „saubere“ Einsätze und humanitäre Missionen. Doch dass auch Bundeswehrsoldaten für die Sicherung „von Rohstoffquellen“ und „Handelsbeziehungen“ töten, bleibt in der offiziellen Berichterstattung unberücksichtigt. Die Idee eines „Die-In“ ist es, die Kriegssituation und die Folgen von Militäreinsätzen für die PassantInnen spürbar zu veranschaulichen. Hierfür legen sich die AktivistInnen regungslos in die Fußgängerzone oder auf eine belebte Straßenkreuzung. Der Ort kann allerdings auch strategisch vor einer Militäreinrichtung (Kaserne, Kreiswehersatzamt etc.) gewählt werden. Zwei Personen zeichnen mit Kreide die Umrisse um die „Toten“ und legen sich dann anschließend selbst dazu. Zeitgleich werden erläuternde Flugblätter an die PassantInnen verteilt und über Megaphon wird die Aktion erläutert. Je nach Anlass können auch Antikriegsgedichte z.B. von Bert Brecht oder Erich Fried verlesen werden. Nach dem die Aktion von den VeranstalterInnen beendet wird oder die AktivistInnen von der Straße getragen werden, bleiben noch für einige Stunden die weißen Kreideumrandungen deutlich sichtbar.

Drogen legalisieren

Der Staat unterscheidet zwischen legalen und illegalen Drogen. Legale Drogen werden von der Mehrheit der Gesellschaft akzeptiert und können straffrei konsumiert werden. Die KonsumentInnen illegaler Drogen werden hingegen mit Strafen, Schikanen und Ausgrenzung konfrontiert. Ein „Smoke-In“ begeht bewusst diese Regelverletzung, in dem in der Öffentlichkeit also z.B. in der Fußgängerzone, Joints geraucht werden. Wichtig ist bei dieser Aktion, dass die TeilnehmerInnen auf die möglichen - allerdings relativ

geringen - strafrechtlichen Folgen hingewiesen werden. Natürlich könnt ihr auch Oregano in die Tütchen packen. Für die Flugblätter und Transparente, die für die Aktion vorbereitet werden, sollte allerdings die Betonung auf die Legalisierung *aller* Drogen gelegt werden. Es gründen sich immer mehr Initiativen, die allein die Legalisierung sog. „weicher Drogen“ fordern und sich von Heroin- oder Kokain-KonsumentInnen distanzieren. Mit diesen Gruppen wollen wir nicht verwechselt werden. Denn für JD/JL ist es allein eine Frage des persönlichen Geschmacks, wer welche Drogen zu sich nimmt. Niemand sollte für seinen Drogenkonsum bestraft werden, ebenso wenig wie jene Personen, die Menschen diese Möglichkeit verschaffen (Dealer).

Wir haben besseres zu tun! Gegen den Zwang zur Arbeit

Ausgrenzung, Verarmung und Gängelei von BezieherInnen sozialer Leistungen sind seit jeher Bestandteil bundesdeutscher Sozialpolitik. Diese Praxis hat in jüngster Vergangenheit jedoch deutliche Verschärfungen erfahren. Sie findet ihren Ausdruck in massiven materiellen Einschränkungen für LeistungsbezieherInnen, wie beispielsweise der seit 1996 geltenden Regelung, dass Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen mit jedem Jahr Erwerbslosigkeit automatisch 3% ihrer Bezüge gekürzt werden, und das wohlgemerkt bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von 930 DM. Darüber hinaus zeigen sich diese Verschärfungen aber vor allem auch in dem sich zunehmend weiter ausbreitenden staatlichen Zwang zur Arbeit. Arbeitszwang in diesem Sinne meint dabei den staatlich organisierten Zwang zu Niedriglöhnen und ungeschützter Beschäftigung von BezieherInnen sozialer Leistungen. Konkret handelt es sich in der Regel um Beschäftigungen als „WaldaufräumerInnen“, städtische ‚blaue Sauberengel‘ oder ErnteeinsatzhelferInnen und das oftmals noch für 3 DM die Stunde. 1998 waren bereits ca. 300.000 Personen von solchen sogenannten „gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeitsmaßnahmen“ betroffen. Tendenz steigend.

Den vorläufigen Höhepunkt der Entwicklung des staatlichen Arbeitszwangs stellt die seit April 1997 in Kraft getretene Zumutbarkeitsbestimmung dar, die faktisch die Aufhebung des Berufs- und Qualifikationsschutzes für Erwerbslose bedeutet: war es bisher so, dass Erwerbslose zumindest über einen gewissen Zeitraum nur dann ein Beschäftigungsangebot annehmen mussten, wenn dieses ihrer Berufsqualifikation bzw. ihrer letzttausgeübten Tätigkeit entsprach, sind erworbene Abschlüsse, Qualifikationen, geschweige denn Interessen heute völlig irrelevant. Was gilt, ist allein die körperlich-seelische Verfügbarkeit. Bereits nach 6 Monaten kann der Astrophysiker jetzt problemlos als Spargelstecher eingesetzt werden. Der Berufsschutz wird ersetzt durch das Kriterium der Arbeitsfähigkeit. Und wer nicht mitmachen will, dem droht der Staat mit Leistungszug. Denn wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. So führt die erstmalige Ablehnung einer vermittelten Arbeitsgelegenheit durch die betroffene Person zunächst zur Kürzung der jeweiligen sozialen Leistung, auf die bei wiederholter „Uneinsichtigkeit“ bereits eine gänzliche Streichung der Bezüge erfolgen kann. Die staatliche

Aushungerungsdrohung kommt hier in ihrer ganzen Schönheit daher. Adressaten der repressiven Sozialpolitik sind aber auch die (noch) in Arbeit Befindlichen, bei denen die neuen Maßnahmen indirekt auf subtile Weise Wirkung zeigen: so ist z.B. der gesunkene Krankenstand weniger Anzeichen dafür, dass alle ArbeitnehmerInnen plötzlich kerngesund sind, sondern dass immer mehr ArbeitnehmerInnen sich auch mit Lungenentzündung in den Betrieb schleppen würden: nur nicht negativ auffallen, die nächste Kündigungswelle kommt bestimmt. Um den drohenden Repressalien nicht ausgesetzt zu sein, sind sie darüber hinaus um so mehr bereit, schlechte Arbeitsbedingungen, fehlende Mitbestimmung und sogar Lohnsenkungen zu akzeptieren. Die Diffamierung und Repression von Erwerbslosen zielt also auch auf die Prekarisierung der verbleibenden Arbeitsverhältnisse und vor allem auf die Höhe der Löhne: Niedriglöhne sollen legitimiert und erzwungen werden.

Die Disziplinierung der Ausgeschlossenen ist auch Mittel zur Disziplinierung der Eingeschlossenen.

Aktion „Saubere Innenstadt“

Für diese Aktion braucht ihr mindestens 7 Leute. In einem kleinen Straßentheater stellt Ihr dar, wie es einem zu GZA-Verpflichtetem ergehen kann. Drei von Euch sind die vom Arbeitszwang geknechteten SozialhilfeempfängerInnen, die alle dasselbe Stück Straße fegen müssen. Am besten tragt Ihr dazu T-Shirts mit Aufschriften wie „Arbeit macht das Leben schön.“, „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ oder „Jugend mit Perspektive“. Der Zwang wird besonders deutlich durch Aufseher (auch etwa drei Leute), welche die Drei durch pfeifen antreiben. Noch krasser wird das Bild, wenn Ihr die Aufseher mit Peitschen ausstattet. Eine weitere Person trommelt dazu den Arbeitsrhythmus. Um die Leute drumherum aufzuklären, was es mit GZA und Arbeitszwang auf sich hat, solltet Ihr Infolyer oder Flugis vorbereiten, die einige Hintergrundinformationen liefern. Nur so verstehen die Leute, was Ihr da treibt.

Musterpresseerklärung zur Aktion „Saubere Innenstadt“

JungdemokratInnen / Junge Linke
 Basisgruppe / Kreisverband Musterstadt
 Hauptstr. 100, 12345 Musterstadt
 Telefon: 0123-12345-67, Fax:-68
 Email: musterstadt@jd-jl.de

Musterstadt, 1. Mai 2000

Pressemitteilung
 Lokalredaktion

„Wir haben besseres zu tun!“
 JungdemokratInnen protestieren gegen Arbeitszwang

Mit einer Straßentheateraktion machten gestern Mitglieder des parteiunabhängigen Jugendverbandes JungdemokratInnen / Junge Linke auf die immer stärkere Ausweitung von Zwangsmaßnahmen gegen SozialleistungsbezieherInnen aufmerksam.

Bei der Inszenierung wurden mehrere der Jugendlichen unter der Kontrolle von mit Peitschen und Trillerpfeifen ausgestatteten „Aufsehern“ „gezwungen“, die Fußgängerzone von Musterstadt zu fegen.

Carola Musterfrau, Sprecherin der JungdemokratInnen, erläuterte die ungewöhnliche Aktion: „Insbesondere von Sozialhilfe abhängige Menschen werden verstärkt dazu gezwungen, für einen Stundenlohn von 1-3 Mark sogenannte gemeinnützige und zusätzliche Arbeit (GZA) zu leisten.“ Wenn sie sich weigerten, werde ihnen die Sozialhilfe gestrichen. „Die Kommunen bauen damit vollbezahlte Arbeitsplätze ab und schrecken gleichzeitig Hilfsbedürftige von der Inanspruchnahme sozialer Leistungen ab“, so die Sprecherin weiter.

Allein in Musterstadt sind 500 Menschen von GZA-Maßnahmen betroffen.

Für Rückfragen sind wir unter
0179/1234567 (Carola Musterfrau) zu erreichen.

ViSdP: Carola Musterfrau, c/o JD/JL Musterstadt

Straßenumbenennung

In jeder noch so kleinen Ortschaft gibt es Straßen und Plätze, die nach historischen Persönlichkeiten benannt sind - wenn man aber einmal aufzählt, wird eines deutlich: Nur ein verschwindend geringer Anteil ist nach Frauen benannt. Das liegt nun sicherlich nicht daran, dass es so wenige historisch bedeutsame Frauen gegeben hat, auch wenn die herrschende Geschichtsschreibung sie gerne verschweigt.

In einer mittelgroßen Stadt wie Bonn haben wir einmal gezählt, wie viele Straßen und Plätze die Namen von Männern tragen und wie viele die Namen von Frauen.

Insgesamt waren 427 Straßen mit eindeutig erkennbarer männlicher Namensgebung zu finden, aber nur 49 mit weiblicher. Miteinbezogen sind hierbei Vornamen, die der Straßenbenennung dienen - etwa Otto, Franz, Anna und Margarete.

Nimmt man nur die Straßen, deren Namen man sofort mit einer Persönlichkeit verbinden kann, wie Bismarckstraße oder Kantstraße, und die Straßen, bei denen durch beigefügten Vornamen deutlich wird, ob Mann oder Frau, sieht das Verhältnis noch viel ungünstiger aus. 278 Straßen mit Männernamen stehen 8 mit Frauennamen gegenüber (nach dem Stadtplan der Bonner Verkehrsbetriebe).

Straßenzählung

Solch eine Untersuchung könnt Ihr auch in eurer Stadt durchführen, wenn ihr Lust auf eine praktische Aktion habt. Nehmt euch einfach eine Straßenkarte, und notiert einmal anhand des Straßenverzeichnisses die Geschlechterverteilung bei den Straßennamen.

Danach benennt ihr die Straßen um! Macht aus der Friedrich-Ebert-Straße die Rosa-Luxemburg-Straße, aus dem Goethe-Platz wird der Bettina-von-Arnim-Platz usw. Mit Pappschildern könnt ihr die vorhandenen Schilder überkleben. Ein solches Foto eignet sich auch prima für die Presse-Arbeit dieser Aktion.

Das Flugblatt



Einladungsflugblätter bilden oft einen ganz großen Frustrationsauslöser. Da werden 1000 Stück verteilt und wieder kommt keineR. Auf jeden Fall erreicht man mit einem Flugblatt den Eindruck einer aktiven JD/JL-Gruppe bei den LeserInnen. D.h., auch wenn niemand zur Veranstaltung kommt, gibt es doch 1000 Leute, die den Namen JungdemokratInnen / Junge Linke wahrgenommen haben. Ferner wird die Öffentlichkeit darüber informiert, warum wir z.B. das Thema „Asylrecht“ wichtig finden und es öffentlich diskutiert werden sollte. Schließlich und endlich sollten Leute mobilisiert werden, zur Veranstaltung zu kommen.

Bei der Gestaltung von Flugblättern sind der Fantasie eigentlich keine Grenzen gesetzt. Will man jedoch Aufmerksamkeit erregen, sollten einige Grundregeln beachtet werden: Einladungen, auf denen schlicht „Einladung“ steht, sind recht langweilig und motivieren nicht zum Weiterlesen. Oft überfliegen PassantInnen das Blatt nur flüchtig, um es dann wegzuerwerfen, falls nicht sofort klar ist, worum es geht. Es muss also der Wunsch, das Flugblatt zu lesen, durch übersichtliche Gestaltung geweckt werden. Deshalb nicht soviel Text, sondern die Informationen knapp, aber eindeutig zusammenfassen. Flugblätter eignen sich hervorragend zur Einladung, Aufforderung oder Kurzinformation u.ä. Bei Einladungen muss sofort klar sein, was passiert und wer es macht.

Infos sollten eine knappe, übersichtliche Darstellung des Problems, seiner Ursachen, Folgen und eventuelle Lösungsvorschläge beinhalten. Eine deutliche Überschrift, die das Wesentliche des Inhalts wiedergibt, ist wirkungsvoller als ein vollgetipptes Blatt. Ist ein umfangreicher Text nötig, sollte er durch Zwischenüberschriften gegliedert sein. Dadurch wird er übersichtlicher und man fängt eher mit dem Lesen an, wenn der Text optisch in einzelne kurze Teile aufgesplittet ist. Wichtige Teile, wie Forderungen oder Termine, sollten

besonders hervorgehoben werden, damit sie nicht übersehen werden. Günstig ist auch eine Gliederung durch Spalten, wie sie in jeder Tageszeitung zu finden ist. Ein Flugblatt mit Bild sieht meist besser aus als eins ohne. Auch bei Straßentheater, öffentlichen Diskussionen oder sonstigen Veranstaltungen können zusätzlich Flugblätter eingesetzt werden. Sandwichleute können sie z.B. verteilen und dadurch PassantInnen auf einen Infostand aufmerksam machen. Weitere Möglichkeiten der Flugblattverteilung sind der Briefkasteneinwurf und das Auslegen in Infoläden, Jugendclubs oder Kneipen.

Nach dem Pressegesetz müssen Flugblätter ein Impressum haben. Das heißt, entweder Name und Anschrift des Herausgebers / der Herausgeberin, des Verfassers / der Verfasserin oder der Druckerei müssen angegeben sein. Die Abkürzung lautet V.i.S.d.P. (Verantwortlich im Sinne des Presserechts). Wenn man vermeiden will, dass bestimmte Leute (Staatsmacht oder Nazis) den Namen oder die Adresse des Verfassers / der Verfasserin erfahren, kann man auch Leute aus anderen Basisgruppen, die weit genug weg sind oder die nächste JD/JL-Geschäftsstelle ansprechen. Angeblich sollen bei Flugblättern auch frei erfundene Namen benutzt worden sein (Das ist aber verboten und hindert Leute daran, sich zurückzumelden). Bewährt hat sich die Schreibweise „Name“ c/o „nächste Geschäftsstelle“.

Grundsätzlich können Flugblätter überall auf nicht privatem Gelände verteilt werden, jedoch ist in machen Städten die Flugblattverteilung ohne Genehmigung des Ordnungsamtes verboten.

Auf Bürgersteigen, vor Schulen oder Universitäten, etc. kann man Flugblätter verteilen, nicht aber in Toreinfahrten zu Fabriken oder auf Schulhöfen. Dort muss man mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch rechnen. Ist einE RektorIn tatsächlich so pingelig, wegen Flugblattverteils eine Anzeige zu erstatten, so bietet sich die Tatsache gleich für eine neue Aktion.

Jedes Flugblatt sollte einen Rückmeldecoupon enthalten, mit dem weitere Informationen, Seminarunterlagen oder Mitgliedsanträge angefordert werden können. Wenn auf dem Flugblatt ein Coupon ist, werden sich mehr Leute bei euch melden, als wenn er fehlt. Das geht natürlich nur, wenn ihr auch eine Adresse angebt, an die man den schicken kann. Das kann die Adresse eines Mitglieds eurer Basisgruppe, die Adresse Eures Treffpunkts oder ein Postfach sein, oder die Post an euch geht über die Landesgeschäftsstelle der JD/JL.

Pressearbeit



Die Massenmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen und Verlage) gehören zu den Mächtigsten in diesem Staate. Die Funktion der Medien lässt sich im allgemeinen in drei Bereiche zusammenfassen: Information, Meinungsbildung sowie Kontrolle und Kritik. Jeder/jede, der/die im politischen Bereich tätig ist, ist also auf die Medien angewiesen: auch die JungdemokratInnen/Junge Linke!

Die Pressearbeit der JD/JL hat vorrangig folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sie soll versuchen, politische Entscheidungen und Vorgänge zu beeinflussen
- Sie dient der Artikulation einer konstanten öffentlichen Gegenmeinung
- Missstände aufdecken, öffentlich bekannt machen und dadurch versuchen, diese zu beseitigen
- Die eigenen politischen Ideen bekannt machen
- Über die eigene Arbeit berichten
- Um Sympathie und damit um neue Mitglieder werben

Jede JD/JL-Basisgruppe, die aus mehr als 4 bis 5 Aktiven besteht, sollte eine/n aus ihren Reihen mit der Pressearbeit beauftragen. Pressearbeit besteht dabei nicht nur aus dem Verfassen von Presseerklärungen. Dazu gehört vielmehr auch:

- die Pressedokumentation
- der Kontakt zur Presse
- die Pressearbeit zu planen und zu koordinieren
- zu recherchieren
- Veranstaltungen anzukündigen

Es gibt verschiedene Formen der Pressearbeit, die alle angewandt werden können: Pressemitteilungen, LeserInnen-Briefe, Pressekonferenzen, Hintergrundinformationen Einladungen und Terminankündigungen. Einige technische Dinge sind notwendig, wenn die Pressearbeit schwerpunktmäßig betrieben werden soll, nämlich:

- Der/die PressereferentIn sollte telefonisch erreichbar sein
- Es sollte ein Presseverteiler angelegt werden
- Es sollte eine Möglichkeit zum Faxen bestehen (z.B. Faxmodem)
- Es sollte ein Internet-Zugang bestehen (wichtig für e-mails)

Pressedokumentation

bedeutet die Auswertung und Archivierung von Presseartikeln und Presseinformationen anderer Organisationen, in denen über Aktivitäten oder Aktionen der JD/JL berichtet wird oder die für die Arbeit der JD/JL von Bedeutung sind bzw. sein könnten. Der/die PressereferentIn sollte zumindest die Lokalzeitungen, am besten jedoch auch die Zeitung der Region und nach Möglichkeit einige überregionale Tages- und Wochenzeitungen regelmäßig lesen, interessante Artikel ausschneiden, eventuell kopieren, den anderen Aktiven zugänglich machen und sammeln. Es ist dabei sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen, die sich nach den Arbeitsschwerpunkten der jeweiligen Basisgruppe oder des Landesverbandes richten sollten. Im Laufe der Zeit müsste der Verband dann über ein umfangreiches Pressearchiv verfügen, das dann nicht nur der weiteren eigenen Pressearbeit dient, sondern auch der Verbandsarbeit überhaupt. Es ist z.B. recht nützlich, wenn man bei Podiumsdiskussionen Äußerungen der GegnerInnen aus früheren Zeiten zur Verfügung hat und diese dann zitieren kann. Beim Auffinden von interessanten Artikeln kann der/die PressereferentIn von allen unterstützt werden. Außerdem lohnt es sich, in der Landesgeschäftsstelle nachzufragen. Dort gibt es zu den meisten Themen ausreichend Pressematerial und diverse Zeitschriften.

Kontakt zur Presse

ist das Wichtigste für eine erfolgreiche Pressearbeit. Der/die PressereferentIn sollte versuchen, anhand der Artikel in der Lokalzeitung die Grundeinstellung der einzelnen RedakteurInnen zu analysieren. Denjenigen/diejenige, der/die der Grundhaltung der JD/JL am nächsten kommt, sollte dann der/die PressereferentIn in der Redaktion aufsuchen und sich persönlich vorstellen. Als Anlass kann irgendein Veranstaltungsbericht bzw. eine Veranstaltungseinladung dienen. Mit diesem/dieser RedakteurIn sollte er/sie absprechen:

- in welchem Stil die Presseerklärungen abgefasst werden sollten
- wie lang sie sein sollten
- wann Redaktionsschluss ist
- wie die Richtlinien für die Berichterstattung sind
- ob er/sie über weitere Aktivitäten der JD/JL informiert werden möchte

Genauso sollte man mit anderen JournalistInnen verfahren, z.B. KorrespondentInnen von anderen Zeitungen, Nachrichtenagenturen bzw. Rundfunkanstalten, sofern sie am Ort vertreten sind. Wenn man die RedakteurInnen bei anderen Gelegenheiten, z.B. Veranstaltungen befreundeter Organisationen, trifft, sollte die Gelegenheit für ein kurzes Gespräch genutzt werden, in dem man dem/der RedakteurIn den Namen JD/JL in Erinnerung ruft und über die aktuellen Aktivitäten berichtet.

Presseerklärungen, bei denen der/die RedakteurIn weiß, von wem sie kommen (sie müssen mit einem Gesicht verbunden werden können), werden viel eher abgedruckt und berücksichtigt, als irgendwelche anonymen Faxe. Generell sollte man alle „sympathischen“ JournalistInnen zu größeren Veranstaltungen einladen, wobei jedoch nicht erwartet werden darf, dass sie auch erscheinen.

Presseverteiler

Der/die PressereferentIn sollte, nachdem persönlich Kontakt mit dem/der RedakteurIn aufgenommen wurde, einen Presseverteiler (mit einem Dateiverwaltungsprogramm oder mit Dateikarten) einrichten. Dieser Presseverteiler sollte gestaffelt sein: in einen engeren und einen erweiterten Teil, zusätzlich evtl. in einen Sonderteil mit JournalistInnen, die nur zu bestimmten Themen schreiben.

In den engeren Verteiler sollten aufgenommen werden:

- die Lokalzeitungen, d.h. die entsprechenden JournalistInnen in der Redaktion
- der Landesverband der JD/JL
- am Ort ansässige KorrespondentInnen
- die SchülerInnenzeitungsredaktionen am Ort

An den engeren Verteiler sollten sämtliche Pressemitteilungen gesandt werden, vor allem diejenigen mit lokalem (Stadt, Gemeinde) Bezug.

In den erweiterten Teil gehören: die Regional- bzw. Landesredaktionen der Regionalzeitungen, die überregionalen Wochenzeitungen, das nächstgelegene Büro der Nachrichtenagenturen und die nächstgelegenen Rundfunkredaktionen überregionale Jugendmagazine. Der erweiterte Presseverteiler sollte nur Erklärungen mit regionalem (Kreis, Bundesland) Bezug erhalten.

Die Presseerklärungen sollten an die Redaktionen gefaxt werden. Wer über ein Faxmodem verfügt, sollte das Faxprogramm mit den Nummern der Presseverteiler füttern. Bei künftigen Versendungen muss dann nur noch der entsprechende Presseverteiler gewählt werden.

Obwohl die meisten Zeitungen inzwischen über einen e-mail Zugang verfügen, sind Mitteilungen per Fax immer noch besser, wenn man will, dass sie abgedruckt werden. Ein Papier durchzulesen ist doch etwas anderes als eine Nachricht auf dem Computer, von denen noch mal so viele täglich eingehen.

Planung der Pressearbeit

Die Planung der Pressearbeit ist fast ebenso wichtig wie der persönliche Kontakt. Dabei sollte versucht werden, ein gutes Mittelmaß in Bezug auf die Anzahl der Pressemitteilungen zu finden. Dies bedeutet für eine normale Basisgruppe, ca. alle ein bis zwei Wochen eine Pressemitteilung oder einen LeserInnenbrief an die Redaktionen zu schicken. Ausgenommen sind Sondersituationen, wie ein Schulstreik oder die Auseinandersetzung um ein besetztes Haus. Anhaltspunkte für die Planung sind die politischen Termine vor Ort, also z.B. Gemeinderatssitzungen, Besuche von Bundesprominenz oder aber auch anstehende Entscheidungen in irgendwelchen Gremien.

Geplant werden sollten auch LeserInnenbriefaktionen. Mehrere LeserInnenbriefe zu einem bestimmten Thema zeigen häufig erstaunliche Resonanz. In die Planung mit einbezogen werden sollte auch das sogenannte Sommerloch. Das sind die Sommermonate, in denen alle Gremien Sommerpause haben und die Zeitungen sich den letzten Krempel aus den Fingern saugen, um die Ausgaben voll zu bekommen. Das Sommerloch ist hervorragend geeignet, die eigenen politischen Ideen zu publizieren.

Veranstaltungsankündigungen

Auch diese Aufgabe sollte der/die PressereferentIn übernehmen. Viele Lokalzeitungen verfügen über Terminalspalten. In diesen Terminalspalten sollte jeder JD/JL-Treff angekündigt werden. Größere Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen, Infostände, Aktionen etc.) sollten in Form einer kleinen Meldung mit Informationen über das jeweilige Thema und den/die ReferentIn an die Presse weitergeleitet werden. Größere Veranstaltungen können auch über den Rundfunk (z.B. Radio Fritz) angekündigt werden. Eine Ankündigung sollte enthalten:

- Ort, Zeit und Datum
 - Titel und Thema der Veranstaltung
 - gegebenenfalls ReferentInnen (je prominenter, desto stärker herausheben - Titel und Funktionen, sofern sie für die Veranstaltung relevant sind)
 - kurze inhaltliche Einleitung (3-4 Sätze) ins Thema, die auch erklärt, warum die Veranstaltung gerade jetzt stattfindet (wenn es einen konkreten Anlass gibt)
- Eine Veranstaltungsankündigung sollte die äußere Form einer Presseerklärung (siehe unten) haben.

Presseerklärungen

Grundsätzlich müssen diese Pressemitteilungen einen aktuellen und meistens auch einen lokalen Bezug haben. Die Aktualität versteht sich von selbst. Lokaler Bezug hingegen bedeutet, sowohl auf kommunale Probleme bezogen, als auch bezogen auf die am Ort ansässigen JD/JL. Eine Pressemitteilung muss ein gewisses Äußeres haben (schicker

Briefkopf). Es muss eine Kontaktperson angegeben sein (Telefon). Diese kann auch verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P., siehe Kapitel „Flugblatt“) sein. Die Pressemitteilung muss sauber mit Schreibmaschine oder mit dem Computer geschrieben sein, wobei ein sehr breiter Rand (ein Drittel bis die Hälfte der Seite) und doppelter Zeilenabstand notwendig sind.

Pressemeldung und Presseinformation müssen eine doppelte Funktion erfüllen: die Nachricht der VerfasserInnen übermitteln und die Aufmerksamkeit der EmpfängerInnen (der zuständigen Redaktion) auf sich ziehen. Jede Zeitungs- oder Zeitschriftenredaktion wird täglich mit einer Unmenge Informationsmaterial überschüttet. Eingehende Nachrichten werden kurz überflogen. Dabei wandern etwa 9 von 10 Meldungen in den Papierkorb. Nur was Aufmerksamkeit erregt, wird gründlich gelesen. Damit beim Lesen genug Interesse aufgebaut wird, um die Hürde Papierkorb zu nehmen, muss die Meldung oder Information mindestens zwei der drei folgenden Punkte beinhalten:

- Neuigkeitswert und Aktualität
- Außergewöhnlichkeit
- direkte Auswirkungen auf die LeserInnen

Pressemeldung

Eine Pressemeldung ist eine Kurzfassung, die schnell und knapp über ein Ereignis informieren soll, im Unterschied zur Presseinformation. Dabei entscheidet oft der erste Satz der Meldung (Einstieg) über Veröffentlichung oder Papierkorb.

Die JournalistInnenregel für den Inhalt von Meldungen heißt: Wer - Was - Wann - Wo - Wie - Warum? Das sind die sechs Grundfragen, auf denen jede Pressemeldung aufbauen sollte. Der Kern der Meldung, der Höhepunkt, wird immer als erstes präsentiert, Einzelheiten in den folgenden Sätzen. Wichtig sind:

- klare Gliederung des Stoffes
- kurze und präzise Formulierungen
- einfache Sprache (wenig oder keine Fremdwörter)
- keine Schachtelsätze

Für alle Pressemeldungen gilt: Nur spannende, präzise und klar präsentierte Informationen ködern die LeserInnen!

Presseinformation

Aufhänger für eine Presseinformation (auch Pressemitteilung genannt) können Gruppenaktivitäten, Veranstaltungen, Demos, Wettbewerbe usw. sein, aber auch Erklärungen, Debatten etc... Eine Presseinformation ist, anders als eine Pressemeldung, ein Tatsachenbericht. Der Tenor einer Presseinformation ist möglichst objektiv, weil sie von den RedakteurInnen als reine Informationsquelle genutzt wird. Presseinformationen müssen die LeserInnen vom Standpunkt und Anliegen des/der VerfasserIn überzeugen, ohne dabei aufdringlich zu sein.

Jede Zeile sollte eine Nachricht oder einen Namen enthalten. Die Information muss so formuliert sein, dass sie so, wie sie ist, gedruckt werden könnte (oft genug wird das gemacht)

und von hinten satzweise (oder absatzweise) gekürzt werden kann, ohne dass der Sinn der Information verstümmelt wird.

Wichtig sind: Präzision, Kürze, Aktualität, Objektivität, farbige Formulierungen (bildhaft, Metaphern, keine Fremdwortwüste).

Jede Presseinformation muss reichlich Namen und Zahlen enthalten, die gut über den Text verteilt werden sollten. Je mehr Informationen angeboten werden, desto mehr Material steht den RedakteurInnen zur Verfügung.

Aber: Eine Presseinformation muss in maximal 15 Minuten zu lesen und zu verstehen sein, sonst ist sie zu lang (maximal eine Seite bei breitem Rand)!

Checkliste für Presseerklärungen

Inhalt

- Aktualität der Meldung / Information abchecken
- Informationskette finden
- Einstieg wählen
- Präzise und knapp formulieren
- Namen und Daten einfließen lassen
- Deutlich gliedern, Zwischenüberschriften finden
- Evtl. Pressefoto (schwarz/weiß 13x18) beilegen

Form

- Breiten Rand lassen (für Redaktionsnotizen)
- Blätter nur einseitig beschreiben
- Zahl der Anschläge angeben
- Korrekturlesen lassen
- AnsprechpartnerIn angeben
- Anschrift und Telefonnummer deutlich lesbar angeben
- Verantwortliche/n im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P.) namentlich nennen.

LeserInnenbriefe

Auch LeserInnenbriefe gehören zur Pressearbeit der JD/JL. LeserInnenbriefe lassen sich zu fast allen politischen Themen schreiben. Besondere Anforderungen an Länge und Form werden nicht gestellt, es ist aber günstig, sich an den anderen LeserInnenbriefen zu orientieren. Es sollte darauf geachtet werden, dass die LeserInnenbrief schreibende Person auf für den Inhalt des LeserInnenbriefs relevante Eigenschaften eingeht und irgendeine „offizielle“ Funktion in der Basisgruppe angibt, z.B. Andrea Mustermann, Schülerin, (bildungspolitische) SprecherIn der JungdemokratInnen / Junge Linke Kuddelhausen. Gerade kleineren Lokalzeitungen mangelt es häufig an LeserInnenbriefen, so dass die Wahrscheinlichkeit des Abdrucks relativ hoch ist.

Pressekonferenzen

Auch JD/JL können durchaus mal eine Pressekonferenz (PK) abhalten. Dieses lohnt natürlich nur, wenn es mehrere JournalistInnen am Ort gibt und ein besonderer Anlass besteht. Pressekonferenzen sollten nur durchgeführt werden, wenn man sich auch sicher ist, dass zumindest einige JournalistInnen kommen. Nichts ärgert JournalistInnen mehr, als wenn sie auf einer schlecht besuchten Pressekonferenz sitzen, und das nächste Mal wird man sie wohl kaum noch motivieren können.

Zu jeder Pressekonferenz sollte man sich einen „Waschzettel“ erstellen. Waschzettel sollen das auf der Pressekonferenz Gesagte stichwortartig enthalten bzw. Redetexte von ReferentInnen wiedergeben.

Die Pressekonferenz sollte in einem etwas gemütlicheren Rahmen stattfinden (Café oder so) bzw. wenn sie in einer Geschäftsstelle stattfindet, sollte etwas zu trinken, knabbern und rauchen auf dem Tisch stehen. Zu den Pressekonferenzen muss rechtzeitig eingeladen werden (schriftlich) und der Termin sollte so abgestimmt sein, dass keine Konkurrenzveranstaltungen (Ratssitzungen z.B.) stattfinden. Pressekonferenzen finden in der Regel vormittags statt, damit die RedakteurInnen noch genügend Zeit haben, bis zum Redaktionsschluss ihren Artikel zu schreiben.

Literaturtipps:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Ein Ratgeber für Vereine, Verbände und Initiativen, BUND Verlag, 248 Seiten.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold: Handbuch zur Öffentlichkeitsarbeit, Hrsg: Deutscher Bundesjugendring, Votum Verlag, Münster 1996, 350 Seiten

Bildungsarbeit: Seminare



Wir denken, dass es nicht ausreicht, ein diffuses Unbehagen gegen Militäreinsätze, Atomtransporte oder Ausländerfeindlichkeit zu besitzen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, Herrschaftsverhältnisse aufzudecken und autoritäre Strukturen zu kritisieren, erfordert intensive und gut vorbereitete Diskussionen. Der Weg zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beinhaltet als ersten Schritt die Basisarbeit, die den Anspruch hat, die Politisierung der Jugendlichen herbeizuführen. Im Gegensatz zu anderen Formen der Ansprache, wie Podiumsdiskussionen, Zeitungen oder Aktionen haben Seminare den Vorteil, dass:

- eine Verbindung von Zusammenleben, Arbeiten, Essen und Freizeit gewährleistet ist
- bei entsprechender Handhabung nicht nur emanzipatorische Inhalte sondern auch emanzipatorische Form möglich ist
- die Jugendlichen einmal die Möglichkeit haben, von zu Hause weg zu sein
- auch Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden können
- es einfach mehr Spaß macht und man Leute kennen lernt
- man ein Thema vertieft behandeln kann
- man ein attraktives, inhaltliches Angebot für InteressentInnen darstellen.

Gemeinsame Seminare können auch für solche Gruppen sinnvoll sein, die sich einfach mal etwas länger und nicht im Alltagsstress mit einem Thema oder dem gerade aktuellen politischen Projekt auseinandersetzen wollen. Auch für JD/JL-Gruppen, die sich gerade erst zusammengefunden haben, können Seminare dem besseren Kennenlernen und damit natürlich auch der Gruppenbildung dienen. Denn Politik macht um so mehr Spaß, je besser man sich mit den MitsreiterInnen versteht. Bei allen Seminaren sollten mindestens zwei TeamerInnen anwesend sein. Zum einen wird für viele Lernmethoden noch einE HelferIn benötigt, zum anderen gelingt es zwei Personen immer besser, auf die Bedürfnisse

der Gruppe zu reagieren. Die SeminarteamerInnen sollten sich vorher über ihre jeweiligen Aufgaben verständigen (Vorstellungsrunde, Referate, Vorbereitung von Planspielen, Formalkram mit der Jugendherberge, Integration einzelner SeminarteilnehmerInnen beim gemütlichen Teil etc.).

MultiplikatorInnen-Seminare

Eine spezielle Form der Seminare sind die sogenannten MultiplikatorInnen-Seminare. Unter MultiplikatorInnen sind bereits anpolitisierte, in Gremien der SchülerInnenpresse, der SV, in Antifa- oder Umweltgruppen oder anderen Organisationen aktive Jugendliche zu verstehen, die zu unterstützen, dem jungdemokratischen Anspruch auf Hilfeleistung und Initiierung von Basisarbeit und Selbstorganisation entspricht. Diese Menschen erreichen wir in der Regel durch unverbindliche Hilfestellungen (Rechtsberatung, technisches Know-how vermitteln, Hintergrundinformationen liefern), die normalerweise auch dankbar aufgenommen werden. Hierfür eignen sich insbesondere Tages-Seminare oder Wochenend-Seminare mit externem, d.h. nicht auf die Weiterbildung von Mitgliedern ausgerichtetem Programm. Gerade unter ihnen sind häufig - sofern sie nicht selbst schon organisiert sind - solche anzutreffen, die Parteijugendverbänden wie den Jusos oder der Grünen Jugend mit Skepsis hinsichtlich parteipolitischer Vereinnahmungsversuche gegenüberstehen, die für einen parteiunabhängigen Jugendverband mit radikaldemokratischer Zielsetzung wie JD/JL Sympathien entwickeln können. Vielleicht will ja die eine oder der andere nach einem solchen Seminar bei uns mitmachen und ihre/seine Erfahrung und Kenntnisse bei uns einbringen.

Inhaltliche Vorbereitung

Eine mögliche Konzeptionshilfe kann nachstehendes Raster sein:

- Wie waren die räumlichen Voraussetzungen?
- Wie waren die zeitlichen Bedingungen?
- Was hat den TeilnehmerInnen gefallen / nicht gefallen?
- Was wollen wir mit dem Seminar erreichen? Flipchart, (z.B.: inhaltliche Schulung der Gruppe, politische Kampagne unterstützen, neue Leute ansprechen, neues Diskussions-thema einführen)
- Einschätzung der erwarteten SeminarteilnehmerInnen (politische Erfahrung, inhaltliche Vorkenntnisse, Lerngewohnheiten, Lernfähigkeit, Alter, Lebenssituation etc.)
- Definition der allgemeinen Lernziele
- Konkretisierung der Lernziele
- Zuordnen von exemplarischen Inhalten und Lernmethoden
- Seminarreader mit Seminarprogramm und Texten zum Thema erstellen

Es gibt verschiedene Formen, wie Seminare durchgeführt werden können. Abhängig von der Zielgruppe des Seminars und den Lernzielen sollte zwischen den drei Hauptgruppen unterschieden werden:

Offenes Seminarprogramm

Hier gibt es überhaupt keine Struktur. Man fängt mit dem Äußern der TeilnehmerInnenbedürfnisse an und reagiert immer auf die Situation und die momentanen Bedürfnisse. Diese Seminarform ist insbesondere für Wochenendseminare geeignet, in denen das vorrangige Ziel ist, dass sich die TeilnehmerInnen kennenlernen und sich untereinander über ihre Erfahrungen in der politischen Arbeit austauschen.

Vorteile: Hier können auch SeminarteilnehmerInnen eigene Programmpunkte spontan anbieten. Die TeilnehmerInnenbedürfnisse werden optimal berücksichtigt. Die TeilnehmerInnen müssen über den Seminarablauf laufend mitdenken. In der Regel herrscht eine sehr lockere Seminaratmosphäre, die am ehesten emanzipatorisches Lernen ermöglicht.

Nachteile: Es kann sein, dass inhaltlich nicht sehr viel rüberkommt. Das Seminar kann wesentlich schlechter vorbereitet werden und erfordert von den TeamerInnen Flexibilität und sehr viel Geschick im Umgang mit Gruppen.

Halboffenes Seminarprogramm

Die TeilnehmerInnen kommen zusammen und entwickeln den Seminarplan selbst. Die TeamerInnen können jedoch einen Programmwurf vorlegen, an dem erfahrungsgemäß nur teilweise Änderungen vorgenommen werden. Diese Seminarform bietet sich insbesondere für inhaltliche Seminare an. Die Wissensvermittlung wird in erster Linie in Form von gemeinsamen Diskussionen, Kurzreferaten und Textarbeit organisiert. Durch die Textarbeit und einen möglichst umfangreichen Seminarreader lassen sich auch spontane Bedürfnisse der TeilnehmerInnen gut realisieren.

Geschlossenes Seminarprogramm

Hier besteht eine feste Struktur. Es ist sehr wichtig, die Struktur den TeilnehmerInnen von vornherein deutlich zu machen. Da diese Seminare stark auf die TeamerInnen orientiert sind, sollten möglichst verschiedene Vortrags- und Lernmethoden eingesetzt werden. Diese Seminarform kommt bei vielen know-how-Seminaren zur Anwendung, z.B. Zeitungsseminare, Tipps für die SchülerInnenvertretung, Rhetorik etc.

Der Seminarablauf

Ganz entscheidend für das Gelingen des Seminars ist die Anfangssituation. Hier ist es wichtig, dass die TeilnehmerInnen sich etwas kennenlernen, jedeR mal etwas gesagt hat, um evtl. Hemmungen abzubauen und eine lockere Atmosphäre entsteht.

Dies kann z.B. durch eine Vorstellungsrunde erreicht werden. Bei der Vorstellungsrunde sollten nicht nur die Namen, sondern auch die Erwartungen an das Seminar und etwas

Persönliches erzählt werden.

Es gibt sowohl die Möglichkeit sich selbst, als auch seineN NachbarIn vorzustellen. Die Vorstellung des/der NachbarIn hat den Vorteil, dass man eineN andereN TeilnehmerIn schon mal kennengelernt hat und sich nicht selbst vorzustellen braucht.

Die Erwartungen und Interessen der TeilnehmerInnen zu sammeln, ist unverzichtbarer Bestandteil jedes Seminars, da:

- sich die TeilnehmerInnen noch einmal mit dem Seminar auseinandersetzen müssen
- die TeilnehmerInnen merken, dass sie mit ihren Bedürfnissen ernst genommen werden
- die Konzeption noch einmal gemeinsam erarbeitet werden kann.

Es kann auch sinnvoll sein, die Erwartungen auf Karten oder Zettel zu schreiben, die dann an einer Wandzeitung gesammelt werden.

Lernmethoden

Es gibt verschiedene Formen, wie Wissen vermittelt werden kann. Viele Seminare verwenden nur eine kleine Auswahl. Verschiedene Lernformen machen jedoch ein Seminar abwechslungsreich und steigern die Aufnahmefähigkeit der TeilnehmerInnen.

Mögliche Lernmethoden sind:

- Vortragsformen (z.B. Vorlesung, Referat, Kurzreferat)
- Gesprächsformen (z.B. Lehrgespräch, Podiumsinterview, Gruppendiskussion)
- Spielformen (z.B. Rollengespräch, Planspiel)
- Textarbeit

Besonders bei Vortragsformen sollte auf den Einsatz von Medien Wert gelegt werden. Über die Wahl der Medien entscheidet die Analyse der Zielgruppe des Seminars. Nachstehend einige Medien, die für Seminare verwendet werden können:

- Videofilm
- Kassette / CD
- Flipchart
- Overheadprojektor / Polylux
- Zeitungen / Zeitungsartikel
- Plakate
- Fotos

Zwei Lernmethoden sollen hier noch etwas ausführlicher dargestellt werden:

Das Rollengespräch

Mit Hilfe eines Rollengesprächs können eine Reihe von Problemen leichter dargestellt werden. Die TeilnehmerInnen nehmen bestimmte Rollen an. Dies gilt insbesondere bei der Verdeutlichung von gesellschaftlichen Zusammenhängen aber auch bei Fragen der Offenlegung von Arbeitsstrukturen von Verbänden und anderen gesellschaftlichen

Gruppen. Die TeilnehmerInnen erarbeiten allein oder in Kleingruppen die politischen Positionen und Interessen der Figur, die sie spielen sollen. Anschließend kommen alle SeminarteilnehmerInnen wieder zusammen und gemeinsam wird dann über das vorher definierte Thema diskutiert. Der Vor- und Nachbereitung kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn man vermeiden will, dass aus einer überzogenen oder nicht deutlichen Darstellung eines Sachverhaltes falsche Schlüsse gezogen werden.

Mögliches Thema könnte eine Diskussion zum Thema Rüstungsproduktion sein. Die zu vergebenen Rollen wären z.B. der/die FabrikdirektorIn, der/die FriedensaktivistIn, der/die GewerkschaftsvertreterIn, der/die BürgermeisterIn der Stadt, etc.

Vorteil: Leicht fassbare Darstellung einer Problematik und die TeilnehmerInnen arbeiten tatsächlich mit dem „Spaßeffect“. Man muss nach Argumenten suchen und versteht die Person hinter der Rolle besser.

Nachteil: Durch die spielerische Form besteht die Gefahr, dass das Thema nicht ernst genommen wird.

Das Planspiel

Das Planspiel dient in erster Linie dem strategischen Erlernen von Fragen der Organisation. Es sollte darauf geachtet werden, dass möglichst zahlreiche Komponenten, die die praktische Arbeit beeinflussen können, auch in dem Planspiel erprobt werden. Ein Planspiel kann auch ein geeignetes Mittel sein, um zu erarbeiten, wie sich die einzelnen Gruppenmitglieder in die Arbeit einbringen können. Die Problemstellung des Planspiels sollte sich möglichst nah an der Lebenswirklichkeit der SeminarteilnehmerInnen bewegen. Eine Figur des Planspiels sollte immer auch eine JD/JL-Gruppe sein. Die SeminarteilnehmerInnen sollten darauf achten, dass politisch erfahrene TeilnehmerInnen möglichst eine Spielfigur übernehmen, die über schwierigere Ausgangsbedingungen verfügt. Mögliches Thema könnte die geplante Abschiebung einer kurdischen Mitschülerin sein. Die Rollen wären dann z.B. der/die SchulsprecherIn, der/die SchuldirektorIn, die SV an der Schule, der/die BürgermeisterIn, der/die CDU-Vorsitzende und der/die GEW-Vorsitzende an der Schule.

Vorteile: Die TeilnehmerInnen lernen, verschiedene Politikformen anzuwenden und den Einsatz des richtigen Mittels abzuschätzen. Darüber hinaus bekommen sie die Fähigkeit vermittelt, sich in die politische Gegnerin / den politischen Gegner hineinzusetzen, die Interessen politischer AkteurInnen zu erkennen und die möglichen Schritte der politischen Gegnerin / des politischen Gegners vorherzusehen. Ein organisatorisches Problem kann mit einer Reihe von Alternativen wirklichkeitsgerecht durchgespielt werden. Man kann Stärken und Schwächen eines bestimmten Konzepts erkennen.

Nachteil: Das Übersehen von bestimmten Varianten beim Planspiel kann auch in der praktischen Anwendung des Gelernten zu Fehlentscheidungen führen. Gleiche strategische Fähigkeiten der TeilnehmerInnen sind Voraussetzung für gleichmäßige Lernerfolge.

Die SeminarteilnehmerInnen sollten sich ein ausführliches Seminarprogramm erstellen, das neben der Auflistung der inhaltlichen Themen mit den entsprechenden Uhrzeiten auch die Lernmethode und die zu verwendenden Materialien enthalten sollte. Zum einen sind dadurch die SeminarteilnehmerInnen gezwungen, den Ablauf des Seminars im Vorfeld durchzuspielen, zum anderen erarbeitet man sich eine Checkliste mit allen Materialien, die man zum Seminar mitnehmen muss.

Seminarkonzept: „Grundlagen politischer Arbeit“

Tag	Uhrzeit	Thema	<i>Arbeitsmaterial</i>	<i>Lernmethode</i>
Fr.	17.30 Uhr	Vorstellungsrunde und Erwartungen an das Seminar	<i>Kreppband</i>	<i>Gruppengespräch</i>
	18 Uhr	Abendessen		
	19 Uhr	Warum machen wir Politik und für wen?	<i>Flipchart</i>	<i>Kurzreferat</i>
	21 Uhr	Die Begriffe „Öffentlichkeit“ und „politisches Handeln“ Text von Jürgen Habermas	<i>Text/Folie</i>	
	anschließend	Film über die Studierendenbewegung	<i>Video</i>	
Sa.	8 Uhr	Frühstück		
	9 Uhr	Was ist Radikaldemokratie? Text von Ekkehart Krippendorff	<i>Text</i>	
	11 Uhr	Text über Theorie außerparlamentarischer Arbeit Grundsatztext	<i>Text</i>	
	13 Uhr	Mittagessen		
	14 Uhr	Organisation (von Veranstaltungen, Projekttagen,...)	<i>Folie</i>	
	15 Uhr	Bündnispolitik (wer, mit wem und warum?)	<i>Text</i>	
	16 Uhr	Rhetorik & Verhandlungsstrategien	<i>Folie</i>	
	17 Uhr	Aktionen (mit Beispiel Grüne BDK)	<i>Video/Checkliste</i>	
	18 Uhr	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	<i>Folie</i>	
	19 Uhr	Abendessen		
	20 Uhr	Planspiel oder Kampagnen-Planung in Arbeitsgruppen		
	anschließend	Film über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung	<i>Video</i>	
	So.	8 Uhr	Frühstück	
9 Uhr		Asyl ist Menschenrecht (Diskussion & Aktionsbeispiel)		
10 Uhr		Noten abschaffen (Diskussion & Aktionsbeispiel)	<i>Flugj</i>	
11 Uhr		Feminismus (Diskussion & Aktionsbeispiel)		
12 Uhr		Mittagessen		
13 Uhr		Zusammenfassung der Seminarinhalte	<i>Flipchart</i>	
14 Uhr		Seminarauswertung		

Es sollte auch darauf geachtet werden, dass bei jedem jungdemokratischen Seminar auch ein JD/JL-Infotisch steht, an dem sich die SeminarteilnehmerInnen über die Arbeit und weitere Seminare der JD/JL informieren können. Ebenfalls sollte daran gedacht werden, dass am Abend für den lockeren Teil des Seminars Getränke und andere Vergnügungsstoffe zur Verfügung stehen.

Kontaktadressen für Seminarhäuser erfahrt ihr bei der jeweiligen Landes-Geschäftsstelle oder bei der Bundes-Geschäftsstelle.

Die Podiumsdiskussion



Podiumsdiskussionen dienen der öffentlichen Aufarbeitung bestimmter Themen und Probleme. VertreterInnen von Verbänden, Parteien und anderen Organisationen geben Stellungnahmen zum Thema ab und diskutieren miteinander. Neben anderen Aktionsformen ist die Podiumsdiskussion eine Möglichkeit, Problembereiche bekannter zu machen und den Dialog darüber zu fördern. Sie ist ein Forum für Gruppen oder Verbände, sich zu aktuellen Fragen zu profilieren und die Position ihrer Organisation deutlich zu machen und dafür zu werben.

Je stärker eine Podiumsdiskussion besucht ist, desto erfolgreicher kann die öffentliche Auseinandersetzung in Gang gebracht werden, die ja gerade nach der Podiumsdiskussion erst richtig beginnen soll. Die ZuhörerInnen und Mitdiskutierenden sind also gewissermaßen MultiplikatorInnen, die die Auseinandersetzung weitertragen sollen.

Themenwahl

Um eine rege Diskussion, guten Besuch und recht kontroverse Stellungnahmen zu erreichen, sind solche Themen für das Podium auszuwählen, die

- lokalpolitisch besonders akut sind (Jugendzentrum, Fahrpreiserhöhung, Hausbesetzung)
- tagespolitische Brisanz enthalten (Rechtsextremismus bei der Bundeswehr, großer Lauschangriff)
- sich auf einen Themenkreis beziehen, der eine bestimmte Zielgruppe hat (SchülerInnen
- Noten abschaffen; Studierende - BAföG).

Vorbereitung

Nachdem ein ansprechendes Thema gefunden ist, müssen zunächst geeignete Räumlichkeiten und ein günstiger Termin (also nicht zum WM-Finale) gefunden werden. Die Räumlichkeiten sollten möglichst zentral liegen und gut zu finden sein. Am Tag der Podiumsdiskussion sollte der entsprechende Raum mit Hilfe in der Nähe angebrachter

Hinweise gekennzeichnet werden. Entsprechend der Größe sollte der Raum evtl. über eine Verstärkeranlage und in jedem Fall über genügend Beleuchtung verfügen. Der Raum ist entsprechend der zu erwartenden BesucherInnenzahl auszuwählen. Dies ist ein sehr wichtiges Moment: es ist besser, der Raum ist wirklich überfüllt, als dass ca. 20 Leute in einem Saal für 200 sitzen.

Stehen Ort und Zeit fest, müssen die TeilnehmerInnen auf dem Podium bestimmt werden. Bei der Auswahl der PodiumsvertreterInnen ist zum einen zu beachten, dass ihre Zahl fünf Personen nach Möglichkeit nicht überschreitet, da sonst keine flüssige Diskussion zustande kommt. Auf dem Podium muss auch eine Debatte entstehen können, d.h. man sollte VertreterInnen einladen, die auch kontroverse Punkte vertreten. Damit kein Mitleidseffekt entsteht, sollten Positionen möglichst gerecht verteilt werden. Also z.B. zwei BefürworterInnen der Atomenergie und zwei AtomkraftgegnerInnen. Dennoch solltet ihr natürlich darauf achten, dass die Podiumsgäste, die die JD/JL-Position vertreten, den DiskussionsgegnerInnen in Rhetorik und Fachwissen nicht unterliegen. Notfalls sollte man sich lieber eineN rhetorisch etwas schwächeren DiskussionsgegnerIn aussuchen. Auf dem Podium sollte mindestens einE JungdemokratIn mitdiskutieren und die Position des Verbandes darstellen (siehe auch Kapitel "Rhetorik"). Die Moderation sollte ein diskussionserfahrenes Mitglied der Basisgruppe übernehmen, das gut mit der Problematik vertraut ist.

Wichtig sind die Maßnahmen, welche die Veranstaltung presse- und öffentlichkeitswirksam vorbereiten. Vor der Podiumsdiskussion sollte mindestens eine Pressemitteilung herausgegeben werden. Die Pressemitteilung sollte ungefähr zwei Tage vor der Veranstaltung an die Presse gegeben werden. Sie enthält Ort, Zeit und Thema der Veranstaltung. Es sollte an langfristige Ankündigungsmöglichkeiten (Wochenzeitungen, Veranstaltungskalender) gedacht werden. Außer der Ankündigung in der Presse sollte die Basisgruppe ungefähr 3 bis 5 Tage mit einem Infostand und/oder einem Flugblatt die potentiell Interessierten über die Veranstaltung informieren. Bei einem Infostand sollten auch weitere JD/JL-Materialien über das Thema der Diskussion ausliegen.

Durchführung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt der/die ModeratorIn die Zuschauer, erläutert die Aktualität des Themas und die Motivation der JD/JL, diese Veranstaltung zu organisieren. Während der Debatte muss die Moderation jedoch möglichst neutral und gerecht sein. Zuerst geben die VertreterInnen kurze Statements (bis zu 5 min) über die Position ihrer Organisation ab. Danach wird die Diskussion kontrovers geführt. Der/die ModeratorIn sollte darauf achten, dass möglichst alle PodiumsvertreterInnen gleich oft zu Wort kommen. Es ist Aufgabe der Diskussionsleitung, bei fortschreitender Diskussion das Publikum stärker mit einzubeziehen und Fragen / Wortmeldungen der ZuschauerInnen nicht nur zuzulassen, sondern dazu aufzufordern.

Normalerweise sollte eine Podiumsdiskussion nicht länger als zwei Stunden gehen. Letztlich muss aber der/die ModeratorIn entscheiden, wann das Publikum unruhig und müde ist, um dann die Veranstaltung langsam zu beenden. Zum Schluss sollte der/die ModeratorIn die Ergebnisse der Diskussion kurz zusammenfassen und danach auf Termine des Verbandes und die weiteren Materialien zu diesem Thema auf dem JD/JL Info-Stand hinweisen.

Zeitungen



Die Herausgabe einer Zeitung kann für eine JD/JL-Basisgruppe wichtige Funktionen erfüllen:

Zum einen ist eine Zeitung ein gutes Mittel zur Außendarstellung, das den Vorteil hat, dass man Themen ausführlicher behandeln kann, als das häufig in Flugblättern möglich ist. Eine regelmäßig erscheinende Zeitung hat zudem einen nicht zu unterschätzenden Werbeeffect für die Basisgruppe. Darüber hinaus bietet eine Zeitung gute Arbeitsmöglichkeiten für eine Basis- oder SchülerInnengruppe. Hier kann jeder mitmachen, es gibt immer was zu tun und den Erfolg der Arbeit hält man nach jeder Ausgabe in den Händen. Die Zeitungen der JD/JL lassen sich zudem häufig über Anzeigen finanzieren und sind so wesentlich günstiger als Flugblätter.

Der Inhalt einer Zeitung ist allein von den Interessen der ZeitungsmacherInnen und natürlich von der Aktualität bestimmter politischer Fragen abhängig. Es ist nur wichtig, dass die Vermittlung politischer Themen bei dem persönlichen Erfahrungshorizont der LeserInnen ansetzt oder die eigenen Erlebnisse der Zielgruppe der Zeitung in einen größeren Zusammenhang setzt.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass in der Zeitung die Termine der nächsten JD/JL- oder SV-Aktionen angekündigt werden und auf Seminare des Landesverbandes hingewiesen wird. Auch ein Coupon, mit dem sich InteressentInnen melden können, die mehr Infos über die Arbeit der JD/JL haben wollen, sollte in jeder Zeitung sein.

Das Redaktionskonzept

Bevor ihr mit der eigentlichen Arbeit an einer Zeitung beginnen könnt, tauchen zunächst erst mal einige Fragen auf:

Organisatorisches

- Wie soll die Zeitung heißen?
- Wer ist verantwortlich?
- Gibt es eine Ressort(Themen-)aufteilung?
- Wer kümmert sich um was?

Inhaltliches

- Wen soll die Zeitung erreichen?
- Was soll wo stehen?
- Welche Themen sollen schwerpunktmäßig behandelt werden?
- Woher kommen die Infos?

Technisches

- Welches Format soll die Zeitung haben
- Wie oft soll die Zeitung erscheinen?
- Wie sollen die Seiten layout werden?
- Wie und wo wird gedruckt?
- Wie wird die Zeitung vertrieben?
- Wie werden die Termine geplant?
- Wie hoch soll die Auflage sein?
- Woher kommt das Geld?

Finanzierung

Für politische Zeitungen gibt es im Prinzip neben der finanziellen Förderung durch die JD/JL-Basisgruppe und die Förderung durch Studierendenvertretungen von Hochschulen, Gewerkschaften und Stiftungen nur eine weitere Möglichkeit, den Druck der Zeitung zu finanzieren: Anzeigen.

Für das Anzeigengeschäft braucht man zunächst eine Anzeigenpreisliste und einen Überblick über die möglichen AnzeigenkundInnen. Da viele kommerzielle AnzeigenkundInnen unpolitischen Zeitungen den Vorrang geben, bleiben die AnzeigenkundInnen für linke Zeitungen begrenzt: Ökoläden, Fahrradgeschäfte, Tageszeitungen oder Parteien (Grüne bzw. PDS) gehören zu den wenigen AnzeigenkundInnen. Die Preise für die Anzeigen soll etwa so berechnet werden, dass, wenn die Zeitung zu ca. ¼ mit Anzeigen gefüllt ist, die gesamten Produktionskosten gedeckt sind.

Die Anzeigenpreisliste muss enthalten:

- Name der Zeitung
- Preisliste gültig ab...
- Anzeigenschluss der nächsten Ausgabe
- Inhalte
- Auflage
- Format
- Zielgruppe
- Vertriebsform
- Anzeigenpreise (z.B. DIN A5 = 100,- und DIN A6 = 60,-), Rückseite mehr
- Wiederholungsrabatte
- Bankverbindung oder bar
- Mit der Rechnung zwei Belegexemplare schicken

Layout / Gestaltung

Wenn ihr euch umschaut, so findet ihr auf dem Pressemarkt eine verwirrende Anzahl von Zeitungen mit oft mühevollen Versuchen, Mitteilungen so zu verpacken, dass die/der LeserIn sie bereitwillig oder sogar gerne entgegennimmt. Die Fülle an Zeitungen zeigt aber auch, dass es *das* optimale Zeitungslayout nicht gibt. Deshalb muss jede Redaktion schauen, welche finanziellen Möglichkeiten, künstlerische Begabungen und vor allem welche LeserInnen vorhanden sind. Gerade weil sich viele Zeitungen vor dieser Entscheidung drücken, wird aus so mancher gutgemeinten Idee ein kleines, geheftetes Chaos.

Inhaltliche Aufteilung

Eine überdachte, saubere und übersichtliche Gliederung ist die Voraussetzung für eine gute Gestaltung. Die Reihenfolge der Artikel in einer Zeitung darf nicht willkürlich sein, sondern richtet sich nach einem vorher festgelegten Plan. Diese Schwerpunkte und die Reihenfolge der einzelnen Themenbereiche kann jede Redaktion individuell festlegen, aber dennoch gibt es einige Grundregeln, an die man sich halten kann:

1. Seite:Titelseite
2. Seite:Impressum / Editorial
3. Seite:Inhaltsverzeichnis

Gibt es ein Schwerpunktthema, so sollte man es in den Seiten im Mittelbereich platzieren. Die Doppelseite in der Mitte hat jedoch besondere Bedeutung und kann beispielsweise für ein doppelseitiges Foto oder eine Karikatur verwendet werden.

Format

Auf DIN A4 gibt es mehr Gestaltungsmöglichkeiten, allerdings sind die Druckkosten

erheblich höher.

DIN A5 ist jedoch häufig für die Lesegewohnheiten von SchülerInnen angemessener (Lesen im Unterricht).

Bei Auflagen ab 8.000 Exemplaren ist das normale Tageszeitungsformat unschlagbar günstig.

Satzspiegel

Das ist der Rahmen für jede Seite. Ihr solltet auf jeden Fall mit Spalten arbeiten, da sie wesentlich übersichtlicher sind. Die Anzahl der Spalten ist abhängig vom Format.

Bei DIN A5 sollten es jedoch nicht mehr als zwei Spalten sein, bei DIN A4 darf es eine Spalte mehr sein, nämlich 3.

Für die Spalten müsst ihr euch noch für Flatter- oder Blocksatz entscheiden.

Darüber hinaus darf rechts und links von der Seite nie der Rand vergessen werden, der nicht gedruckt werden kann (ca. 1 cm Greiferrand).

Wichtig ist jedoch, dass der Satzspiegel auch gelegentlich unterbrochen wird.

Titelseite

Die Titelseite ist das Aushängeschild der Zeitung; sie sollte das Interesse zum Kauf einer Zeitung wecken. Erster Blickfang ist der Name der Zeitung (Logotype), der zusätzlich noch durch ein Gestaltungskürzel (Signet) ergänzt werden kann. Beide haben den Erkennungs- und Erinnerungswert. Nicht vergessen werden sollte auch, dass der Herausgeber (also JD/JL oder das SchülerInnen-Netzwerk) möglichst auf den ersten Blick erkennbar ist.

Während der Titelkopf immer an derselben Stelle erscheint, kann man bei der Gestaltung des Titelbildes variieren. Dieser Teil sollte sich deutlich vom Kopf abheben und ca. 2/3 des Gestaltungsraums einnehmen. Es können auch Schlagzeilen oder Zeitungs Ausschnitte in das Titelblatt mit einbezogen werden.

Fotos

Zur Veröffentlichung in einer Zeitung eignen sich nur solche Fotos, die erstens gerastert und zweitens kontrastreich sind. Beim Rastern wird das Foto in Punkte aufgelöst. Das kann entweder die Druckerei oder falls ihr in der Schule einen Scanner habt, könnt ihr die Bilder einfach wieder ausdrucken. Jedes Foto sollte darüber hinaus eine Bildunterschrift enthalten, sofern nicht bereits aus dem Artikel sofort der Inhalt des Fotos deutlich wird.

Illustrationen

Genauso wichtig für die Gestaltung und darüber hinaus noch einfacher zu handhaben, sind zeichnerische Auflockerungen wie Illustrationen, Cartoons, Karikaturen oder Comic-Strips. Illustrationen können im Gegensatz zu Fotos einfach auf die Druckvorlagen aufgeklebt werden.

Archiv

Die meisten Redaktionen stellen sich mit der Zeit ein eigenes kleines Archiv zusammen, in dem sie einfach jede Zeitung zerfetzen und die Bilder und Illustrationen sortieren. Für

neu gegründete Zeitungen gibt es auch die Möglichkeit, die LoLa (LayOutLaden)-Sammlung zu einzelnen Themen zu kaufen oder einfach das Bilder-Archiv in der Landesgeschäftsstelle Berlin zu durchstöbern (knapp 10.000 Bilder / Karikaturen).

Copyright

Bei der Verwendung derartiger Gestaltungselemente tritt die Frage des Copyrights in den Vordergrund. Hierbei gibt es vier Möglichkeiten dieses Problem zu umgehen:

- Ihr zeichnet die Vorlage mit Eurer persönlichen „Handschrift“ ab und gebt ihr dadurch etwas Eigenständiges.
- Ihr fragt vor der Veröffentlichung beim Verlag schriftlich nach. In diesem Brief sollte ein Hinweis auf den „beschränkten Rahmen“ (Auflage der Zeitung) der Veröffentlichung und die nicht-kommerzielle Nutzung enthalten sein. Es sollte der Vermerk mit hinein, dass ihr das wohlwollende Einverständnis des Verlages voraussetzt, falls keine Antwort erfolgen sollte.
- Ihr nehmt Karikaturen aus Büchern und Zeitschriften aus links-alternativen Verlagen, die meist den nicht-kommerziellen Abdruck aus ihren Publikationen tolerieren und nicht die bürgerliche Justiz bemühen. Allerdings sollte zumindest im Impressum ein Quellenhinweis veröffentlicht werden.
- Ihr schreibt in das Impressum, dass ihr nicht zu allen Gestaltungselementen die Copyright-Frage klären konntet und darum bittet, dass sich die Verantwortlichen bei euch melden.

Drucken

Eine weitere Möglichkeit, finanziell besser klarzukommen, ist logischerweise die Einsparung von Kosten. Dazu habt ihr genug Gelegenheiten: der Verzicht auf Hochglanzpapier, Sonderformate usw. Der wichtigste Schritt ist die Auswahl einer kostengünstigen Druckerei. Beschafft euch aus den Telefonbüchern die Anschriften mehrerer Druckereien und vergleicht die Preise für Eure spezielle Auflage und das Format. Wählt die Druckerei aus, die am preisgünstigsten und am exaktesten druckt. Lasst euch verschiedene und verbindliche Kostenvoranschläge schicken und entscheidet erst dann. Auch für SchülerInnenzeitungen, die schon lange erfolgreich mit einer Druckerei zusammenarbeiten, lohnt sich der Preisvergleich mit anderen Druckereien.

Literaturtipp:

Zeitungsgestaltung: Typografie, Satz und Druck, Layout und Umbruch, List Verlag, München 1992, 270 Seiten

Politisches Schnippel Bilderbuch: Zum Stöbern und Schmunzeln, Hrsg. Naturschutzjugend, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1994, 1992 Seiten

Rhetorik



Warum Rhetorik?

Rhetorik ist die Kunst der Rede - oder allgemeiner formuliert - die Kunst der bestmöglichen Kommunikation. Selbst wenn wir zu einem Thema nicht Stellung nehmen, könnte das z.B. ausdrücken, dass uns das Thema nicht interessiert oder aber auch, dass wir von dem Thema keine Ahnung haben. Das bedeutet, dass wir uns der Kommunikation nicht entziehen können, sondern wir müssen sie unseren Interessen entsprechend gestalten. Wer kennt nicht die Situation, dass man einfach nicht zu Wort kommt, dass einem der andere über den Mund fährt oder dass anderen DiskussionsteilnehmerInnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird?

Rhetorik ist allgegenwärtig. Sei es, dass wir eine Sitzung der SchülerInnenvertretung leiten müssen, mit dem/der SchuldirektorIn über die Anzahl der Arbeiten in einer Woche verhandeln oder dass wir bei einer Podiumsdiskussion gegen einen Bildungsoffizier der Bundeswehr bestehen müssen. In diesem Zusammenhang bedeutet Rhetorik, dass wir unsere Gedanken in der effektivsten Form jemandem vermitteln.

Damit dies auch gelingt, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Diese Voraussetzungen aufzuschlüsseln und Tipps für eine bessere Kommunikation zu vermitteln, ist Ziel der nächsten Seiten. Niemand wird danach genialer reden, aber ihr werden wissen, worauf ihr beim Sprechen achten müsst und wie ihr unfaire rhetorische Tricks eures Gegenübers abwehren könnt.

Einige Besonderheiten der Kommunikation

Kommunikation läuft über mehrere Zeichensysteme ab. Zeichensysteme menschlicher Kommunikation sind zum einen das „verbales Zeichensystem“, also die Sprache. Zeichensysteme der Artikulation sind zum Beispiel Pausen, Betonung, Klangfarbe, Sprechtempo, Lautstärke, Betonungen.

Zum anderen gibt es auch „nichtverbale“ Zeichensysteme zu ihnen zählen

- Mimik (Zeichenvermittlung durch Gesichtsbewegung)
- Gestik (Zeichenvermittlung durch Hand- und Armbewegungen)
- „Körpersprache“ (Zeichenvermittlung durch andere Körperbewegungen, Körperhaltung)
- Proxemik (Zeichenvermittlung durch Bewegung im Raum)
- Kleidung
- Chronemik (Zeichenvermittlung durch Umgang mit der Zeit)

Reden und Referate

„Vorträge sollen immer - oder wenigstens wenn es irgendwie geht - in freier Rede gehalten werden.“

Das ist Quatsch!

Wer ein Referat „frei“ halten will, muss nämlich entweder unglaublich clever sein, er/sie referiert zum selben Thema zum fünfundzwanzigsten Male oder er/sie hat sein/ihr Referat auswendig gelernt, oder aber ist mit fer Vorbereitung nicht fertig geworden.

Dem/Der „Hobby“-ReferentIn wird es bei einer freien Rede so ergehen, dass er/sie sich spätestens bei der ersten längeren Zwischenfrage verheddert und den roten Faden verliert. Und die Situation, wenn man dann mit rotem Kopf und ohne Vorlage auf dem Redepult steht und krampfhaft versucht, wieder den Einstieg zu finden, kann für den/die ReferentIn peinlich werden. Deswegen: Ruhig vorher wortwörtlich vorbereiten. Allerdings muss man dann einige Dinge beachten:

- Man muss die ZuhörInnen angucken und versuchen, herauszufinden, ob sie bei der Sache sind. Zu einem Referat gehören mindestens zwei und der/die ReferentIn ist für alle verantwortlich - nicht nur für sich selbst. Man muss also einen Text so gut kennen, das man ab und zu eine Minute sprechen kann, ohne abzulesen (vorher mehrmals durchlesen!).
- Groß und deutlich schreiben (bei undeutlicher Handschrift lieber auf den Computer oder die Schreibmaschine zurückgreifen: nichts ist peinlicher, als seinen Text nicht gut lesen zu können, oder die richtige Stelle nicht wiederzufinden, wenn man vom Blatt weggeguckt hat.
- Absätze, Betonungen, wichtige Stellen, Pausen (auch Atempausen, Kunstpausen, usw.) mit verschiedenen Farben markieren.
- Referate in zwei Arbeitsgängen machen: erst den Text schreiben, dann durcharbeiten und die richtige Rhetorik einzeichnen. Ein eigenes System für Markierungen erfinden (dann überlegt man nämlich genauer!).

Einen Text zu lesen ist etwas anderes, als ihn zu hören. Daran muss man immer denken: Erstens erfasst das Auge größere Sinneszusammenhänge gleichzeitig, zweitens kann die schriftliche Information wiederholt gelesen werden und drittens sind die Ausdrucksmöglichkeiten der Schrift andere als die der gesprochenen Sprache.

Die Vorbereitung

Ein/eine guter/gute ReferentIn überlegt sich vorher, welche Informationen er/sie geben will. Wichtig: Nicht alles, was man selber weiß, sollte im Referat auch gesagt werden, denn dadurch wird man die ZuhörerInnen überfordern. Es ist kaum möglich, den eigenen Wissensstand in einem Referat in Worten kund zu tun.

Darüber hinaus hat man ansonsten für die nachfolgende Diskussion keinerlei Reserve-Informationen mehr. Gute ReferentInnen fallen aber in der Diskussion auch dadurch auf, dass sie nicht ständig nur auf das Gesagte verweist, sondern das Gesagte mit neuen Belegen untermauern.

Am besten geht man nach folgendem Schema vor und schreibt die Antworten auf die folgenden Fragen nacheinander auf einen Zettel:

- Was soll das Referat erreichen? Was soll der/die ZuhörerIn hinterher wissen, meinen, tun?
- Wo kann ich anknüpfen (die ZuhörerInnen „abholen“)? Was wissen, meinen, tun sie schon vorher?
- Welche Informationen muss ich ihnen also geben? (Liste der Informationen anfertigen!)
- Gegenkontrolle: Auf einen Zettel links die Informationen aufschreiben, rechts daneben jeweils ergänzen, warum diese Information gegeben wird.

Der Aufbau

Überschaubar gliedern! Informationen durchsichtig anordnen!

Referatsziel geradlinig ansteuern! Keine Umwege!

Die zwei Prinzipien sind durchaus unterschiedlich der erste Teil bezieht sich auf die gedankliche Struktur, der zweite auf die rhetorische Struktur.

Zur gedanklichen Struktur

Die einfachste gedankliche Struktur ist die *einlinige Gedankenfolge*. Jede Information geht aus der vorhergehenden schlüssig hervor, wird durchgeführt und mündet dann in einer Frage, die zur nächsten Information führt.

Zum Beispiel: ReferentInnen sind klüger als NichtreferentInnen. Der Klügere gibt nach. Nachgiebige sind weiche Menschen. Weiche Menschen haben keine Initiative. Wer keine Initiative hat, kann keine Referate halten.

Beliebt ist auch die *„dialektische“ Form*: Das Thema wird in zwei Thesen formuliert, die sich widersprechen. Dann werden beide durchgeführt, entweder abwechselnd oder erst die eine dann die andere ganz durch. Meistens fängt man mit der abgelehnten These an (gedankliche Leine).

In diesen einfachen Formen wird man aber in den seltensten Fällen arbeiten können; man sollte es aber zumindest immer versuchen, denn je einfacher die Struktur, desto besser

können die ZuhörerInnen folgen. Man sollte zu Beginn seines Referates sagen, worauf man hinaus will, und auf welchem gedanklichen Weg man dieses Ziel erreichen will. Ebenso sollte man bei wichtigen Abschnitten kurz den Standort skizzieren, indem man darstellt, welchen genauen Standpunkt man hat und welchen Weg man gehen will.

Wichtig: Wenn Du mit einer Gliederungsform angefangen hast, solltest Du sie auch durchhalten. Eine Gliederung soll dem Zuhörer das Zuhören einfacher machen. Sprünge in der Gliederung bewirken das Gegenteil.

Die rhetorische Struktur

Bekannt und bewährt ist die sogenannte AIDA-Methode. Sie ist nach den Zielsetzungen, die ich mit meiner Rede verfolge, aufgebaut:

A	Attention	Aufmerksamkeit (Aha-Effekt)
I	Interest	Interesse (Persönlicher Bezug und Argumente)
D	Decision	Entscheidung (Was will ich von den ZuhörerInnen?)
A	Action	Ausführung (Was tun meine ZuhörerInnen?)

A - Attention - Aufmerksamkeit

Das wichtigste ist die ZuhörerInnen von ihrem bisherigen Tun und Denken abzubringen und Aufmerksamkeit zu erringen. Es gibt verschiedene Ansprachen:

- Thematisches Hallo

Man kann eine besonders abstruse Behauptung aufstellen („Sitzt ein Mann an der Bar...“) oder im Gegenteil eine relativ selbstverständliche Aussage besonders krass und unter diskriminierender Wortwahl abqualifizieren („Referate sollen in freier Rede gehalten werden. Das ist Quatsch!“)

- Personales Hallo

Berühmt ist der Hallo-Effekt, mit dem Mark Twain einen seiner Vorträge eröffnete, als er noch nicht so bekannt war: „Julius Cäsar ist tot, Napoleon Bonaparte ist tot und auch ich fühle mich heute nicht ganz wohl.“

I - Interest - Interesse

Wenn es gelungen ist die Aufmerksamkeit der ZuhörerInnen an das Thema zu binden, kommt es darauf an, sie an die gedankliche Leine zu nehmen und sie zu einer Entscheidung zu führen. Dabei sind folgende Punkte wichtig:

- Die einmal gewonnene Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen - nicht langweilen!
- Den ZuhörerInnen das Gefühl geben, dass sie persönlich gefordert sind, dass sie die Sache angeht, dass sie sich entscheiden müssen.
- Den ZuhörerInnen das Gefühl geben, dass der/die ReferentIn Ihre (der ZuhörerInnen) Gedanken laut ausspricht - sie nicht übertölpelt, überfährt, verbal austrickst.
- Den ZuhörerInnen das Gefühl geben, dass sie selbst und nicht der/die ReferentIn Herr der Situation sind.

D- Decision - Entscheidung

Der strukturelle Höhepunkt eines guten Referates ist der Zeitpunkt, an dem die ZuhörerInnen sich entscheiden müssen: wollen sie dem/der ReferentIn folgen oder dessen/deren Meinung ablehnen?

Auf diesen Punkt hin ist das Referat aufgebaut. Vorher müssen alle Argumente bedacht sein, alle emotionalen Sperren beseitigt sein. Die ZuhörerInnen müssen das Gefühl haben,

- dass sie sich hier und jetzt entscheiden können,
- dass sie sich hier und jetzt entscheiden wollen,
- dass sie sich hier und jetzt entscheiden müssen!

Beispiel: gleichermaßen erschreckend wie exzellent: „*Wollt ihr den totalen Krieg?*“

Es ist nicht nötig, dass das Entscheidungsproblem in eine Frage gekleidet wird. Es ist nicht nötig, dass die ZuhörerInnen etwas sagen oder tun sollen, um ihre Entscheidung bekanntzugeben (wer seine HörerInnen beobachtet, erkennt an diversen Anzeichen, dass der Durchbruch gelungen ist). Es ist nicht einmal unbedingt nötig, dass die ZuhörerInnen wissen, dass sie sich entschieden haben.

A - Action - Ausführung

Ein gutes Referat soll nicht folgenlos bleiben. Der/die ReferentIn sollte eine Form vorbereiten, in der die Entscheidung des Zuhörers realisiert wird. Dies ist das eigentliche Ziel des Referates:

- eine Meinung nicht nur haben, sondern sie z.B. auch aktiv vertreten.
- einem Vorgehen nicht nur zustimmen, sondern es auch durchführen.

In der Ausführung bekennen sich die ZuhörerInnen zu ihrer wichtigen Entscheidung, die auf diese Weise gefestigt wird. Dies ist auch dann wichtig, wenn die angestrebte Verhaltensveränderung bzw. Handlungsweise selbst nicht sofort ausgeführt werden kann (z.B. einen Streik zu unterstützen, einem Verein beizutreten, eine Resolution zu unterschreiben usw.). In einem solchen Fall sollte man symbolische Handlungen ersatzweise durchführen (der/die PredigerIn lässt die SünderInnen ihre Verfehlungen vor der Gemeinde laut bekennen, der/die ReferentIn lässt in Kleingruppen konkrete Aktionspläne ausarbeiten, usw.).

Die Vermittlung von Wissen und Gefühlen

Die ZuhörerInnen sollen von den ReferentInnen etwas lernen. Dies wird häufig in der Weise eng aufgefasst, dass die ZuhörerInnen Wissensbestand erfahren sollen. In Wirklichkeit müssen aber verschiedenartige Dinge gelernt werden:

- Die Vermittlung von Tatbeständen und Meinungen, die man weiß und auf einer Ebene der Vernunft verwendet, ist nur das eine.
- Ebenso wichtig ist die Vermittlung von emotionalen Anteilen, von persönlicher Identifikation und Engagement, also Dinge, die man auf der Ebene der Gefühle anzusiedeln hat.
- Endlich ist stets zu bedenken, ob nicht praktische Fähigkeiten zu vermitteln sind. Es ist

so, dass es vielfach nicht genügt, vernunftmäßig zu wissen, wie man etwas macht, und dies gefühlsmäßig bejaht, sondern man muss auch hinkommen, dass man tatsächlich technisch in der Lage ist, dies auch ausführen zu können.

- Zu Beginn eines Referates sollte man sich die eigenen Ziele in diesen drei Ebenen möglichst genau bestimmen.

optische Hilfsmittel

Das gesprochene Referat verwendet nur einen Kommunikationsweg: die gehörte Sprache. Man sollte sich überlegen, ob andere Wege der Informationsvermittlung eingesetzt werden können. Hierbei ist vor allem an eine sichtbare Information zu denken, d.h.:

- Bilder
- Zeichnungen und Grafiken
- In weiterem Sinne auch Arbeit mit den Händen (Tageslichtprojektionen, Tafelzeichnungen), die entweder fertig vorbereitet werden oder während des Referates entstehen.

Die Vorteile der „anschaulichen“ Darstellung sind:

- das Bild bleibt länger vor den Augen
 - Einzelheiten aus komplexen Zusammenhängen können „auf einen Blick“ erfasst werden
 - Außerdem vermeiden Bilder die Ablenkung vom Referat durch andere optische Reize.
- Wir verwenden die anschauliche Darstellungen hauptsächlich als ergänzende und erläuternde Informationen oder als Hintergrund-/Zusammenhangsinformationen.

Beispiele

Es gibt keine „hinkenden“ Beispiele. Wenn einem nur nicht ganz zutreffende Beispiele einfallen, sollte man es lieber lassen und versuchen, ohne Beispiele auszukommen! Beispiele dienen dazu, den ZuhörerInnen einen bisher unbekanntem Sachverhalt so zu erläutern, dass sie ihn besser verstehen, indem sie an eine Sache erinnert werden, die sie schon kennen, die sie gedanklich übertragen können.

Es gibt zwei Arten von Beispielen:

- Eine allgemeine Aussage wird in Einzelfällen ausgeführt
- Eine kurze Information wird mit einem schon bekannten Tatbestand verglichen.

Die Verwendung von Fachbegriffen

In einem guten Referat müssen sicherlich auch Fachbegriffe - nicht zu verwechseln mit Fremdwörtern - verwendet werden. Ein Referat über den Protest in Gorleben kann nicht den „Fachbegriff“ Atomenergie einfach weglassen.

Die Verwendung von Fachbegriffen soll aber an das Vorwissen des ZuhörerInnenkreises angepasst sein. Wenn nämlich eine Reihe von Fachbegriffen nicht verstanden wird, schaltet ein Teil des Publikums ab, weil der/die ReferentIn sich einfach zu unklar ausdrückt. Wenn

andererseits zu wenig Fachbegriffe verwendet werden, entsteht möglicherweise der Eindruck, dass der/die ReferentIn unqualifiziert ist und die ZuhörerInnen fühlen sich unterfordert (nach dem Motto: „Wir sind ja nun wirklich nicht so dumm, dass man uns noch erklären müsste, was Atomenergie eigentlich ist!“).

Die Eigenarten des Publikums beachten

Bestimmte Eigenheiten der Ausdrucksweise sollten auf die Erwartungen der ZuhörerInnen abgestimmt werden. Es gibt Leute, die reagieren auf Fremdwörter allergisch - dann darauf verzichten! Manchmal sind Leute auch ziemlich enttäuscht, wenn keine Fremdwörter vorkommen - dann nicht darauf verzichten! Oft ist es gut, Personen mit allen Titeln, Orden und Ehrenzeichen zu benennen. Manchmal ist aber auch gerade das Gegenteil angebracht, besonders dann, wenn diese Titel allgemein bekannt sind. Es kann angebracht sein, möglichst ausführliche Quellen anzugeben.

Auflockerung

Zur Auflockerung des Ganzen sollte man an verschiedenen Stellen die ZuhörerInnen etwas tun lassen. Zum einen lockert die Eigeninitiative der ZuhörerInnen das Geschehen etwas auf, zum anderen kann sich der/die ReferentIn damit auch die eine oder andere Verschnaufpause verschaffen.

„Ich schreibe Ihnen ganz kurz die wichtigsten Zahlen zur Frage XY an die Tafel. Es ist erstaunlich, was man daraus alles ablesen kann.“ Wenn die ZuhörerInnen dann noch nicht zum Stift greifen, um diese wichtige Zahl auch auf ein Blatt Papier zu übertragen, dann kann man auch ruhig darum bitten, dass diese Zahlen aufgeschrieben werden.

Man kann natürlich auch die Stimme erheben und sagen: „Besonders wichtig an dieser Sache finde ich, dass...“ Die Einleitung, dass man etwas besonders wichtig findet, wird viele ZuhörerInnen dazu bewegen, sich ebenfalls Notizen zu machen.

Umgang mit Zahlen

Mit Zahlen sollte man eigentlich sehr vorsichtig umgehen. Man sollte einige verwenden, um deutlich zu machen, dass man sachkundig ist. Wenn man Zahlen verwendet, soll man sie, auch wenn man sie auswendig weiß, ablesen. Man wirkt dann glaubwürdiger.

Zuviel Zahlen bringen Unruhe in das Publikum. Viele ZuhörerInnen halten Zahlen für unglaublich wichtig und schreiben dauernd mit anstatt zuzuhören.

Was immer gut ankommt: Den ZuhörerInnen entweder am Ende oder, wenn es während des Referates passt, auch zwischendurch, eine angefertigte und vervielfältigte Übersicht mit den wichtigsten Zahlen / Daten in die Hand drücken. „Ich habe Ihnen hier einmal die wichtigsten Zahlen und Daten zusammengestellt, dann brauchen Sie nicht alles mitzuschreiben.“ Die ZuhörerInnen fühlen sich ernst genommen, der/die ReferentIn wirkt vorbildlich vorbereitet und die Person, die sich für die Zahlen nicht interessiert, wirft das Ganze einfach weg.

Redeangst

Die meisten RednerInnen haben oder hatten früher einmal Lampenfieber. Es ist eine relativ normale Reaktion auf eine ungewohnte Situation, in der man sich befindet. Doch man muss unterscheiden zwischen Lampenfieber, das man nur empfindet, und Angst/ Unsicherheit, die auch andere wahrnehmen. ZuhörerInnen merken dies besonders, wenn der/die ReferentIn fahrig mit den Händen in der Gegend herumfuchtelt oder wenn er/ sie nervös an irgendwelchen Gegenständen auf dem Tisch spielt.

Wer seine Hände überhaupt nicht kontrollieren kann, der sollte sich besser einen handlichen Gegenstand in die Tasche stecken (z.B. einen Schlüssel) und sich daran festhalten. Es hilft zumindest ein klein wenig. Was tun bei Lampenfieber?

- Bewusst entspannt hinsetzen
- Tief durchatmen
- Muskeln anspannen und entspannen
- Für einen Moment an etwas Schönes und Angenehmes denken
- Einen beruhigenden Punkt im Raum suchen und auf ihn fixieren (z.B. gute Freundin).

Checkliste für Referate

Folgende Checkliste soll helfen, bei der Vorbereitung eines Referates nichts Wesentliches zu vergessen. Natürlich erübrigen sich häufig einige Punkte.

Technische Fragen

- Sind für alle ZuhörerInnen genügend Stühle und Tische vorhanden?
- Sind Stühle und Tische vernünftig aufgestellt?
- Ist der Raum hell genug? Beleuchtung?
- Funktionieren die Steckdosen?
- Kann der Raum verdunkelt werden?
- Ist eine Schultafel vorhanden?
- Ist ein Flip-Chart-Ständer vorhanden?
- Können Plakate aufgehängt werden?
- Klebestreifen?
- Plakatpapier?
- Filzschreiber?
- Kreide?
- Bleistifte und Papier für die ZuhörerInnen?
- Genügend Bewegungsfreiheit für die ReferentInnen?
- Ist eine Projektionsleinwand vorhanden?
- Kann ein Projektor aufgestellt werden?
- Ist ein Dia-Projektor vorhanden? Funktioniert?
- Ist ein Tageslichtschreiber vorhanden? Funktioniert?
- Ist der Projektortisch hoch genug?

- Ist die Schärfeeinstellung richtig?
- Ist das Mikrofon in der richtigen Höhe?
- Stimmt die Lautstärkeinstellung?
- Sind die Geräte so platziert, dass sie nicht die Sicht verdecken?
- An welchen Stellen im Raum darf man als ReferentIn nicht stehen (Augenkontakt zu den ZuhörerInnen, Sicht der ZuhörerInnen auf die Leinwand, usw.)?

inhaltliche Fragen (vor der Vorbereitung)

- Warum soll gerade ich referieren?
- Was erwartet die VeranstalterInnen von mir?
- Was erwarten die ZuhörerInnen von mir?
- Was wissen die ZuhörerInnen schon?
- Was fühlen die ZuhörerInnen?
- Bestehen bei den ZuhörerInnen Widerstände?
- Was sollen die ZuhörerInnen von mir erfahren?
- Was sollen sie nach dem Referat fühlen?
- Was sollen sie tun?

inhaltliche Fragen (nach der Vorbereitung)

- Ist das Referat interessant?
- Wird bei den ZuhörerInnen eine bestimmte Erwartung, Neugier, Aufmerksamkeit geweckt? Entspricht der Inhalt dem angestrebten Ziel?
- Werden die ZuhörerInnen nicht überfordert?
- Ist das Referat klar gegliedert?
- Erfahren die ZuhörerInnen die Gliederung?
- Ist das Sprachniveau angemessen?
- Sind genügend Hilfsmittel zur Veranschaulichung eingesetzt?
- Sind Darstellungen und Beispiele treffend und zweckdienlich?
- Sind Möglichkeiten zur Bestätigung für die ZuhörerInnen eingeplant?
- Ist das Referat kurz genug?
- Mit welchen Fragen und Zwischenfragen ist zu rechnen?
- Bin ich im Thema ausreichend sicher?
- Was mache ich, wenn ich eine Frage nicht beantworten kann?
- Was mache ich, wenn ich stecken bleibe (Black-out)?

Literaturtipp:

Rhetorik: Sicher auftreten - überzeugend argumentieren, Falken Taschenbuch, Niedernhausen 1997, 224 Seiten, 16,90 DM

Seminar-Reader: Rhetorik I, JungdemokratInnen / Junge Linke Berlin, 50 Seiten, 4 DM
Emanzipatorische Rhetorik, Reader der JD/JL Berlin (in Vorbereitung)

Nicht nur Formalkram: Geschäftsordnungen & Satzungen



Ein Verband wie die JD/JL bietet die Möglichkeit, in eigenen demokratisch legitimierten Strukturen Ziele der gemeinsamen politischen Arbeit festzulegen und verbindliche Strategien zu ihrer Verwirklichung umzusetzen. Dazu bedarf es allerdings etwas an „Formalkram“. Viele Menschen lehnen Satzungen, Geschäftsordnungen (die Regeln, die den Ablauf einer Sitzung, der Wahlen und Abstimmungen festlegen) u.a. gefühlsmäßig ab. Denn immer wieder erleben sie Situationen, in denen sie mit diesen Instrumenten überfahren werden (z.B. als SchülerInnenvertreterIn in der Schulkonferenz bei der Diskussion mit dem/der DirektorIn). In solchen Situationen entsteht natürlich Frust. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: FormalfetischistInnen gibt es bei uns auch nicht. Wir betrachten Satzungen und Geschäftsordnungen als nicht mehr als eine Vereinbarung, ein Mittel, um Konflikte und Auseinandersetzungen regeln zu können, wenn Überzeugungsarbeit nicht mehr geleistet werden kann (z.B. bei völlig entgegengesetzten Interessen).

Arbeiten Menschen in organisierten Zusammenhängen, so bedürfen auch diese der Konfliktregelung, wenn sie demokratisch gestaltet sein sollen. Deshalb haben auch JD/JL als parteiunabhängiger Jugendverband eine Satzung, in der das Verfahren der internen Willensbildung geregelt wird. Dies bietet zudem die Möglichkeit, das „Konfliktregelungsmittel“ Satzung u.ä. für den eigenen Gebrauch als Machtmittel in anderen Institutionen handhabbar zu machen.

Die meisten Regelungen, nach den JD/JL organisiert sind, entspringen nicht der Notwendigkeit „satzungsgemäßen“ Handelns, sondern der Notwendigkeit, Gruppenarbeit (demokratisch) zu strukturieren.

ABC der Geschäftsordnung

Dieses ABC soll als Handreichung für den Umgang mit Geschäftsordnungen gelten. Das hier Aufgelistete ist nicht allgemeingültig, sondern natürlich gilt immer die Satzung / Geschäftsordnung des jeweiligen Verbandes bzw. der Institution. Natürlich muss nicht jede Sitzung der Basisgruppe bierernst entsprechend der Geschäftsordnung durchgeführt werden, sondern es sollte vielmehr darauf geachtet werden, dass die Interessen aller berücksichtigt werden. In anderen Gremien läuft es - wie schon oben erwähnt - manchmal nicht so friedlich ab.

- **Abstimmung**

Entscheidung über einen Verhandlungsgegenstand (Antrag). Die zur Abstimmung stehende Frage muss so gestellt sein, dass eine eindeutige Zustimmung, Ablehnung oder Stimmenthaltung möglich ist. Das Ergebnis ist im Protokoll festzuhalten.

- **Abstimmung - geheim**

Sie erfolgt durch Stimmzettel

- **Abstimmung – offen / per Akklamation**

Sie erfolgt durch Handzeichen

- **Anfechtung**

Vorgehen eines oder mehrerer Stimmberechtigter gegen ein Abstimmungsergebnis oder Wahlergebnis wegen Verfahrensmängeln. Ihr ist nur stattzugeben, wenn durch den gerügten Mangel das Abstimmungsergebnis verfälscht worden ist. Ist die Anfechtung begründet, muss die Abstimmung oder der Wahlgang wiederholt werden.

- **Antrag zu Sache**

Antrag zu Entscheidung in einer Sache. Verabschiedete bzw. beschlossene Sachanträge verpflichten die beauftragten Gremien oder Personen zum konkreten Handeln. Entschließungsanträge haben Kundgebungscharakter. Nach der Aussprache wird über den Antrag abgestimmt. Über den in seiner Auswirkung weitestgehenden Antrag wird zuerst abgestimmt. Geschäftsordnungsanträge sind von Sachanträgen genau zu trennen.

- **Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag)**

Antrag, der sich auf die Regelungen des Verfahrens während der Versammlung richtet. Er wird durch das Aufzeigen mit beiden Armen angezeigt. Er kann unter folgenden Absichten gestellt werden: Vertagung des Verhandlungsgegenstandes, Vertagung der Versammlung, Absetzung des Versammlungsgegenstandes von der Tagesordnung, Übergang zur Tagesordnung, Verzicht auf Aussprache, Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung, Schluss der Redeliste, Festlegung der Redezeiten oder Beschränkung der RednerInnenzahl. Geschäftsordnungsanträge können vor oder während der Debatte gestellt werden. Sie müssen unmittelbar behandelt werden.

- **Geschäftsordnungsdebatte**

Aussprache zu Anträgen zur Geschäftsordnung: Am besten nur eine Pro- und eine Contra-Rede.

- **Konstituierung**

Die erste Sitzung eines Gremiums in einer neuen Wahlperiode. In der Regel wird in dieser Sitzung auch das Präsidium bzw. die Versammlungsleitung gewählt.

- Mehrheit (einfach)

die meisten Stimmen, die sich für einen Vorschlag ergeben. Wenn die Satzung oder Geschäftsordnung nichts anderes vorschreibt, genügt die einfache Mehrheit.

- Mehrheit (absolut)

Mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten oder Anwesenden.

- Mehrheit (qualifiziert)

Mehrheit, die über die absolute Mehrheit der Delegierten hinausgeht, z.B. 2/3-Mehrheit für die Änderung von Satzungen.

- Protokoll

Schriftliches, formelles Festhalten von Ergebnissen von Versammlungen oder Sitzungen. Es enthält zumindest Ort, Zeit, Namen der TeilnehmerInnen, Anträge, Beschlüsse, Abstimmungs- und Wahlergebnisse. Das Protokoll wird zu Beginn der nächsten Sitzung genehmigt.

- Stimmengleichheit

Sie bedeutet Ablehnung eines Antrages.

- Verschiedenes

Tagesordnungspunkt, der am Schluss der Versammlung steht. Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ dürfen keine Dinge von Bedeutung behandelt werden.

- Wahl

Geheime: Die Wahl wird mit Stimmzetteln durchgeführt. Verlangt jemand geheime Abstimmung, dann ist diesem Begehren stattzugeben.

Offene: Wahl durch Handzeichen oder Hochheben der Delegiertenkarten.

- Wahlrecht

aktiv: Recht, bei Wahlen die Stimme abzugeben. Nur Stimmberechtigte haben dieses Recht.

passiv: Recht, für ein Amt zu kandidieren.

Literaturtipps:

Versammlung & Demonstration, Verlag Dietz Nachf., Bonn 1990, 192 Seiten, kostenlos bei der Landeszentrale für politische Bildung

Demonstrationsrecht



Wie melde ich eine Demonstration an?

Wer eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder eine Demonstration durchführen will, muss diese spätestens 48 Stunden vor dem geplanten Termin bei der zuständigen Behörde unter der Angabe des Mottos anmelden.

Die Anmeldung ist an die „zuständige Behörde“ zu richten. Wer das ist, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden:

- in **Baden-Württemberg** die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk die Versammlung stattfindet
- in **Bayern** die Kreisverwaltungsbehörde
- in **Brandenburg** das Polizeipräsidium
- in **Berlin** der Polizeipräsident
- in **Bremen** die Ortspolizeibehörde
- in **Hamburg** die Behörde für Inneres
- in **Hessen** in Gemeinden mit 7500 und mehr Einwohnern die Ortspolizeibehörde (Bürgermeister), ansonsten die Kreispolizeibehörde (Landrat)
- in **Niedersachsen** die Landkreise, in kreisfreien Städte, großen selbstständigen Städten und selbstständigen Gemeinden und in den kreisfreien Städten Braunschweig und Hannover die Polizeidirektionen
- in **Mecklenburg-Vorpommern** die Landräte und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte
- in **Nordrhein-Westfalen** die Kreispolizeibehörde
- in **Rheinland-Pfalz** die allgemeinen Ordnungsbehörden, das heißt die Städte und Gemeinden

- im **Saarland** die Landräte, im Stadtverband Saarbrücken der Stadtverbandspräsident und in der Landeshauptstadt Saarbrücken und in kreisfreien Städten der Oberbürgermeister
- in **Sachsen** die Kreispolizeibehörden
- in **Sachsen-Anhalt** die Landkreise und die kreisfreie Stadt Dessau und in Halle und Magdeburg die Polizeidirektion
- in **Schleswig-Holstein** die Landräte und die Bürgermeister der kreisfreien Städte
- in **Thüringen** die Kreisverwaltungsbehörden

Es muss ebenfalls angegeben werden, welche Person oder Personen für die Veranstaltung verantwortlich sind. Spontandemonstrationen können nur dann „legal“ durchgeführt werden, wenn der Anlass keine Möglichkeit für die Einhaltung der Frist ermöglichte und wenn die Veranstaltung sofort nach Eintreffen der Polizei bei dem Einsatzleiter unter den oben erwähnten Bedingungen spontan angemeldet wird.

Trotz eines Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit hat die Polizei die Möglichkeit, die Demonstration mit gewissen Auflagen zu belegen oder ein Demonstrationsverbot auszusprechen. Als Begründung wird dann die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angeführt. Auflagen und Verbote sind Verwaltungsakte, d.h. gegen sie kann vor einem Verwaltungsgericht Klage eingereicht werden. Mit Blick auf eine zunehmende Praxis, die Demonstrationen generell und ohne konkrete Anlässe verbietet, sollte man schon im Interesse des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit Klage einreichen.

Auflagen der Polizei

Bereits bei der Anmeldung einer Demonstration wird eine konkrete Demonstrationroute festgelegt. In der Regel darf der Demonstrationzug nicht von dieser Route abweichen. Tut er es dennoch, hat die Polizei das Recht, die Demonstration „mit den erforderlichen Mitteln“ aufzulösen. Weitere Gründe, die das Auflösen einer Demonstration legitimieren, sind z.B. Verstoß gegen das Vermummungsverbot, passive Bewaffnung, Tragen verfassungsfeindlicher Symbole oder Straftaten, die aus dem Demonstrationzug heraus begangen werden. In der Regel bietet sich vor der Auflösung jedoch für die AnmeldeIn noch die Möglichkeit, mit der Polizei zu verhandeln. Es ist eine politische Frage, die im Vorfeld einer Demonstration geklärt werden sollte, wie man sich in einer solchen Situation verhält und was die Verhandlungsergebnisse sein sollen.

Verhalten bei Festnahmen auf Demonstrationen

Immer häufiger kommt es vor, dass Leute bei der Ausübung des Demonstrationsrechtes, bei Kundgebungen und Protestaktionen von der Polizei vorläufig festgenommen werden. Wir wollen hier einige Tipps für diese Situation geben, die es dir einfacher machen sollen, dich im Falle einer vorläufigen Festnahme zu verhalten. Bedenke: die Polizei kann Dich bis zu 48 Stunden (in einigen Bundesländern sogar 72 Stunden) festhalten, d.h. du verbringst unter Umständen bis zu 48 Stunden auf einem Polizeirevier, danach kannst du

wieder nach Hause (Ausnahme: Du wirst dem Haftrichter vorgeführt - wenn nicht, musst du deine Vorführung verlangen!).

Deshalb: Nimm überallhin ein paar Dinge mit, die du für diesen Zeitraum brauchst (Personalausweis, Kleingeld zum Telefonieren, Medikamente, die regelmäßig eingenommen werden müssen, leeren Zettel und Stift). Lass Adressen und Telefonverzeichnisse, Fotos und alles zu Hause, was von der Polizei für weitere Informationssammlungen benutzt werden könnte! Lauf nicht mit illegalen Drogen in der Tasche rum!

Beachte Deine Umgebung: Kommt es neben Dir zu einer Festnahme, versuche den Namen des Festgenommenen zu erfahren. Wirst Du selber festgenommen, versuche Umstehenden Deinen Namen mitzuteilen, damit ein/eine Anwalt/Anwältin für Dich aktiv werden kann. Um herauszufinden, wo sich ein/eine FestgenommeneR befindet und um auf schnelle Entlassung zu drängen, müssen Anwälte Deinen Namen wissen.

Umgang mit der Polizei

Du bist zu folgenden Angaben verpflichtet: Name, Geburtsdatum und -ort, Adresse, Beruf, Familienstand, Minderjährige (unter 18) brauchen nicht die Adresse ihrer Eltern anzugeben, wenn sie dort nicht gemeldet sind. **Sonst nichts**. Mache außer diesen Angaben keine Aussage - wenn Du wieder entlassen bist, hast Du einen klareren Kopf, deine Aussage zu überlegen. Lass dich auf keine Diskussion ein. Du bist in einer für dich ungewohnten Situation, für deinen Gegenüber (die Polizei) ist das Routine. Das einzige, was du konsequent wiederholen solltest, ist: „Ich mache keine Aussage!“. Lass nicht einfach alles mit dir machen. Du hast folgende Rechte, bestehe auf sie.

Du hast das Recht

- den Grund für deine vorläufige Festnahme zu erfahren
- alle weiteren Aussagen zu verweigern (sowohl gegenüber der Polizei, als auch dem/der HaftrichterIn als auch der Staatsanwaltschaft!)
- nichts unterschreiben zu müssen
- einen Anwalt/eine Anwältin und die nächsten Angehörigen anzurufen (zwei Telefonate!)
- gegen eine erkennungsdienstliche (ED) Behandlung schriftlich Widerspruch einzulegen (Das einzige Papier, das du ruhig unterschreiben kannst!)
- im Falle einer Verletzung einen Arzt zu verlangen und deine Verletzung attestieren zu lassen
- auf ein schriftliches Protokoll der beschlagnahmten Sachen (Helme, Autowerkzeug, etc.), das du nicht unterschreiben solltest. Wirst du mit anderen zusammen verhaftet, tauscht eure Personalien aus. Falls es zu Prozessen kommt, kann man sich gegenseitig als ZeugInnen benennen. Quatsche aber nicht über Ereignisse, die von irgendeiner Seite gegen dich oder andere benutzt werden könnten. Manchmal sitzt der Spitzel neben Dir
- die Dienstnummer (und den Namen des/der Vorgesetzten) zu verlangen

Nach der Festnahme

- Gedächtnisprotokoll anfertigen
- Verletzungen noch einmal von einem Arzt deines Vertrauens attestieren lassen
- Bist du Zeuge/Zugin einer Festnahme geworden, melde Dich unbedingt beim Ermittlungsausschuss

Literaturtipp:

Versammlung & Demonstration, Verlag Dietz Nachf., Bonn 1990, 192 Seiten, kostenlos bei der Landeszentrale für politische Bildung erhältlich

Was tun, wenn es brennt?! Rechtshilfetipps auf Demonstrationen, bei Übergriffen, bei Festnahmen und auf der Wache. Zu beziehen über die Rote Hilfe, ca. 1,00 DM

Rechtshilfe-Broschüre der JD/JL, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle

Organisationen, die hierzu arbeiten:

Rote Hilfe e.V.
 PF 3255
 37022 Göttingen
 fon 0551-7708008
 fax 0551-7708008
 www.rote-hilfe.de
 bundesvorstand@rote-hilfe.de

Humanistische Union
 Im Haus der Demokratie
 Greifswalder Straße 4
 10405 Berlin
 fon 030-20450256
 fax 030-20450257
 www.humanistische-union.de
 hu@ipn-b.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie
 Aquinostr. 7-11
 50670 Köln
 fon 0221-9726930
 fax 0221-9726931
 www.friedenskooperative.de
 grundrechtekomitee@t-online.de

Das leidige Geld

Trotz viel Enthusiasmus und Ideenreichtums kommt auch die politische Arbeit nicht ohne Knete aus. Bei Mitgliedsbeiträgen, die bei SchülerInnen, StudentInnen und Azubis bei ca. 2 bis 3 DM im Monat liegen, kann nur ein kleiner Teil der Arbeit hierüber finanziert werden. Ein Verband wie die JungdemokratInnen / Junge Linke hat im Vergleich zu vielen anderen außerparlamentarischen Organisationen den Vorteil, dass er als sog. „Freier Träger der außerschulischen Jugendbildung“ anerkannt ist. Das bedeutet, dass die Landesverbände - und zum Teil auch die Basisgruppen direkt - Seminare, andere Bildungsveranstaltungen und „internationale Jugendbegegnungen“ mit Staatsknete durchführen können. Die Voraussetzungen und der Umfang der Förderung sind je nach Bundesland verschieden. Teilweise fördern auch die Kommunen einzelne Projekte. Die entsprechenden Förderungsbedingungen können beim Jugendamt bzw. der Kommunal- oder Bezirksverwaltung erfragt werden. Bei der Beantragung der Mittel helfen euch die MitarbeiterInnen in den Landes-Geschäftsstellen.

Darüber hinaus haben JD/JL-Basisgruppen auch die Möglichkeit, Wochenendseminare, Abendveranstaltungen oder internationale Begegnungen über den entsprechenden Landesverband zu organisieren. Solche Veranstaltungen werden mit bis zu 80 Prozent gefördert, wenn entsprechende Belege für Raummiete, Übernachtungs- und Verpflegungskosten bzw. angefallene Fahrtkosten vorliegen. Für das Geld ist zwar etwas Formalkram erforderlich, das sollte jedoch niemanden abschrecken. Auf jeden Fall sollte man sich vorher mit den Leuten aus der Landesgeschäftsstelle treffen, damit sie einem noch einige Tipps und Tricks vermitteln können. Ähnliche Kriterien wie bei den Jugendämtern muss man auch erfüllen, wenn man eine Veranstaltung bei einer der diversen politischen Stiftungen beantragt. Sowohl Parteien als auch Gewerkschaften haben ihnen nahestehende Stiftungen, die in ihrem Sinne Bildungsarbeit finanzieren und organisieren. Je nach Thema der Veranstaltung sollte man die entsprechende Stiftung auswählen und am besten gleich bei mehreren Stiftungen Anträge stellen.

Viel schwieriger ist hingegen die Finanzierung von allem, was man für die politische Arbeit sonst noch braucht: Briefmarken, Flugblätter, Transparente oder Material für Aktionen. Teilweise können diese Sachen bei Veranstaltungen „mit abgerechnet“ werden. Dann sind z.B. die Flugblätter auch Einladungsflugis für die Veranstaltung und das Transparent verkündet das Motto der Veranstaltung. Für konkrete Anlässe können auch die „befreundeten“ Parteien, sowie die Gewerkschaften angebettelt werden. Darüber hinaus unterstützen viele ASten (StudentInnenvertretungen) linke Projekte, indem sie Flugis / Zeitungen kostenlos drucken oder das Projekt finanziell unterstützen. Hierfür muss nur ein kurzer Antrag mit Zweck und Höhe der beantragten Gelder beim Finanzreferat eingereicht werden.

Während Zeitungen - zumindest teilweise - über Anzeigen finanziert werden können, ist dies bei Flugblättern oder Plakaten schon wesentlich schwieriger. Eine Möglichkeit, um die Kosten deutlich zu verringern, ist die Kooperation mit anderen Gruppen. Zu den meisten politischen Themen arbeiten sogenannte Ein-Punkt-Organisationen. Das heißt Gruppen, die sich in ihrer politischen Arbeit auf ein Thema beschränken (z.B. Antimilitarismus, Umweltschutz oder Asylrecht). Wenn die Inhalte, die diese Gruppe vertritt mit denen der Basisgruppe übereinstimmen, können Projekte in Kooperation durchgeführt werden. Das bedeutet, dass neben dem JD/JL-Schriftzug eben noch der entsprechende Name des Kooperationspartners steht. Häufig kann die Basisgruppe darüber hinaus noch von dem guten Image, über das die entsprechende Organisation in ihrem Themenfeld verfügt, profitieren.

Wenn eine Basisgruppe sehr aktiv ist, dann wird auch relativ viel Geld ausgegeben und eingenommen. Spätestens jetzt sollte eine Person der Basisgruppe mit der Betreuung der Kasse beauftragt werden. Um auch später noch den Überblick zu behalten, empfiehlt es sich, ein Kassenbuch über die Ein- und Ausgaben der Basisgruppe anzulegen. Und die entsprechenden Quittungen sollten numeriert in einem extra Hefter gesammelt werden. Sämtlicher Briefwechsel, der im Zusammenhang mit den Finanzen steht, also Anträge, Bewilligungsbescheide oder Förderrichtlinien, sollte abgeheftet werden, damit man später gegebenenfalls noch einmal nachschlagen kann.

Literaturtipps:

Grundlagen: Rechtsformen, Buchhaltung, Finanzierung, Stattbuch Verlag, Berlin 1991, 168 Seiten, 18 DM

Stiftungshandbuch, Nomos Verlag, Baden-Baden 1989, 520 Seiten, verdammt teuer

Aufrecht gehen. Kriechdienste verweigern



Jährlich steigt die Anzahl derjenigen, die den Kriegsdienst verweigern. Im Jahr 1995 gab es erstmals mehr Zivildienstleistende als eingezogene Soldaten. Mit den Einsätzen der Bundeswehr in aller Welt entscheiden sich immer mehr junge Männer für den Zivildienst oder die Totalverweigerung und damit gegen den Kriegsdienst mit der Waffe bei der Bundeswehr.

Wer den Antrag stellt, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, um ersatzweise Zivildienst zu leisten, nimmt ein Grundrecht wahr. Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz lautet:

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Bevor man in den Genuss dieses Grundrechts kommt, muss man aber eine Reihe von Prüfungen bestehen. Die erste und gewöhnliche ist, dass man mit seinem Antrag auf Kriegsdienstverweigerung die Gewissensgründe vortragen muss, die einen daran hindern, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Dieses schriftliche Verfahren hat die mündliche Gewissensprüfung vor Ausschüssen und Kammern im Regelfall ersetzt. Dennoch bestehen diese Einrichtungen fort. Wer erst während oder nach der Bundeswehrzeit verweigert, der muss zur mündlichen Prüfung, ebenso wie diejenigen, die beim schriftlichen Test durchgefallen sind. Ob schriftlich oder mündlich: jedenfalls dürfen andere herausfinden und entscheiden, ob der Verweigerungsantrag aufgrund einer „echten“ Gewissensentscheidung gestellt wurde oder nicht. Nur wer die Entscheidungskriterien kennt, kommt durch.

Ist diese Prüfung bestanden, folgt gleich die nächste. Eigentlich heißt es zwar in Art. 12 a Abs. 2 Grundgesetz:

Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.

Der Zivildienst dauert aber bekanntlich zwei Monate länger als der Wehrdienst. Dies wird damit begründet, dass Wehrpflichtige auch nach der Ableistung ihre Dienstes zu Reserveübungen herangezogen werden können – laut Auskunft des Verteidigungsministeriums beläuft sich dieser Nachtrag durchschnittlich lediglich auf drei Tage. Tatsächlich soll aber die längere Dauer des Zivildienstes als eine Art von zweiter Gewissensprüfung dienen. Dass das eklatant verfassungswidrig ist, stört dabei leider niemanden.

Wer ein Grundrecht wahrnehmen darf oder ob dafür das richtige Gewissen vorhanden ist, das richtet sich in der BRD nach den Erfordernissen des Militärs. Und - darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben - diesen militärischen Erfordernissen unterstehen Kriegsdienstverweigerer ganz besonders im Kriegsfall. Verweigert werden darf ja nur der Kriegsdienst mit der Waffe.

Bundeswehr ist lebensgefährlich

Bundeswehrsoldaten konnten bis Anfang der 90er Jahre davon ausgehen, nur zur Landes- und Bündnisverteidigung herangezogen zu werden. Mit den ersten Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Kambodscha, Somalia, beim Minenräumen im Golf von Persien (nach dem 2. Golfkrieg), schließlich der logistischen Unterstützung der UN beim ersten KFOR-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien wurde schrittweise die Akzeptanz für out of area-Einsätze der Bundeswehr in der Bevölkerung erhöht. Während des Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 standen zum ersten Mal seit 1945 deutsche Soldaten an der (Luft-) Front. In Zukunft können deutsche Soldaten also fest damit rechnen, für die politischen und ökonomischen Interessen der Herrschenden ins „Feld der Ehre“ geschickt zu werden. Auch in solche Länder, in denen einst die Wehrmacht ihre Verbrechen beging. Ein Grund mehr, den Bundeswehrdienst zu verweigern.

Zivildienst

Zivildienst ist ein Zwangsdienst, zu dem Männer gezwungen werden, wenn sie das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen. Bestraft werden paradoxerweise diejenigen, die sich dem staatlich organisierten Massenmorden verweigern wollen, nicht diejenigen, die es planmäßig vorbereiten und sich bereit erklären, massenhaft Menschen umzubringen, nur weil es ihnen jemand befiehlt.

Der Strafcharakter des Zivildienstes zeigt sich besonders offensichtlich in der grundgesetzwidrigen längeren Dienstzeit. Aufgrund der Notstandsgesetze ist der Zivildienst zusammen mit anderen Zwangsdiensten in ein umfassendes System von Kriegs- und Zwangsdiensten eingebettet. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer müssen Ersatzdienst leisten. Dieser Ersatzdienst ist vielfältig mit der Wehrpflicht und der Kriegsplanung verknüpft:

- Anerkannte Kriegsdienstverweigerer sind im Kriegsfall unbefristet dienstpflichtig und sind für den Krieg als Zivilschutz- und Versorgungsarmee fest eingeplant.

- Mit der Ableistung des Zivildienstes wird die Wehrpflicht erfüllt und gestützt.
- Zivildienstleistende unterliegen wie Soldaten dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Das Zivildienstgesetz lehnt sich eng an das Wehrpflichtgesetz an.
- Für Zivildienstleistende sind wie für Soldaten elementare Grundrechte aufgehoben oder eingeschränkt: „Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (GG Art. 2 Abs. 2 Satz 1), der Freiheit der Person (...), Wohnung (...), sowie das Petitionsrecht werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt“ (Zivildienstgesetz § 80).

Zivildienst vernichtet Arbeitsplätze

Zivildienstleistende werden für die Arbeit, die sie verrichten, völlig unter Wert „besoldet“. Hierauf beruht zynischerweise eins der Hauptargumente der BefürworterInnen der Wehrpflicht: ohne die Zivildienstleistenden würde unser Pflege- und Betreuungssystem zusammenbrechen. Dabei sind Zivildienstleistende gar nicht so billig, wie ihr niedriger Sold (mit diversen Aufwandsentschädigungen 900-1000 DM/Monat) vermuten lässt. Rechnet man die Kosten für die Einarbeitungszeit (immerhin wechseln Zivildienstleistende alle 11 Monate!), die Kosten für die Umsetzung der Wehrpflicht (z.B. KWEA), die hohen Subventionen des Bundes, schließlich die Kosten der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für diejenigen, welche die Stellen von Zivildienstleistenden ausfüllen könnten, zusammen, ergibt sich der stolze Betrag von 68 500 DM/Jahr (Quelle: Interview mit Peter Tobiassen (Zentralstelle KDV) im Freitag 21/2000). Hiervon könnten also locker Stellen im Sozialbereich geschaffen werden. Auch die Qualität von Pflege und Betreuung würde dadurch deutlich steigen, schließlich sind Zivildienstleistende nur schlecht ausgebildet und häufig ziemlich unmotiviert (eben weil es sich um einen Zwangsdienst handelt).

Fazit: Zivildienst ist Kriegsdienst ohne Waffen, Strafe für Kriegsdienstgegnerschaft und ein undemokratischer Zwangsdienst.

Totalverweigerung

Für Kriegsdienstverweigerer, die nicht nur den Militärdienst, sondern jeden Dienst für den Krieg verweigern wollen, ist die Verweigerung auch des Kriegsdienstes ohne Waffen eine logische Konsequenz. Für diesen Weg entscheiden sich die immer zahlreicher werdenden totalen Kriegsdienstverweigerer.

Doch das Grundgesetz erlaubt nur die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe. Totale Kriegsdienstverweigerung wird vom Staat kriminalisiert.

Bis zur Mitte der 90er gab es in der Rechtsprechung eine leichte Liberalisierung. Viele Richter verhängten oft „nur“ das Mindestmaß an Strafe, also 30 Tagessätze oder 3 Monate auf Bewährung. Somit tauchten diese Verurteilungen nicht im Vorstrafenregister auf. Mit der fortschreitenden Militarisierung und Autoritarisierung der deutschen Gesellschaft werden jedoch Vorgehen der entsprechenden Behörden und RichterInnen wieder härter. Hinzu kommt die große psychische Belastung für die Totalverweigerer: Einen solchen Prozess durchzustehen ist also nicht jedermanns Sache.

Die Höhe der Strafe hängt u.a. von der Begründung und der politischen

Öffentlichkeitsarbeit für den Prozess ab. Wer sich für die Totalverweigerung entscheidet, sollte sich jedoch unbedingt von einer Totalverweigerer-Initiative detailliert beraten lassen.

Ausmusterung

Immer noch ranken sich viele Gerüchte um die Möglichkeit einer Ausmusterung. Da auf dem Musterungsbescheid gar nicht angegeben ist, warum jemand ausgemustert wurde, bleibt das in den meisten Fällen Spekulation. „Geheimtipps“ wie z. B. Nicht-Ausschlafen, vorgetäuschte Drogenabhängigkeit, Homosexualität usw. kennen die Musterungsärzte auch. Will man trotzdem seine Ausmusterung betreiben, sollte man vor der Musterung mit zivilen Ärzten und der Zentralen Dienstvorschrift 46/1 (Musterungsvorschrift für die Bundeswehrärzte, erhältlich bei der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär) schauen, ob das erfolgversprechend ist. Aber: Selbst Schwerbehindertenausweisbesitzer wurden schon tauglich gemustert und seit einigen Jahren gibt es die neue Tauglichkeitsstufe „T7“, mit der man je nach Bedarf doch noch irgendwie tauglich ist. Deshalb: Vorher Beratung aufsuchen und rechtzeitig über andere Wege der Kriegsdienstverweigerung nachdenken.

Tipps

Post von der Bundeswehr

Der Staatsapparat nimmt mit dem Wehrpflichtigen schriftlich Kontakt auf. Jede Verzögerung und jeder „nicht angekommene“ Brief streut Sand in das Getriebe des Militärapparates und kann eventuell dringend nötigen zeitlichen Aufschub verschaffen. Grundsätzlich unterscheiden sich drei Sendungsarten:

- normaler Brief oder Postkarte

Die Bundeswehr kann nicht nachweisen, dass der Brief wirklich den Adressaten erreicht hat. Normale Briefe an Wehrpflichtige gehen erstaunlich häufig verloren. In der Regel folgt ein zweiter und anschließend ein Einschreiben.

- eingeschriebener Brief oder Brief mit Wertangabe

Die Bundeswehr kann nun nachweisen, dass der Brief abgeschickt wurde. Wenn der Empfänger den Brief jedoch nicht annimmt, weil dem Postboten nicht geöffnet wird oder der Empfänger nicht zu Hause war, geht der Brief nach Ablauf einer Woche wieder an das Kreiswehersatzamt (KWEA) zurück.

- Postzustellungsauftrag, Brief mit Zustellungsurkunde, niedergelegter Schriftstück

Dieser Brief wird nach der Zivilprozessordnung zugestellt. Dies bedeutet, mit der Benachrichtigung (gelber Zettel) gilt er als zugestellt und hat damit Rechtsgültigkeit. Ob man den Brief gelesen hat oder nicht, ist dafür juristisch völlig irrelevant.

Aber auch wenn die dritte Variante den Wehrpflichtigen erreicht, bleibt noch die

Möglichkeit, mit vielen fantasievollen Entschuldigungen (Nichtauffinden des Kreiswehersatzamts, Krankheit, lange geplante Urlaubsreise,...) die Erfassung, Musterung und Einberufung um viele Monate hinauszuschieben. Der Wehrpflichtige, der ein Drittel der Ausbildungszeit (Lehre, Studium usw.) bereits hinter sich hat, hat gute Chancen der Einberufung zu entgehen.

Der KDV (Kriegsdienstverweigerungs-) Antrag

Es ist völlig ausreichend, den KDV-Antrag bei der Musterung zu stellen. Aus taktischen Gründen, z. B. um Zeit zu gewinnen, kann es auch günstig sein, ihn erst später zu stellen. Wichtig ist aber, dass der Antrag noch *vor der Einberufung* im KWEA eingeht, da man sonst erst einmal zur Bundeswehr muss.

Er muss die Berufung auf das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz enthalten. Zum Beispiel: „Hiermit erkläre ich unter Berufung auf Art. 4, Abs. 3 des Grundgesetz, dass ich den Kriegsdienst mit der Waffe verweigere.“ Dem Antrag muss ein „ausführlicher Lebenslauf“, eine „ausführliche Darlegung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung“ und ein polizeiliches Führungszeugnis beigelegt werden.

- Der Lebenslauf

Der ausführliche Lebenslauf sollte alle wichtigen Daten des persönlichen und beruflichen bzw. schulischen Werdegangs enthalten und mit der Begründung abgestimmt sein.

- Die Begründung

Die Gewissensprüfer lassen nur bestimmte Verweigerungsgründe gelten. Rationale und vernünftige Überlegungen - oder gar politische Gründe - sind höchst unerwünscht. Sie können zwar unter bestimmten Bedingungen in die Begründung einfließen, im Mittelpunkt steht aber nicht die Frage, ob und warum man im Krieg nicht töten *will*, sondern ob und warum man es nicht *kann*. Gerade für die Abfassung der Begründung ist es ratsam, eine Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer aufzusuchen und sich mit Hilfe von Literatur zum Thema sachkundig zu machen.

- Das polizeiliche Führungszeugnis

Das polizeiliche Führungszeugnis muss bei der Meldebehörde des Wohnortes beantragt werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass es mehrere Wochen dauern kann, bis das Führungszeugnis ausgestellt ist.

Der vollständige Antrag sollte *per Einschreiben mit Rückschein* abgesandt werden. Das Kreiswehersatzamt muss den Eingang bestätigen und sollte bei Verzögerung angemahnt werden. Nach der Musterung wird der Antrag an das Bundesamt für den Zivildienst weitergeleitet. Wenn es mit der Antragstellung eilig ist, um z. B. der Einberufung zuvorzukommen, und der Antragsteller die erforderlichen Unterlagen nicht so schnell zusammenbekommt, kann er den Antrag zunächst ohne die Anlagen losschicken und sie später nachreichen. Wichtig ist, dass die Unterlagen am Ende vollständig sind, damit der Antrag nicht nach der 1. Mahnung aus formalen Gründen abgelehnt werden kann.

Die mündliche Verhandlung

Sie gibt es immer noch für eine Minderheit von Kriegsdienstverweigerern: für Soldaten, Reservisten, für Zweifelsfälle und Abgelehnte aus dem schriftlichen Verfahren. Die drei Instanzen des mündlichen Verfahrens sind der „Ausschuss für Kriegsdienstverweigerer“, die „Kammer für Kriegsdienstverweigerer“ und das Verwaltungsgericht. Verweigert der Ausschuss die Anerkennung und legt der Verweigerer Widerspruch ein, folgt die Verhandlung in der nächsthöheren Instanz. Lehnt auch die Kammer ab, kann beim Verwaltungsgericht geklagt werden. Ausschüsse und Kammern bestehen aus zwei ehrenamtlichen Beisitzern und einem von der Bundeswehr gestellten Vorsitzenden, der das Verfahren dominiert. Erst die dritte Instanz ist außerhalb des Bundeswehrbereichs angesiedelt. Die Gewissensprüfungen dienen der Abschreckung und Zermürbung von potentiellen Verweigerern und werden je nach Nachfrage nach Kanonenfutter oder billigen Ersatzdienstleistenden liberalisiert oder verschärft. Kriegsdienstverweigerer sollten den Militaristen nicht den Gefallen tun, sich abschrecken und einschüchtern zu lassen. Für die mündliche Verhandlung ist eine ausführliche vorherige Beratung dringend anzuraten.

Gelöbnix! Wir stören gern. Öffentliche Gelöbnisse

Eine andere Möglichkeit effektiv gegen die Bundeswehr und den Militarismus zu protestieren sind Proteste bei öffentlichen Gelöbnissen. Diese werden von der Bundeswehr veranstaltet um ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung und ihre angebliche Demokratiefähigkeit zu beweisen. Da sie öffentlich stattfinden, sind sie auch sehr anfällig für Proteste. Neben den üblichen Protestformen wie Flugblätter verteilen, gibt es hier noch eine weitere sehr effektive Möglichkeit, den Soldaten ihren Spaß zu verderben. Wichtig bei den Störungen ist es, den richtigen Zeitpunkt abzapassen. Auch wenn Märsche, Ansprachen von irgendwelchen Wichtigkeiten oder die Nationalhymne alleine schon eine Störung verdient hätten, sollte man sich darauf konzentrieren, den Moment des Sprechens der Gelöbnisformel (das ist der heiligste Moment bei dem ganzen Spektakel) abzapfen und erst dann mit der Störung anzufangen. Es ist ganz wichtig diesen Moment geduldig zu erwarten und erst, wenn der Spruch: „Ich gelobe, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, (so wahr mir Gott helfe).“ vorgesprochen wird entweder einen ohrenbetäubenden Lärm mit Trillerpfeifen oder besser Fußballgastrotzen zu verursachen. Die andere Möglichkeit ist (auch erst während die Gelöbnisformel gesprochen wird), auf den Gelöbnisplatz zu laufen, sich dort in der Mitte hinzusetzen, Parolen zu rufen und sich wegtragen zu lassen. Mit „Bundeswehr abschaffen!“ bemalte Regenschirme machen das ganze optisch noch schöner (Transparente sind zu unhandlich). In das Gelöbnis reinzurennen ist nicht unbedingt gefährlicher als das Tröten am Rande, weil die Eltern der Rekruten oft so aggressiv sind, dass man sich lieber in der Obhut der Polizei oder Feldjäger (Militärpolizisten, die bei Gelöbnissen oft die Funktion der Polizei übernehmen) wünscht als im tobenden Mob. Unbedingt wichtig ist, dass man keinerlei Widerstand gegen abführende Feldjäger leistet um nicht auch noch wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte belangt zu werden. Wenn ihr zu mehreren seid, ist die Wahrscheinlichkeit, dass wenigstens einer nicht schon vorher abgefangen wird höher und gemeinsam ist es auch im Polizeigewahrsam nicht ganz so schlimm.

Organisationen, die hierzu arbeiten:

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste & Militär
Oranienstr. 25
10999 Berlin
fon 030-61500530

Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK),
Schwanenstr. 16
42551 Velbert
fon 02051-4217

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL)
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
fon 069-4980394
fax 069-4990007
dfgvkffm@t-online.de

Zentralstelle für Recht und Schutz von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen e.V.
Dammenweg 20
28211 Bremen
fon 0421-340025

JungdemokratInnen / Junge Linke (Berlin & Brandenburg)
Rosa-Luxemburg-Str. 19
10178 Berlin
fon/fax 030-24729747
www.jungdemokraten.de
info@jungdemokraten.de

Literaturtipps:

Zum KDV-Recht
Erdmann: Kriegsdienste verweigern! Der antimilitaristische Berater der 90er Jahre, Berlin 1991
Cüppers: Wie vermeide ich die Wehrpflicht? Flensburg 1995 (bestellen über DFG/VK)
Anti-Wehrpflicht-Broschüre,
Berlin 1996 (bestellen über Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste & Militär)

Zur Totalverweigerung
Herz: Totalverweigerung - Eine Streitschrift für die totale Kriegsdienstverweigerung, Sensbachtal 1995 (über Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär bestellen)
Bäuerle: Totale Verweigerung als Widerstand - Motivationen, Hilfe, Perspektiven Frankfurt 1988

Themenladen

JD/JL schicken geme ...

Themen:

- Bürgerrechte
- Sozial- und Gesundheitspolitik
- Antimilitarismus
- Asyl- und Migration
- Feminismus
- Antifaschismus
- Drogenpolitik

Materialliste



allgemein

- „Seminarprogramm“ der entsprechenden Landesverbände (Faltblatt)
- „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ (Selbstdarstellungsfaltblatt)
- „Radikal für Freiheit“ (Faltblatt mit Grundsatzpositionen)
- „Radikal für Freiheit - 15 Jahre parteiunabhängig & außerparlamentarisch“ (Selbstdarstellungsplakat, DIN A 2)

Antimilitarismus

- „Soldaten sind Mörder“ (Faltblatt & Plakat)
- „Soldaten sind Mörder“ (Zeitung, 4 Seiten)
- „Aufrecht gehen - Kriechdienste verweigern“ (KDV-Faltblatt)
- „Bundeswehr & Demokratie“ (Zeitung, 4 Seiten)
- „Kriegsdienste verweigern“ (Plakat, DIN A 2)
- „Antimilitarismus“ (Seminarreader)
- GelöbNIX - Wir stören gern. (Zeitung, 4 Seiten)
- GelöbNIX - Wir stören gern. (Plakat, DIN A 2, 2farbig)

Innere Sicherheit

- „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ (Faltblatt)
- Sondertendenz „Radikal für Freiheit“ (Zeitung, 4 Seiten)
- Faltblattserie „Innere Sicherheit“ (5 Exemplare)
- Reader „Freiheit stirbt mit Sicherheit“
- Die Wände haben Ohren - Nein zum Lauschangriff (Flugblatt)

Innenstadtpolitik

- „Global City - Schöne neue Goßstadtwelt“ (Flugblatt, DIN A 4)
- „Global City - Schöne neue Goßstadtwelt“ (Zeitung, 4 Seiten)
- „Gotham City“ (Broschüre, DIN A 4)

SchülerInnenpolitik

- LiSA-Zeitung (mehrere Ausgaben, DIN A 4)
- Sondertendenz „Bildungspolitik“ (Zeitung, 4 Seiten)
- Noten abschaffen! (Flugblatt, DIN A 4)
- Noten abschaffen! (Plakat, DIN A 2, 2farbig)
- Wir tragen das Kreuz nicht länger (Flugblatt, DIN A 4)
- „Wider die konservative Bildungspolitik - Dokumente aus 25 Jahre SchülerInnenbewegung“ (Broschüre, DIN A 5)
- LiSA-Selbstdarstellungsfaltblatt
- „Wir tragen das Kreuz nicht länger“ (Plakat, DIN A 2)
- „SchülerInnenpolitik“ (Seminarreader)

StudentInnenpolitik

- „Lucky Streik?“ (Faltblatt, DIN A 3)
- Studiengebühren

Asyl & Migration

- Handbuch gegen Abschottung, Selektion & Ausgrenzung (DIN A 5, 96 Seiten, 5,- DM)
- „Kein Mensch ist illegal“ (Faltlatt, DIN A 3)
- „Kein Mensch ist illegal“ (Zeitung, 4 Seiten)
- „Kein Mensch ist illegal“ (Plakat, DIN A 2, 2farbig)

Drogenpolitik

- „Faltblattserie“ (Faltblatt, DIN A 3)
- Stoffkundebroschüre (90 Seiten, 8,- DM)

Ökologie

- Reader zur rechten Ökologie & Ökofaschismus
- Aktionsbroschüre „Anti-Atom“

Antifaschismus

- Reader „Neue Rechte & Geschichtsrevisionismus“
- Reader „NPD & JN“
- Reader „...dass Auschwitz nicht noch einmal sei“ 104 Seiten, 7,- DM

Beiträge zur radikaldemokratischen Diskussion

- Wehrpflicht abschaffen
- Drogenpolitik
- radikaldemokratisch & parteiunabhängig
- Frauensprache - Männersprache
- Internationalismus
- Militarisierung bundesdeutscher Außenpolitik
- Innere Sicherheit & autoritäre Politik
- Knast & Strafrecht
- 8. Mai - Nationale Identität & Geschichtsrevisionismus
- Gesundheit & Soziales
- Innere Sicherheit & autoritäre Politik II
- Neue Rechte

JD/JL-Zeitungen

- Tendenz (Bundesverband)
- blatt (Berlin / Brandenburg)
- Schlagloch (NRW)
- Zündstoff (Hessen / Rheinland-Pfalz)
- Hoch die nieder mit (Niedersachsen / Bremen / Hamburg)

bundesweite Adressen befreundeter Organisationen



**Antifaschismus
VVN-Bund der Antifaschistinnen und
Antifaschisten e.V.**
Boddinstraße 64
12053 Berlin
fon 030-6866006

**Antimilitarismus:
Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär**
Kopenhagener Straße 71
10437 Berlin
fon 030-615005-30 / -31
www.kampagne.de

**Büro für antimilitaristische Maßnahmen
(BamM)**
Görlitzer Straße 93
10997 Berlin

**Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
(DFG-VK)**
Schwanenstraße 16
42551 Velbert

**IPPNW – Internationale ÄrztInnen gegen
den Atomkrieg**
Körter Straße 10
10967 Berlin

**Selbstorganisation der Zivildienst-
leistenden (SOdZDL)**
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
fon 069-4980394
fax 069-4990007
dfgvkffm@t-online.de

Netzwerk Friedenskooperative
Römerstraße 88
53111 Bonn
fon 0228 - 692904
fax 0228 - 692906
friedkoop@link-k.de
www.friedenskooperative.de

**Antirassismus:
Antirassistische Initiative (ARI) e.V.**
Yorkstraße 59
10965 Berlin
fon 030-7857281
fax 030-7865917

Agisra – Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung

Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt/Main
fon 069-777752
fax 069-777757
agisra@aol.com

FFM – Forschungsstelle Flucht und Migration

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
fon 030-6935670 / -6938318

Frauen und Feminismus Unabhängiger Frauenverband (UFV)

Anklamer Straße 38
10115 Berlin
fon 030-4406002

Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser

PF 1041 43
34041 Kassel
fon 0561-84313

Terre des femmes e.V.

Konrad-Adenauer Str. 40
72072 Tübingen
fon 07071-79730
fax 07071-7973222
www.terre-des-femmes.de
TDF@swol.de

Lesbenring e.V.

Bonner Talweg 55
53113 Bonn
fon 0228-241357
fax 0228-220962

Grund- und Freiheitsrechte allgemein Gustav-Heinemann-Initiative

Franz-Grödel-Straße 5
61231 Bad Nauheim

Humanistische Union e.V.

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
fon 030-2042504

Pro Asyl e.V.

PF 160624
60069 Frankfurt/Main
fon 069 - 230688
fax 069 - 230650
www.proasyl.de
proasyl@proasyl.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11
50670 Köln
fon 0221 - 97269-30 / -20
fax 0221 - 9726931

amnesty international

53108 Bonn
fon 0228 - 983730
fax 0228 - 630036
www.amnesty.de

Internationale Liga für Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
fon 030-3962122
fax 030-3962147

medico international

Obermainanlage 7
60314 Frankfurt/Main

Bundesarbeitskreis Kritischer JuristInnen (BAKJ)

Kontakt über:
AKJ Göttingen/Basisgruppe Jura
c/o BG Jura
Rosa-Luxemburg-Haus
Gozlerstraße 16a
37075 Göttingen

Gewerkschaften, Bildungs- und Wissenschaftspolitik**Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa)**

Greifswalderstr. 4
10405 Berlin
fon 030-44024864
fax 030-44024866
www.lira-online.de
lirabv@gmx.de, lirabv@gmx.net

Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler e.V.

Büro Bonn
Reuterstr. 44
53113 Bonn
fon 0228-219946
fax 0228-214924
www.bdwi.org
bdwi.bonn@bdwi.org

BundesschülerInnenvertretung

c/o LSV Hessen
Georg-Schlosser-Straße 16
35336 Gießen
fon 0641-73734
fax 0641-76140
www.bundes-sv.de
info@bundes-sv.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) - Jugend

fon 030-69598306
fax 030-6913005,
Netzwerk-Berlin@t-online.de

Freier Zusammenschluss der Studierenden (FZS)

Reuterstraße 44
53113 Bonn
fon 0228 - 262119
fax 0228 - 214924 und 0228-7869984
www.studis.de/fzs
fzs@studis.de

Arbeit, Arbeitsloseninitiativen gegen Arbeitszwang

Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen
Moselstraße 25
60329 Frankfurt/Main
fon 069-250030

Frankfurter Arbeitslosen Zentrum (FALZ)

Solmsstr. 1a
60486 Frankfurt
fon 069-700425
fax 069-704812
www.netpool.org/falz/index.html
FALZ-@t-online.de

Initiative Anders arbeiten

c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
fon 030-69598306
fax 030-6913005,
Netzwerk-Berlin@t-online.de

Kampagne gegen Arbeitszwang und Lohndumping

Lutherplatz 6
78462 Konstanz
fon 07531-917751
fax 07531-917751

Sonstiges**Bundeskongress entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO)**

Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
fon 040-393156
fax 040-3907520
bukohh@t-online.de
www.epo.de/buko/index.htm

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Im Rheingarten 7
53225 Bonn
fon 0228-400970
fax 4009740

Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Haager Weg 44
53127 Bonn
fon 0228-910210
fax 0228-9102122

Literaturtipp:

Bundesweiter studentischer Adressreader, Hrsg. Von Freier Zusammenschluss der Studierendenschaften, wird jedes Jahr aktualisiert herausgegeben und ist über den fzs bestellbar.
Unter www.teleauskunft.de sind alle Telefonbücher online abrufbar

Adressen der JungdemokratInnen / Junge Linke



Bundesverband

Haus der Demokratie
Gebäude 2, 1. Etage
Greifswalderstr. 4
10405 Berlin
fon 030 - 440248 - 64 / -65
fax 030 - 44024866
www.jdjl.org
bgs@jdjl.org

Landesverband Berlin

Rosa-Luxemburg-Straße 19
10178 Berlin
fon/ fax: 030 - 247 297 47
www.jungdemokraten.de
info@jungdemokraten.de

Landesverband Brandenburg

c/o LV Berlin
Rosa-Luxemburg-Straße 19
10178 Berlin
fon/ fax 030 - 247 297 47

Junge Linke Bremen

PF 10 61 26
28061 Bremen

Landesverband Hamburg

PF 30 62 37
20328 Hamburg

Landesverband Hessen

Schloss-Straße 46
60486 Frankfurt /Main
Telefon: 069 - 97945685
www.jungdemokratenhessen.de
infos@jungdemokratenhessen.de

Landesverband Niedersachsen

PF 91 04 29
30424 Hannover

Landesverband NRW

Herner Straße 79
44791 Bochum
fon 0234 - 579678 - 49
fax 0234 - 579678 - 50
www.jungdemokratinnen.de
info@jungdemokratinnen.de

Landesverband Rheinland Pfalz

PF 1423
55004 Mainz
info@jd-jl-rlp.de

Landesverband Sachsen

c/o linXXnet (z. Hd. Fabian Blunck)
Bornaische Straße 3d
043275 Leipzig
www.jungdemokratinnen.de/sachsen/
sachsen@jungdemokratinnen.de

Landesverband Sachsen-Anhalt

Thiemstraße 13
39104 Magdeburg
fon 0179-2252167
fax: 01212-517258923
lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

Landesverband Thüringen

PF 10 10 04
07710 Jena

Die Landesverbände, die nicht hier aufgeführt sind, verfügen über keine eigene Geschäftsstelle und werden über den Bundesverband betreut.

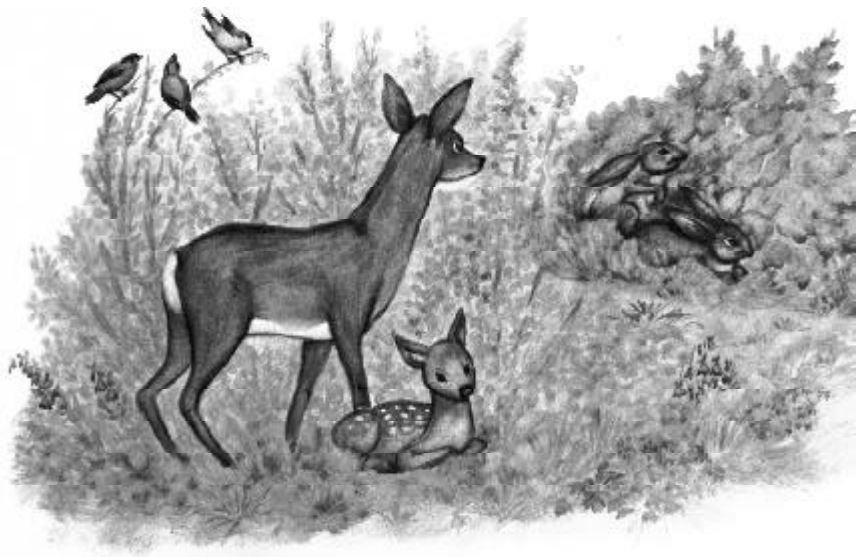
Literaturtipp:

Verzeichnis der alternativen Medien, Hrsg. ID-Archiv, Berlin 1991, 304 Seiten
Verzeichnis der lieferbaren Broschüren, Hrsg. ID-Archiv, Berlin 1991, 240 Seiten
Bundesweiter Studentischer Adress-Reader, Hrsg. von fzs - freier Zusammenschluss von Studierendenvertretungen, erscheint jährlich in aktualisierter Auflage

Das JD/JL-Kaudawelsch



ASTA	Allgemeiner StudentInnenausschuss	LAK	Landesarbeitskreis
Azubis	Auszubildende	LaRa	Landesrat
BAK	Bundesarbeitskreis	LaVo	Landesvorstand
BDK	Bundesdelegiertenkonferenz	LDK	Landesdelegiertenkonferenz
BG	Basisgruppe	LGS	Landesgeschäftsstelle
BGS	Bundesgeschäftsstelle	LHA	Landeshauptausschuss
BHA	Bundeshauptausschuss	LiRa	Bündnis linker und radikaldemokratischer StudentInnengruppen
BuSV	BundesschülerInnenvertretung		
BuVo	Bundesvorstand	LISA	Linke SchülerInnen Aktion
BV	Bundesverband	LK	Landeskonzferenz
GO	Geschäftsordnung	LSV	LandeschülerInnenvertretung
GruF	Grund- und Freiheitsrechte	LV	Landesverband
IAK	Internationaler Arbeitskreis	MPK	Mandatsprüfungskommission
JD/JL	JungdemokratInnen / Junge Linke	RPJ	Ring Politischer Jugend
JH	Jugendherberge	Studis	StudentInnen
KDV	Kriegsdienstverweigerung	SV	SchülerInnenvertretung
KV	Kreisverband	TNB	Teilnahmebeitrag
		TO	Tagesordnung



ISBN 3-9806044-3-8